

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements - Preis pränumerando  
 Vierteljahr 2.00 RM., monatl. 1.00 RM.,  
 wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 abonnement 1.50 RM. pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
 Anstalt. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 RM., für das übrige Ausland  
 4 RM. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Island, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.  
 Erscheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsbeständige Kolonelle  
 oder deren Raum 60 Pfg. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt  
 20 Pfg. (zwei bis vier Zeilen),  
 je nach weiterer Wort 10 Pfg.  
 Stellenangebote und Einladungen  
 tragen das erste Wort 10 Pfg., jedes  
 weitere Wort 5 Pfg. (Brieftafel über 15 Buch-  
 staben zählt für zwei Worte). Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Wittwoch, den 7. Juni 1916.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Lord Kitchener und sein Stab ertrunken.

London, 6. Juni. (B. L. B.) Die Admiralität teilt amtlich mit: Der Oberkommandierende der großen Flotte meldet, er müsse zu seinem großen Bedauern berichten, daß das Kriegsschiff „Hampshire“, das sich mit Lord Kitchener und seinem Stabe an Bord auf dem Wege nach Russland befand, letzte Nacht westlich der Orkney-Inseln durch eine Mine oder vielleicht durch einen Torpedo versenkt wurde. Die See war sehr stürmisch, und obwohl sofort alle möglichen Schritte unternommen wurden, um rasche Hilfe zu leisten, besteht, wie man befürchtet, wenig Hoffnung, daß irgend jemand mit dem Leben davon gekommen ist.

Anmerkung des B. L. B.: „Hampshire“ ist ein Panzerkreuzer von 11 000 Tonnen, der 1903 vom Stapel gelassen ist.  
 London, 6. Juni. (B. L. B.) Das Meeresbureau meldet, daß die „Hampshire“ gestern Abend um 8 Uhr versenkt worden ist. Kitchener und sein Stab waren an Bord. Die See war um diese Zeit stürmisch. Versuche machten sich auf die Suche, und auch die Mühe wurde abgesehen. Es wurden aber bis jetzt nur einige wenige Leichen gefunden.

Die englische Admiralität sieht sich gezwungen, ihr Land mit einer neuen Fiobspost zu überraschen. Sie meldet, daß der Panzerkreuzer „Hampshire“, an dessen Bord sich der auf einer Reise nach Russland befindliche englische Oberbefehlshaber Lord Kitchener samt seinem Stabe befunden habe, in der Nähe der Orkney-Inseln gesunken sei und daß trotz aller Bemühungen höchstwahrscheinlich nicht eine einzige Person habe gerettet werden können. Man darf demnach sicher damit rechnen, daß auch Lord Kitchener und sein Stab ihren Tod in den Wellen gefunden haben.

Die Katastrophe wird in dem Bericht der englischen Admiralität auf eine Mine, möglicherweise aber auch auf einen Torpedeangriff zurückgeführt. Das Schiff selbst, das mit all seinen Insassen verankert, bedeutet keinen Verlust für die englische Marine, gehörte es doch einem längst veralteten Typ an und zählte bereits ein Alter von 23 Jahren. Um so schwerer freilich wird England durch den Verlust seines Oberbefehlshabers selbst getroffen werden, dessen überragendes Organisations Talent ihm von keiner Seite bestritten wurde. Vielleicht trifft dieser neue Schlag England schwerer als alle Verluste der Seeschlacht am Skagerrak. Ist doch der Mann, der die neue englische Armee organisatorisch erst geschaffen und in dessen Händen alle Fäden des jungen, und darum noch so empfindlichen Organismus zusammenliefen, jäh aus dem Leben gerissen worden. Und sollten sich in seinem Stabe höhere Offiziere und hervorragende Mitarbeiter an dem unbestreitbar gigantischen Organisationswerk befunden haben, so würde der Verlust auch dieser Männer England um so schmerzlicher treffen.

Trotzdem sollte man sich freilich auch vor einer Ueberschätzung des Schlags hüten, der durch den Tod Kitcheners die englische Armee betroffen hat. Denn so ansehbar im allgemeinen auch das Wort, daß jeder Mensch erstet werden kann — die Lehren dieses Krieges und speziell auch die politischen Ereignisse während dieses Krieges beweisen gerade das Gegenteil — sein mag, so ist doch zu berücksichtigen, daß die von Kitchener geschaffene Organisation bereits etwas im wesentlichen Fertiges darstellt und sicherlich auch unter neuer Leitung weiter funktionieren wird, mögen sich auch vorübergehend Schwankungen und Störungen bemerkbar machen. Zu den Eigenschaften der angelsächsischen Nation gehört unzweifelhaft eine Fähigkeit und Energie, die sie auch schwerste Schläge überwinden läßt.

Lord Kitchener hat ein Alter von 66 Jahren erreicht, er wurde am 24. Juni 1850 als Sohn eines englischen Oberleutnants geboren und trat nach Abolvierung der Militär-Akademie in das britische Ingenieurkorps ein. Im Jahre 1883 wurde er zum Hauptmann in der ägyptischen Armee befördert und im folgenden Jahre zum Stabe der Nil-Expedition kommandiert, wo er Gelegenheit hatte, sich auszuzeichnen und rasch zum Oberleutnant aufstieg. Er reorganisierte in den folgenden Jahren die ägyptische Armee und leitete 1896 die aus englischen und indischen Truppen zusammengesetzte Armee, welche die Macht des Mahdi in der Schlacht bei Omdurman vernichtete. Eine Dotation von 600 000 Mark und die Erhebung zum Baron Kitchener of Khartoum lohnte seine Verdienste.

Nachdem Kitchener sich auch während des Burenkrieges zunächst unter dem Oberkommando des Lord Roberts und später als Oberkommandeur der südafrikanischen Truppen auszeichnete (er zwang den Boerdeberg eingeschlossenen Buren general Cronje zur Kapitulation und schließlich durch den glücklichen organisierten Kleinkrieg die Buren zur Unterwerfung), wofür ihm eine zweite Dotation und neue Ehrenruhen und Rangeserhöhungen zuteil wurden, ging er nach Indien, wo er eine völlige Reorganisation der indischen Armee durchführte. Später wurde er britischer Generalkonsul in Ägypten und Oberbefehlshaber der englischen Streitkräfte im Mitteländischen Meere. Als erster Organisator der britischen Armee und bewährtester Heerführer wurde ihm dann auch nach Ausbruch des Krieges die Riesenaufgabe der Schaffung einer englischen Millionenarmee übertragen.

## Yuanschikai tot!

Schanghai, 6. Juni. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Yuanschikai ist Montag früh gestorben.  
 Schon in der vorigen Woche zirkulierten Gerüchte, daß Yuanschikai infolge einer Vergiftung schwer erkrankt sei. Später wurde die Nachricht demontiert, allein die vorstehend wiedergegebene lakonische Nachricht vom Tode des chinesischen Präsidenten läßt mindestens die Annahme offen, daß Yuanschikai keines natürlichen Todes gestorben ist. Unmöglich erschiene es nicht, daß die Republikaner, die seinen diktatorischen Gefährten seit Monaten den offenen Kampf erklärt haben, den verhassten Präsidenten durch ein Attentat aus dem Wege geräumt haben.

Der offene Kampf gegen Yuanschikai setzte in China bekanntlich schon im Dezember v. J. ein, als der ehrgeizige Präsident durch die Komödie eines Petitionssturms der von ihm abhängigen Mandarinen das Kaiserthum wieder aufrichten und sich zum Kaiser von China machen wollte. Dieser Schritt bot für die politischen Parteien Chinas keineswegs eine Ueberraschung. Blamäßig hatte Yuanschikai den Boden für seinen Umsturzgedanken vorbereitet. Nach dem Sturz der Mandschudynastie im Jahre 1912 war er, der als früherer Vizekönig in Tientsin und Großsekretär des Kaisers in Peking den Umsturz gefördert hatte, scheinbar auf die Pläne und Absichten der provisorischen Regierung der Republik eingegangen. Er wurde darauf neben Dr. Sunjatsen zum zweiten Präsidenten der Republik gewählt. Ingeheim bereitete er aber die Konterrevolution vor, die 1913 ausbrach und dem ehrgeizigen Yuanschikai, nach der blutigen Niederwerfung der sogenannten zweiten Revolution, die vorwiegend aus Schwächlingen, dem eigentlichen Demokraten, ausging, die Herrschaft über China in die Hand gab. Am 18. Oktober 1913 trat er das Amt des Präsidenten der Republik China an, um seitdem, gestützt auf die internationale Finanz, die einen skrupellosen Geschäftsführer brauchte, mit Hilfe der ergebenen Beamtenkastei und des Militärs die vorrevolutionären Zustände wieder herzustellen.

Die Verfassungsänderungen, die Yuanschikai gleich beim Beginn seiner Präsidentschaft durchsetzte, gaben ihm eine solche Machtvolle in die Hand, daß von der Konstitution und von proklamierten politischen Freiheiten nur mäßige Ueberreste zurückblieben. Die beiden Kammern wurden mit ergebenen Kreaturen des Präsidenten gefüllt, in den Provinzen herrschten uneingeschränkt die Militärgouverneure, die politischen Gegner Yuanschikais wurden grauam verfolgt, Presse- und Versammlungsfreiheit wurden vernichtet. Das Werk der Restauration sollte nun im Dezember vorigen Jahres durch die Proklamierung Yuanschikais zum Kaiser gekrönt werden. Allein dann brach — allerdings von Japan insgeheim gefördert — der lange zurückgehaltene Groll des Volkes durch. Ausgehend aus der Provinz Jünnan, breitete sich fast über das ganze südliche und mittlere China ein Aufruhr aus, der die Wiederaufrichtung der ersten, von Yuanschikai vernichteten, Verfassung und die Beseitigung des verhassten Diktators anstrebte. Vergessene versuchte Yuanschikai den Aufruhr dadurch zu beschwichtigen, daß er von seinem Vorhaben, die Monarchie einzuführen, Abstand nahm. Die einmal ausgebrochene Bewegung ließ sich aber durch diesen Rückzug nicht mehr eindämmen, und eine Provinz nach der anderen schloß sich den aufständischen Republikanern an.

Wie weit diese Bewegung jetzt gediehen ist, läßt sich bei der Unvollkommenheit des Nachrichtendienstes zurzeit nicht übersehen. Es scheinen auch bei der Bewegung mancherlei starke äußere Einflüsse mitzuspielen, die, einander durchkreuzend, den Gang der Ereignisse komplizieren und die inneren Wirren verstärken. Der plötzliche Tod Yuanschikais dürfte aber hierbei kaum eine wesentliche Rolle spielen. Seine politische Rolle war ohnehin ausgepielt. Und wenn auch seine Anhänger im Lande und seine Freunde im Auslande in ihm einen wichtigen Stützpunkt für ihre Politik verlieren, so wird es für die Selbstbehauptung der Republik China vor allem darauf ankommen, ob die republikanischen Parteien genügend schöpferische Kräfte entwickeln, um die innere Zerrissenheit zu beseitigen und das Land mit Hilfe durchgreifender Reformen vorwärts zu bringen.

## Die englischen Verluste in der Seeschlacht am Skagerrak.

Amtlich, Berlin, 6. Juni. (B. L. B.) Engländer, die von der deutschen 5. Torpedobootsflotte während der Seeschlacht vor dem Skagerrak aufgefischt wurden, haben ausgefagt, daß der Schlachtkreuzer „Prinzeß Royal“ schwere Schlagseite gehabt habe, als die „Queen Mary“ im Gefecht mit der deutschen ersten Aufklärungsgruppe und fast gleichzeitig der kleine Kreuzer „Birmingham“ sanken. Ferner seien an diesem Teile des Gefechts alle fünf Ueberdreadnoughts der „Queen Elizabeth“-Klasse beteiligt gewesen. Andere englische Gefangene, welche von der deutschen 3. Torpedobootsflotte gerettet wurden, haben unabhängig voneinander und unter schriftlicher Bestätigung ausgefagt, daß sie das Sinken des „Barfite“, des Schlachtkreuzers „Prinzeß Royal“ und von „Turbulent“, „Nestor“ und „Alcazar“ mit Sicherheit gesehen hätten. Von einem deutschen U-Boot ist 90 Seemeilen östlich der Lyne-Mündung nach der Seeschlacht vor dem Skagerrak ein Schiff der „Zrondike“-Klasse mit schwerer Schlagseite und mit sichtlich viel Wasser im Vorschiff mit Kurs auf die englische Küste gesichtet worden. Dem Unterseeboot gelang es, wegen ungünstiger Stellung zu dem Schiff und wegen schwerer See nicht, zum Schuß zu kommen. — Der englische Verlust an Menschenleben während der Seeschlacht vor dem Skagerrak wird auf über siebentaufend geschätzt.

## Die Aussichten der Friedensvermittlung.

Stockholm, 5. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Mitglied der Esten Kammer Bawrinsky, bekannt als der Vertrauensmann vieler internationaler Verbände, antwortete auf die Anfrage des „Nyon Töbningen“ über seine Meinung, wie die Friedensaussichten nach den Reden Greys, Bethmann Hollwegs und Wilsons seien, folgendes:  
 „Nach Asquiths und Greys Rede kann nicht mehr behauptet werden, Englands Kriegsziel sei die Zerstückelung Deutschlands. Vielmehr wird hier das Prinzip verkündet, internationale Fragen durch Uebereinkommen freier, gleichberechtigter Nationen zu lösen. Dunkler ist der Ausdruck des Reichskanzlers: „Deutschlands Söhne bluten nicht für ein Stück fremden Landes, sondern für Deutschland.“ Hoffentlich wünscht auch Deutschland eine internationale Rechtsordnung, die künftige Kriege verhindert. Friedensverhandlungen sind möglich, wenn auch Deutschland erklärt, daß die Gegner nicht befeigt seien. Wilsons Friedensprogramm ist bedeutungsvoll, da seine Verwirklichung die Welt vielleicht gegen Angriffskriege, Invasionen und fremde Einmischung in innere Staatsangelegenheiten beschützen wird. Kriegsparteien, die guten Willens sind, werden Wilsons Programm gutheißen. Wer dies nicht tut, trägt die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges. Wird das Programm gutgeheißen, so ist der Vermittler bereit, seine Stellung klar zu präzisieren und der Friede kann als unmittelbar bevorstehend angesehen werden.“ (z)

## Die russischen Arbeiter gegen Albert Thomas

Mit großer Verspätung erhalten wir die Nummer des russischen Arbeiterblattes „Kasch Golos“ (Samara) vom 1./11. Mai, in der der Besuch des sozialistischen Munitionsministers Albert Thomas in Russland behandelt wird. Obwohl Thomas jäh längt Russland verlassen hat, halten wir es für angebracht, die Äußerungen des russischen Arbeiterblattes über ihn zu registrieren, da die darin enthaltene Kritik des sozialistischen Ministeriums wie der französischen Parteiemehrheit überhaupt für die Haltung der russischen Arbeiterschaft bezeichnend ist. Zunächst ironisiert das Blatt über das merkwürdige Bild, das die Unwissenheit des französischen sozialistischen Ministers in der goldbetreten Gesellschaft der russischen Minister und Hofleute auf den Banquetten, Eijsungen und beim feierlichen Gottesdienst in der Kasan-Kathedrale bot. Dann geht es in einem anderen Artikel auf die Person, die Parteitätigkeit und die Ministerrolle Thomas' ein. Das Blatt kennzeichnet ihn als einen der markantesten Vertreter des extremen Nationalismus in der französischen Partei, als einen der eifrigsten Anhänger der „Durchhalte“-Politik und der „heiligen Einigkeit“, denen zu Liebe er den „Massenfrieden“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie predigt, und erinnert an sein Auftreten auf dem Weihnachtskongreß der französischen Partei, wo er ziemlich offen andeutete, wenn der Kongreß ihn zwingen wolle, aus dem Ministerium auszuscheiden, würde er es vorziehen, aus der Partei auszutreten. Dann schließt das Blatt:

Die jetzige Reise von A. Thomas, die er zweifellos mit Zustimmung der Führer der französischen Partei unternahm, ist eine logische Folge der Haltung, die diese Führer seit Kriegsbeginn eingenommen haben.  
 Der moderne Imperialismus hat die am Kriege teilnehmenden verschiedenartigen Elemente der jetzigen bürgerlichen Gesellschaft — die feudal-reaktionären wie die liberal-demokratischen — mit dem Band der gemeinsamen Solidarität miteinander verknüpft. Die nationalstische Stellung eines Teiles der Sozialisten, die sie der Gewalt des Imperialismus unterordnen, hat sie damit auch in dieses gemeinsame Band eingeschlossen.“ (z)

## Die amerikanischen Sozialisten und der Militarismus.

Laut der „Sentinelle“ hat eine vorläufige Abstimmung der Mitglieder der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten über die „Kriegsbereitschaft“ folgendes Resultat ergeben: Mit 11 041 Stimmen gegen 782 wurde der Beschluß angenommen, alle Vertreter der Partei auszuscheiden, die für Militär- oder Marinekredite stimmen würden.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Montag nachmittag. Deßhalb der Maas setzten die Deutschen am Abend und in der Nacht ihre Angriffe gegen die französischen Stellungen in der Gegend von Vaug und Damloup fort. Sämtliche Angriffe scheiterten, sowohl nordwestlich von Fort Vaug auf den Abhängen des Huminwaldes wie zwischen dem Fort und dem Dorfe Damloup. Während der Nacht fand ein erbitterter Kampf zwischen der Besatzung des Forts und deutschen Abteilungen statt, die unter Verwendung von Strahlen brennender Flüssigkeiten versuchten, dort einzudringen. Trotz reichlicher Anwendung dieses Verfahrens verhinderten die Franzosen alle Fortschritte ihrer Gegner. Auf dem linken Ufer der Maas Befestigung mit Unterbrechungen. In den Wäldern nahmen die Deutschen bei einem Handreich drei Grabenabschnitte westlich von Carbach; durch einen fast sofort unternommenen Gegenangriff wurden alle diese Grabenstücke wiedererobert.  
 Paris, 6. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 5. Juni abends. An der Front nördlich von Verdun verhindert

Schlechtes Wetter die Operationen; man meldet kein Infanteriegefecht. Während des Tages dauerte das Geschützfeuer ziemlich heftig fort in der Gegend von Vouz und Damouy und um die Feste Vouz, wo die Lage unverändert blieb. Auf dem linken Maasufer Artilleriekampf mit Unterbrechungen im Abschnitt von Avocourt. An der übrigen Front war der Tag ruhig.

Belgischer Bericht. Ruhe an der Front der belgischen Armee.

### Die englische Meldung.

London, 6. Juni. (B. Z. V.) Haag meldet: Bei Billebelle ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Nacht war ruhig; aber es wurde auf beiden Seiten viel geschossen. An anderen Stellen der Front machten die Deutschen zwei und die Engländer fünf Ueberfälle. Zwei britische Abteilungen töteten 40 Deutsche. Die feindlichen Ueberfälle wurden mit Leichtigkeit abge schlagen.

### Opfer der Fliegerbomben.

Berlin, 6. Juni. (B. Z. V.) meldet: Mit unheimlicher Stetigkeit vermehrt sich die Zahl der Opfer ihrer eigenen Landsleute in dem von uns besetzten französisch-belgischen Gebiete. Im Monat Mai 1916 sind nach den Aufzeichnungen der „Gazette des Ardennes“ durch Artilleriefeuer und Fliegerbomben unserer Gegner unter den trieblichen Landeseinwohnern die folgenden blutigen Verluste verursacht worden: Tot elf Männer, acht Frauen, fünf Kinder. Verwundet sechszwanzig Männer, einunddreißig Frauen, drei Kinder. Von den Verwundeten sind nachträglich ihren Verletzungen erlegen: Ein Mann, eine Frau, zwei Kinder. — Die Gesamtzahl der seit dem September 1915 festgestellten Opfer der englischen, belgischen und französischen Beschießung unter den Bewohnern des eigenen oder des verbündeten Landes hat sich hiernach auf 1403 Personen erhöht.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 6. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 6. Juni. Westfront: Deutsche Artillerie beschloß den Wüstenkopf Negul. Bei Danaburg nördlich der Eisenbahn nach Koniewitz beschloß der Gegner überraschend unsere Stellungen und versuchte darauf, anzugreifen. Er wurde jedoch abgewiesen. Gestern, den 4. Juni, nahmen die Kämpfe vom Pihpec bis zur rumänischen Grenze ihren Anfang. Unsere Truppen erlangen, unterstützt durch Artillerie, in einigen Abschnitten namhafte Erfolge, sie machen bis jetzt ungefähr 18 000 Gefangene und erbeuteten Geschütze und Maschinengewehre. Wenn der Angriff angelegt ist, ebnet unsere Artillerie allmählich die feindlichen Werke und Einbautungen ein, darauf geht die Infanterie je nach den eigenen artilleristischen Erfolgen vor und besetzt die feindliche Stellung. Bei den gestrigen Kämpfen wurden von unseren tapferen Führern der Oberst und Regimentskommandeur Bourie (?) getötet und der Oberst Bontfigler (?) schwer verwundet.

Kaukasus: Die Türken setzten aus der Richtung Ergindjan wiederholt stärkere Kräfte zum Angriff an, Erfolge erzielten sie jedoch nicht. Bei Kewandus wird gelämpft; unsere Truppen fügten den Turken schwere Verluste zu. Eine Kolonne von uns fand zwei vergrabene Gebirgsgeschütze.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Tale von Daone griffen feindliche Abteilungen am 3. Juni überraschend einen unserer vorgehobenen Posten bei Malga Staboleto an. Als Verstärkungen eintrafen, machten wir einen Gegenangriff und schlugen den Gegner in die Flucht. Im Vedrotale kräftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie, ohne uns Schaden zuzufügen. Im Logarinalal verlor der Feind gestern nach der gewohnten Verschiebung mit den schwersten Kalibern einen Scheinangriff gegen den Abschnitt der Front Monte Giovo—Terno, während er kräftig die Stellung von Coni—Jugna angriff. Er wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Im Pafubioabschnitt Kämpfe der beiderseitigen Artillerien und Zusammenstoße kleiner Abteilungen. Längs der Front Postina—Astich unternahm der Feind nach einer ausgiebigen Artillerievorbereitung eine neue heftige Anstrengung in der Richtung auf den Monte Alba und den Col Postina. Nach einem erbitterten Kampfe zog sich die von unserem Feuer niedergemähte feindliche Infanterie in Unordnung zurück. In der Gegend des Monte Cengio zwang ein feindlicher, mit überlegenen Kräften ausgeführter Angriff in der Nacht zum 4. Juni unsere Truppen, ihre Stellungen zu räumen und sich auf eine weiter rückwärts gelegene Linie im Tal von Canaglio zurückzuziehen, die vorher vorbereitet worden war. Wir halten die Westhänge des Monte Cengio bis Satrii besetzt, an denen sich in derselben Nacht zum 4. Juni zwei heftige feindliche Angriffe brachen. Auf dem Rest der Front bis zur Brenta Artilleriekämpfe. Am Nonzo brachten unsere Abteilungen von Kühnen Unternehmungen Beute an Waffen und Gefangene etc. Cadorna.

### Zur Lage in Deutsch-Ostafrika.

Le Havre, 5. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher belgischer Bericht des Ministeriums für die Kolonien. Nachdem die Kruppen des Generals Tombeur am 8. Mai Sigali und am 11. Mai Nyanza besetzt hatten, setzten sie ihren Marsch zur Verfolgung der feindlichen Streitkräfte fort, welche sich schnell südwärts zurückzogen. Ende Mai war die Lage folgende: Unter linker Flügel lebte sich an der Nagera-Fluß; im Zentrum hatte eine Kolonne den Alanjara-Fluß östlich von Uluwura überschritten, wo nach einer Meldung die feindlichen Streitkräfte zusammengezogen waren; die rechte Kolonne näherte sich der Stadt Uluwura. In Kuanda ist eine vorläufige Verwaltung eingerichtet worden. Der Alanjara-Fluß ist der hauptsächlichste rechte Nebenfluß des Nagera. Die Stadt Uluwura, Hauptort der deutschen Provinz Uruvia, liegt am nördlichen Ufer des Tanganjika-Sees gegenüber von Uluwa. Hieraus ergibt sich, daß die belgischen Truppen seit Mitte April etwa 200 Kilometer weit auf feindlichem Gebiete vorgezogen sind.

### Außerordentliche Kriegstagung des ungarischen Parlaments.

Budapest, 6. Juni. (Z. N.) Das ungarische Parlament tritt am 7. Juni zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Wie das „Neue Pesther Journal“ zu dieser Kriegssession schreibt, wird diesmal, wie auch in allen anderen Parlamenten, die Friedensfrage zur Sprache gebracht werden. Es ist selbstverständlich, daß Ministerpräsident Graf Stephan Tisza Anfragen, die sich auf den Frieden beziehen, nicht aus dem Wege gehen wird, doch werden seine Ausführungen, soweit dies aus der gegenwärtigen Lage zu beurteilen ist, noch keineswegs die Vorkaist enthalten, daß der Friede auf dem Marsche sei. Solange die Entente nicht zur Ueberzeugung gelangt, daß sie bereits unterlegen sind, wird eben von einer Friedensbewegung nicht gesprochen werden können. Die Beratung des ungarischen Abgeordnetenaufes wird ungefähr 4—5 Wochen in Anspruch nehmen. Wie die „Telegraphen World“ von informierter Seite erfährt, werden Gesandtschaften über die Indemnität, das finanzielle Uebereinkommen mit Kroatien und die Verstaatlichung

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Gr. Hauptquartier, 6. Juni 1916. (B. Z. V.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem östlichen Maasufer wurden die Stellungen tapferer Ostpreußen auf dem Humin-Rücken im Laufe der Nacht nach erneuter sehr starker Artillerievorbereitung wiederum viermal ohne den geringsten Erfolg angegriffen; der Gegner hatte unter unserem zusammenwirkenden Artillerie-Sperrfeuer, Maschinengewehr- und Infanteriefeuer besonders schwere Verluste.

Im übrigen ist die Lage unverändert.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

An deutscher Front keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

### Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. Juni. (B. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Schlachten im Nordosten dauern fast an der ganzen 350 Kilometer langen Front mit unverminderter Heftigkeit fort. Nordöstlich von Dina nahmen wir gestern nach schweren wechselseitigen Kämpfen unsere Truppen aus den zerstückelten ersten Stellungen in eine fünf Kilometer südlich vorbereitete Linie zurück. Bei Jeslawitz an der unteren Strypa ging der Feind heute früh nach starker Artillerievorbereitung zum Angriff über. Er wurde überall geworfen, stellenweise im Handgemenge.

Westlich von Trembowla brach zur selben Zeit ein starker russischer Angriff unter dem Feuer unserer Geschütze zusammen. Westlich und nordwestlich von Larnopol wurde gleichfalls erbittert gekämpft. Wo immer der Feind vorübergehend Vorteile errang, wurde er ungesäumt wieder geworfen. Vor einer Divisionfront liegen 350 russische Leichen.

Auch bei Sapanow führten die zahlreichen Vorstöße des Feindes zu keinem wesentlichen Ergebnis.

Zwischen Mlynaw an der Ilwa und dem Raume westlich von Dylta, wo sich die Russen fortwährend verstärken, ist nach wie vor ein erbittertes Ringen im Gange.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Ein Geschwader von Seeflugzeugen griff gestern nacht die Bahnanlagen von S. Dona di Piave an der Riviera und von Latisana an. Unsere Landsieger besetzten die Bahnhöfe von Serona, Ala und Vicenza ausgiebig mit Bomben.

Seit Beginn dieses Monats wurden über 9700 Italiener, darunter 184 Offiziere, gefangenengenommen, 13 Maschinengewehre und 5 Geschütze erbeutet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ruhe. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Oeser, Feldmarschalleutnant.

der Polizei von Kiuma vorgelegt werden. Ferner wird das ungarische Mittelschulgesetz zeitgemäß reformiert werden. Besonders hervorzuheben ist, daß im Gymnasium statt griechisch lebende Sprachen, darunter rumänisch, serbisch und slowakisch, unterrichtet werden sollen. Diese Reuerung entspricht der Erkenntnis, daß die Intelligenz mit den Sprachen der Nationalitäten, die in Ungarn leben, vertraut sein soll. Zur Dedung des Zinsendienstes für vier ungarische Kriessanleihen werden neue Steuern geschaffen werden. Sämtliche Kriegsgewinne sollen herangezogen werden, außerdem werden die Konsumsteuern einer durchgreifenden Reform unterzogen und neue Steuern eingeführt werden. Hierbei sollen wichtige Volksernährungsmittel unberührt bleiben.

### Wirkung des englischen Kohlenboykotts.

Kopenhagen, 6. Juni. (B. Z. V.) „Politiken“ meldet aus Bergen: Infolge der Weigerung Englands, die norwegische Flottenflotte mit Kohlen zu versehen, konnte diese nicht an der Fischerrei bei Island teilnehmen. Dadurch entstand für Norwegen ein Verlust von vielen Millionen Kronen. Nunmehr veröffentlicht der norwegische Fischerdirektor eine Mitteilung, wonach England zur Kohlenlieferung unter der Bedingung bereit ist, daß Norwegen den gesamten Fang mit der Transportation an England verkauft. Die Kontrakte mit England sind jetzt geregelt, die Kohlen beginnen bereits einzutreffen. Somit haben sich die Norweger der englischen Bedingung unterworfen.

### Neuer schwedischer Rüstungskredit.

Stockholm, 6. Juni. (B. Z. V.) Der Reichstag sah heute über die verschiedenen Verteidigungsfragen Beschluß. In Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage wurden für dieses Jahr 75 Millionen Kronen zur Neutralitätsverteidigung bewilligt. Ferner beschloß der Reichstag die Bewilligung von sofort disponiblen Mitteln für gewisse besonders dringende Verteidigungszwecke und sprach außerdem auch die Hoffnung aus, daß gewisse andere Verteidigungsbedürfnisse baldigst gehend vorbereitet und geprüft werden. Während der Debatte wurde von verschiedenen Parteien betont, daß durch den Beschluß der Wille Schwedens, sein Selbstbestimmungsrecht und seine Neutralität zu verteidigen, ausgesprochen werde.

### Ablehnung der russischen Kriegsgewinnsteuer.

Petersburg, 6. Juni. (B. Z. V.) Der Reichsrat hat die von der Rechten vorgeschlagene Kriegsgewinnsteuer mit 70 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

### Deutschfreundliche Kundgebungen in Athen

Bern, 6. Juni. (B. Z. V.) Der Walländer „Secolo“ meldet aus Saloniki: Nach einem kühnen Telegramm aus Athen wurden dem König Konstantin an seinem Namensstage auf der Fahrt nach der Kathedrale, als die Bevölkerung und die Mitglieder der Regierung von der Verhängung des Belagerungszustandes über Saloniki noch nichts wußten, große Kundgebungen dargebracht, wobei aus der zahlreichen Volksmenge, in der sich auch viele Offiziere befanden, auch Hochrufe auf Deutschland ausgebracht wurden. Der Wagen des deutschen Gesandten wurde ebenfalls laut begrüßt. Die Kundgebung wiederholte sich später vor der deutschen Gesandtschaft. — Der Berichterstatter des „Secolo“ in Saloniki berichtet, die griechischen Beamten in Saloniki seien fast alle im Amt geblieben.

## Politische Uebersicht.

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Kanzlerrede vom Montag abend beherrschte gestern sehr stark die weitere Debatte über die dritte Lesung des Etats. Herr Spahn vom Zentrum sprach als scheinbar uninteressierter Neutraler über die Treibereien gegen Herrn v. Bethmann Hollweg, mit dessen Anschauungen er eine weitgehende Uebereinstimmung befandete, so daß man unter dem Eindruck stand, hier hiele ein „ehrlicher Makler“ seine guten Dienste an. Eine rückhaltlose Verteidigung für Herrn v. Bethmann Hollweg hielt für die alte sozialdemokratische Fraktion der Genosse Gradnauer-Dresden, als wolle er die von Herrn v. Bethmann Hollwegs Gegnern aufgestellte Behauptung beweisen, daß der Kanzler sich vornehmlich auf die Sozialdemokratie stütze. Den kritischen Ausführungen über die innere Politik, die Genosse Gradnauer außerdem machte, wurde durch diesen Grundcharakter der Rede die Spitze abgebrochen. Bestehend wirkte es, daß er in dieser Staatsrede mit keinem Worte sagte, wie seine Fraktion sich zum Etat stelle. Nach seiner Rede hätte man auf die Annahme des Etats schließen müssen, während die Fraktion bekanntlich die Ablehnung beschlossen hat. Dagegen betonte er, daß die Fraktion den neuangeforderten 12 Milliarden Kriegskrediten zustimmen werde.

Mit bemerkenswerter Zurückhaltung im äußeren Auftreten und in Form und Inhalt seiner Rede suchte dann Herr Basser mann den Angriff des Reichskanzlers zu parieren; man merkte dem Redner sehr deutlich an, daß er sich in einer unbehaglichen Situation fühlte. Herr v. Payer, der nach ihm sprach, tat das wiederum in der Rolle des unbedingten Verteidigers des Reichskanzlers, eine Rolle, in der die Fortschrittler sich im Kriege ja unauisgesetzt besonders aufdringlich produziert haben. Von ganz anderer Art war die Rede des Grafen v. Westarp, der zwar sehr gemessen, aber auch sehr entschieden sich und seine Freunde, besonders den vom Reichskanzler so schwer angegriffenen Generallandwirtschaftsdirektor Dr. Kapp, gegen Herrn v. Bethmann Hollweg in Schutz nahm. Wie immer, wenn die Konservativen in Opposition stehen, gab er ein Beispiel, wie man fest und rücksichtslos der Regierung den eigenen Standpunkt entgegenstellt. Nach ihm nahm der Reichskanzler nochmals das Wort.

Herr v. Bethmann Hollweg sprach im Gegenstoß zum Tage vorher in einem ausgleichenden Sinne und suchte den abgerissenen Fäden mit seinen Widerachern wieder anzuknüpfen. Er belehrte sowohl die Herren Konservativen und deren Anhang wie auch die alte sozialdemokratische Fraktion, daß sie an Dogmenschemen kleben und davon lassen müßten, dann könne alles zum guten Ende führen. Nachdem sodann Freiherr v. Camp für die Deutsche Fraktion sehr kurz geredet hatte, kam Genosse Ledebour für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zum Wort. Zu äußerst glücklicher und schlagfertiger Polemik setzte sich Genosse Ledebour mit den belagerten Kanzlerreden auseinander und ging dann zu einer großzügigen und grundsätzlichen Kritik des ganzen Regierungssystems über, als deren Resultat er zur Ablehnung des Budgets kam. Seine Ausführungen klangen aus in eine begeisterte Rundgebung für den Sozialismus, der der Menschheit dauernden Frieden, Glück und Wohlfahrt bringen werde. Durch einen Schlußantrag wurde Genossen Kühle das Wort abgeschritten.

Bei der dann folgenden Beratung des Reichsamts des Innern sprachen kurz für sozialpolitische Anträge die Genossen Reichhaus und Dr. Quard und der Fortschrittler Arnold. Eine größere Debatte gab es dann beim Militäretat. Die Genossen Stücken und Dr. Oskar Cohn brachten dabei ein reichhaltiges und durchschlagendes Material über die Zustände im Heere zur Sprache. Ihre Reden verdienen besonders Aufmerksamkeit. Ihnen antwortete sehr düstern und unter Uebergebung der wichtigsten ihrer Beschwerdepunkte der stellvertretende Kriegsminister v. Wandel. Auch beim Militäretat schritt dann ein Schlußantrag die weitere Debatte ab. Zum Schluß kam noch der Justizetat zur Verhandlung, bei dem Genosse Dittmann an der Hand des Wiederanfrageverfahrens im Falle der Witwe Gamm aus Flanderbach die Reformbedürftigkeit unseres Strafrechts darlegte. Eine um 8¼ Uhr vom Genosse Ledebour ausgesprochene Verzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses führte nach mehr als neunstündiger Beratung zur Vertagung des Hauses auf Mittwoch früh 10 Uhr.

### Kommission zur Prüfung der Heereslieferungen.

Die Rechnungskommission des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem ihr am Tage vorher überwiesenen Kriegskontrollgesetz und mit dem konservativen Antrag auf Einführung eines § 8, wonach der Reichstag besetzt sein soll, die Vorlegung von Abschriften von Verträgen oder Kundgebungen aus solchen zu verlangen, welche Behörden oder Kriegsgesellschaften seit Kriegsbeginn zu Kosten der Reichskasse über Leistungen oder Lieferungen für Kriegszwecke geschlossen haben, sofern die Beibehaltung dieses Vertrages nicht aus militärischen Rücksichten geboten ist.

Die Volkspartei (Abg. Doormann) beantragte, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung aller Leistungen und Lieferungen für Kriegszwecke und der einschlägigen Verträge eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige hinzuzuziehen sind; weiter soll der Reichskanzler ersucht werden, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung gewisser Mängel mitzutheilen.

Nach eingehender Debatte wurde das Kriegskontrollgesetz unter Ablehnung des konservativen Antrags und unter Annahme der Resolution Doormann angenommen.

### Colts Kolonialprogramm.

Weimar, 6. Juni. (B. Z. V.) Gestern abend sprach Staatssekretär Dr. Solf in der hiesigen Abteilung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft über die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom eigenen Kolonialbesitz. Nach einem Hinweis, daß er nicht über Atomziele sprechen würde, deren Erörterung tatsächlich noch unmöglich sei, ging er auf die Gründe zurück, die das Reich vor 30 Jahren veranlaßten, zu einer beschränkten Kolonialpolitik überzugehen, freiste die Verpflichtung Deutschlands, an der Lösung der großen Kulturaufgaben der Welt mitzuwirken, und bestritt, daß ehrgeizige Machtpolitik unsere Kolonialpolitik beeinflusst habe. In dem Hauptteil des Vortrages wies Dr. Solf nach, daß die volkswirtschaftlichen Gründe für die deutsche Kolonialpolitik weiter bestehen und durch den Krieg eindrucksvoller gemacht sind. Er beschäftigte sich mit der Frage der Versorgung Deutschlands mit kolonialen Nahrungsmitteln und Rohstoffen, ging dann auf die Schaffung gesicherter Abgabengebiete ein und behandelte schließlich

die Auswanderungsfrage. Zu diesen wirtschaftlichen Gründen kommt ein neuer militärischer. Der Möglichkeit, daß farbige Soldaten auf europäische Kriegsschauplätze gebracht werden, könnte eine zielbewußte deutsche Politik abhelfen. Bei Betrachtung der Kolonien als Flottenstützpunkte gedachte der Staatssekretär in warmen Worten der Leistungen unserer Marine. Die Bedenken gegen die Verteidigungsfähigkeit überseeischer Besatzungen wies der Staatssekretär zurück und würdigte die Taten unserer Schiffs- und Kolonialtruppen in den Kolonien, deren endgültiges Schicksal jedoch auf den europäischen Kriegsschauplätzen durch Meer und Flotte entschieden werde. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß in künftigen Kriegen auf das Durchhalten überseeischer Besatzungen gerechnet werden könne. Werde das Kriegsziel: „Freiheit der Meere“ erreicht, so sei eine erneute Abkündigung der Kolonien nicht zu befürchten. Nach kurzem Eingehen auf die Bedeutung der Wirtschaftsgemeinschaft Berlin-Bagdad sagte Dr. Solf seine Ausführungen dahin zusammen: Ohne eigene aktive Kolonialpolitik ist eine gesicherte und ruhige Weiterentwicklung Deutschlands nicht denkbar.

### Für die Schuharbeiter.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstoge folgende Resolution eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, nachdem durch die Beschlagnahme des Lebers für den Meerestrad eine starke Beschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie und im Schuhmachergewerbe notwendig geworden,

1. den arbeitslos werdenden Heim-, Haus- und Fabrikarbeitern und -arbeiterinnen, sowie den im Kleingewerbe beschäftigten Schuhmachergehilfen, falls ihnen anderweit geeignete Arbeit nicht beschafft werden kann, aus den für Zwecke der Kriegsmobilisierungsstelle bestimmten Reichsmitteln eine den derzeitigen Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichende Unterstützung zu gewähren;

2. den durch die gleichen Beschränkungen in ihrem Verdienst stark geschädigten Arbeitern obengenannten Berufs eine entsprechende Zuschuhunterstützung zu gewähren.

### Kaisertelegramm an Krupp von Bohlen und Halbach.

Essen (Ruhr), 6. Juni. (W. L. B.) Seine Majestät der Kaiser sandte an Krupp von Bohlen und Halbach folgendes Telegramm:

Wilhelmshaven, 5. Juni 1916. Herrn Krupp von Bohlen und Halbach, Essen. — Unter dem Eindruck der mündlichen Berichte aus der Schlacht in der Nordsee, möchte ich Ihnen zu Ausdruck bringen, wie sehr wir dem vorzüglichen Artillerie- und Panzermaterial und im besonderen auch der vernichtend wirkenden Munition unsere Erfolge verdanken. So ist der Schlachttag auch ein Ehrentag der Krupp-Werke. Wilhelm I. R.

### Die Wirkung des Seesieges.

Die nationalliberalen Vereine Bödens haben am Sonntag eine von Tausenden besuchte Siegesfeier im Gärtnich veranstaltet. Universitätsprofessor Theobald Ziegler aus Frankfurt a. M. als Hauptredner bezweifelte, daß uns der große Seesieg „dem“ Frieden nähergebracht habe, wohl aber einem deutschen Frieden, keinem Kongressfrieden, bei dem für Deutschland nichts herauskomme. Die Weltstellung Englands, die auf dem Prestige seiner Flotte beruhe, sei erschüttert. Der 31. Mai bedeute einen gewaltigen Umschwung in der Weltgeschichte, aus der deutlich das Walten Gottes spreche. Jetzt wache uns die Zuversicht und der Mut auf einen ganzen Frieden und auf einen ganzen Sieg. Das Ziel „Mitteldeutschland“, in dem ein gut Teil großdeutscher Romantik stecke, dürfe uns nicht genügen.

Wir wollten uns nicht nur auf den Orient verweisen lassen, das Ziel gehe nach Westen: Westpolitik und Welthandel auf freien Meeren. Ziegler feierte vor allem den Flottenkaiser Wilhelm II., dem das Volk Abbitte tun müsse, daß es ihn so lange verkannt und seine Worte für zu hoch und groß gehalten habe. Nun müsse es heißen: Fort mit aller Blauarbeit, fort mit aller Kritik am Großen und am Kleinen. Durchhalten bis zum vollen Siege zu Wasser und zu Lande.

Die Versammlung, an der auch die Spitzen der Behörden teilnahmen, quittierte alle Forderungen mit lösendem Beifall. Es wurden begeisterte Telegramme an den Kaiser, den Admiral Scheer und an Tirpitz geschickt, dessen Name immer wieder Beifall auslöste. (z)

### Parteitag der württembergischen Nationalliberalen.

Die Nationalliberale Partei Württembergs hielt in Stuttgart eine Vertreterversammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter List über die politische Lage berichtete. Nach der Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Vertreterversammlung der Nationalliberalen Partei Württembergs dankt dem Zentralvorstand der Gesamtpartei des Reiches, sowie der Nationalliberalen Reichstagsfraktion mit aufrichtiger Bewunderung für die entscheidende Haltung in den unsrer Volk augenblicklich bewegenden Fragen. Die Vertreterversammlung weiß sich mit der großen Mehrheit unseres Volkes eins, wenn sie die Erwartung ausdrückt, daß in diesem Kampfe um das Sein oder Nichtsein der Nation alle militärischen Machtmittel auch uneingeschränkt zur Anwendung kommen. Die Vertreterversammlung gibt der Zuversicht Ausdruck, daß das Ergebnis dieses furchtbaren Krieges ein Friede sein wird, der uns durch die Gestaltung unserer Grenzen militärisch, politisch und wirtschaftlich gegen neue Ueberfälle sichert.“ (z)

### Abwarten!

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas schreibt in der „Berliner Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Die Partei der Schlöngengräbenkämpfer“:

„Die große Zahl der Kriegsteilnehmer, die gemäß ihrer alten Ueberzeugung aus dem Felde zur Sozialdemokratie zurückkehren, wird die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu den Machtfragen des Staates wesentlich beeinflussen, vielleicht von Grund aus umgestalten. Der sozialdemokratische Soldat schafft die Garantie, daß die Sozialdemokratie den Weg, den sie im Kriege beschritten, im Frieden weiter verfolgt; er sorgt dafür, daß nicht Ledebour und Haase, sondern Scheidemann und Heine die sozialistischen Massen führen. Damit wird die Sozialdemokratie eine Partei praktischer Mitarbeit auch in Fragen des Heeres und der Marine. Das wird ein Glück für Deutschlands Zukunft sein: die Mitarbeit der Millionen sozialdemokratischer Männer, ihrer bewußter Kompromiß mit unserem Staat, vielleicht mehr, die Anerkennung des Staates bei allem Festhalten an der Weiterentwicklung in ihrem Sinne schafft neue Kräfte.“

Hinsichtlich der Zukunftshoffnungen des Herrn Haas möchten wir nur an das Wort von Wilhelm Busch erinnern:

„Erstens kommt es anders,  
Zweitens als man denkt.“

Zu welchen Konsequenzen die Verwirklichung dieser Erwartungen für die Sozialdemokratie übrigens führen würde, geht aus den letzten Bemerkungen des Herrn Haas ziemlich deutlich hervor.

### Unverständige Resignation und verfrühte Hoffnungen.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ zitiert in ihrer Nummer vom 4. Juni unter der Stichmarke „Unverständige Resignation“ folgenden Passus aus dem Leitartikel des „Harburger Volksblattes“, dessen Extrablaggen auf dem Gebiete des „Unserens“ wir schon mehrfach zu charakterisieren Gelegenheit hatten:

„Zum zweiten Male begehen wir am 1. Mai in aller Stille den Geburtstag einer begrabenen Hoffnung... Die ganze Menschheit verliert in Leid, weil wir das nicht erreichen und erhalten konnten, wofür wir am 1. Mai demonstrierten, den ungestörten Völkerrfrieden. — Für unsere Bestrebungen, die sich in der Weise am eindrucksvollsten verkörpern, war der Ausbruch des Weltkrieges eine betäubende Niederlage.“

Hierzu bemerkt das Unternehmerorgan:

„Auch im übrigen zeugt der Aufsatz von einem erfreulichen Verständnis für die vaterländischen Pflichten, welche Deutschland in diesem ihm aufgezwungenen Kampfe zu erfüllen hat. Das internationale Ideal ist dem Verfasser so ziemlich verloren gegangen, und es scheint so, als habe er dafür ein höheres und näherliegendes Ideal entdeckt. Auch darüber ist er sich klar geworden, daß in Zukunft die internationale Friedenspropaganda keinen Sinn und Zweck haben wird. Nach dem Kriege werden die Völker auf lange Jahre hinaus keinen Wächter für ihren Frieden brauchen.“ Rationale Stärkung, das ist die Aufgabe der Zukunft!“

Dann gibt das Blatt der Zeitschrift des Handelskammer-Syndikus Dr. Rode-Hannover Raum, der im Anschluß an die wiedergegebene Äußerung des „Harburger Volksblattes“ für die völlige Preisgabe der Meißner eintritt. Freudig begrüßt das Unternehmerorgan diese Anregung:

„Mit Recht hat die Werbervereins- und nationale Arbeiterbewegung sich stets als Gegnerin der Meißner bekannt; wenn jetzt notgedrungen auch die Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften ihr nur noch die Bedeutung des Geburtstages einer begrabenen Hoffnung beimessen, so ist darin zugleich das Anzeichen wachsender Einsicht in diesen Kreisen von der Wertlosigkeit gewisser Massenkämpferischer Schlagworte und Demonstrationen zu erkennen.“

Wir sind so „einsichtslos“, die Hoffnung auf die Preisgabe der Meißner als verfrüht zu bezeichnen. Uebrigens zeigt der Hinweis des Blattes auf die bisherige Gegnerschaft der „Gelben“ gegen die Meißner, die sich angeblich jetzt rechtefertigen, wessen Geschäfte die „unlerne“wütigen Sozialpatrioten in der Parteipresse und in den Gewerkschaften in Wirklichkeit besorgen.

### Ein Streit-Schiedsgerichtsgefetz in Norwegen.

Kristiania, 6. Juni. (W. L. B.) Das Odelsting hat heute gegen die Stimmen der Sozialisten ein zeitweiliges Gefetz betreffend Einführung obligatorischer Schiedsgerichte in Arbeitsstreitigkeiten angenommen. Das Gefetz kommt am Donnerstag im Lagting zur Verhandlung.

### Die sozialistische Bewegung in Südafrika.

Der Sekretär der in Südafrika gegründeten Internationalen Sozialistenliga, Genosse Ivon Jones, sendet der Bremer Z. S. K. folgenden Bericht über die sozialistische Bewegung in Südafrika:

Was die antikriegsige Stimmung betrifft, so muß ich konstatieren, daß die Opposition gegen uns in der letzten Zeit stark abgenommen hat. Die Südafrikanische Arbeiterpartei, die zu unserem Bedauern die Mitglieder der Liga aus ihren Reihen ausgeschlossen hat, ist durch den Gang der Entwicklung dem Zusammenbruch nahe, obwohl sie gegenüber dem Kriege einen Standpunkt bezog, der mit den Gefühlen der Volksmassen übereinstimmte. Das mühte so kommen, nicht nur weil sie die Sozialisten aus ihren Reihen entfernte, sondern auch deshalb, weil ihr jetzt die größten Gewerkschaften den Rücken gelockt haben. Wir finden für diesen Zusammenbruch keine andere Erklärung als die, daß eine Arbeiterpartei, die die revolutionären Elemente aus ihren Reihen ausschließt, selbst während einer patriotischen Verleugung der Massen diesen nicht mehr zu viel in die Hand gibt. Ein anderer Grund liegt in dem wachsenden Indifferentismus der Mittelklassen, den unser Ausschluß unter ihnen hervorgerufen hatte. Nach den großen politischen Erfolgen der Partei (1914) hatten sich ihre diese Elemente massenhaft angeschlossen.

Diese Demoralisation auf politischem Gebiete erklärt sich durch den niederen Entwidlungsgrad der gewerkschaftlichen Solidarität in Südafrika. Viel Mühe wird uns der Kampf gegen die „Rassen-“ und „Farbenunterschiede“ und für die Organisation der Arbeiter nach Industriezweigen kosten. Einige Erfolge hatten wir zwar in den letzten zwei Jahren zu verzeichnen gehabt; der weiße Arbeiter beginnt die Klassenloyalität mit den Eingeborenen anzuerkennen. Diese gewonnenen Vertrauen zu den weißen Arbeitern, besonders während der großen Streiks von 1913 und 1914, und die Vorurteile beginnen zu schwinden. Derselbe Einfluß ging von dem eben beendigten Streik der Raffern aus, wobei diese sich europäische Kampfmethoden angeeignet haben. Aber es bleibt noch viel zu tun. Der arifokratische Dünkel der weißen Arbeiterschaft trug viel dazu bei, daß die patriotischen Streiker einen ihnen so günstigen Boden gefunden haben. Ich erwähne das alles nur flüchtig, um zu zeigen, was für schwere Probleme uns im Klassenkampfe hindern und ebenso, um der europäischen Arbeiterklasse zu zeigen, daß wir vor nichts zurückschrecken, um der Solidarität der Arbeiterklasse eine feste Grundlage zu geben.

## Das tägliche Brot.

### Die Ernährungsfragen im preussischen Landtag.

Der verstärkte Staatshaushaltsausfluß des preussischen Abgeordnetenhauses hat die Beratung über die Ernährungsfragen beendet und unter anderem beschlossen, daß der Ueberfluß an Internaten den Ablieferungskommunalverbänden zur Verteilung überlassen, daß die Gewinnung von Torfstreu möglichst gefördert werden soll, daß die Kriegsgesellschaften mit möglichst niedrigen Verwaltungsausgaben zu arbeiten haben. Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß in den Feuerungsanstalten und Preisprüfungsstellen der größeren Gemeinden die Verbraucher stärker vertreten sein sollen und daß bei der Genehmigung von Hauschlachtungen auf die vorhandenen Fleischbestände Rücksicht zu nehmen ist. Abgelehnt wurden Anträge, wonach das Kriegsernährungsamt alle Ernährungsverordnungen allein und ausschließlich bearbeiten, die Bestandsaufnahme der Fleischvorräte sich auch auf die lediglich für den Haushalt des Eigentümers bestimmten Mengen erstrecken und bei ihrer Heranziehung auf die jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnisse volle Rücksicht genommen werden soll.

Das Verum des Abgeordnetenhauses wird sich am Donnerstag mit den Ernährungsfragen zu beschäftigen haben.

### Anfrage nach verdorbenem Roggen.

Die Zentrumsfraktion hat in der Bayerischen Kammer der Abgeordneten folgende Interpellation eingebracht:

„Ist dem Kriegsministerium bekannt, daß im Laufe der letzten Monate durch die Reichsgroßmehlwerke für die Bedürfnisse der Militär-

verwaltung bayerischen Mühlen inländischer Maßroggen aus verschiedenen norddeutschen Erzeugungsgeländen überwiesen wurde, der vollständig verdorben und für Zwecke der menschlichen Ernährung gänzlich untauglich war? Sind diese Roggenmengen der Reichsgroßmehlwerke wieder zur Verfügung gestellt worden, oder wurden sie trotzdem den Mühlen zur Vermahlung überwiesen?“

### Kommunale Massenspeisung.

Der Gedanke, der Massenspeisung den Charakter der Kriegsmöglichkeit zu nehmen und sie zu einer Waffe im Hungerkrieg umzugestalten, wird bereits von einzelnen Gemeinden in die Tat umgesetzt.

So hat die Stadtverwaltung von Hannover beschloffen, in Schulen und anderen geeigneten Räumen Großküchen einzurichten, in denen jeder Speisen gegen angemessene Bezahlung erhalten kann. Mit der Errichtung der Großküchen ist bereits begonnen worden.

Düsseldorf plant die Vergrößerung seiner ebenfalls schon seit Kriegsbeginn bestehenden Schul- und Kriegsflächen. Im August 1914 wurden diese stark benutzt. Der Besuch lag aber bald wieder nach und stieg erst in der letzten Zeit, so daß jetzt werktäglich etwa 5000 Dreiviertelportionen Gerichte abgegeben werden. In den Schulküchen werden die Kinder, die bedürftigen unentgeltlich, an Ort und Stelle gespeist. Eine erhebliche Erweiterung dieser Speisegelegheiten soll nun durchgeführt werden. Man hofft in drei bis vier Wochen das Drei- bis Vierfache und nach Bedarf mehr leisten zu können. Der Bezug der Speisen soll aber vorläufig noch auf den bedürftigen Teil der Bevölkerung beschränkt bleiben, da erst abgewartet werden soll, ob die technischen Voraussetzungen für eine allgemeine Massenspeisung durchführbar sein werden. Insbesondere betont der Düsseldorf-Magistrat, daß die bestehenden Speiseanstalten der industriellen Werke usw., wie auch die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften auf alle Fälle ihren Betrieb aufrecht erhalten und erweitern sollen.

### Laub als Viehfutter.

Der Kriegsausfluß für Konsuminteressen bringt in der neuesten Nummer seiner „Verbrauchswirtschaft im Kriege“ folgende Mahnung:

„Ein Hintermann der „Nord. Allg. Ztg.“ erklärt, daß die Regierung nicht imstande sei, die vaterländischen Nahrungsmengen zu vermindern. Wir verweisen demgegenüber auf die Laubfütterung! Eine Ernte von Viehfutter, größtenteils Krautfutter, hängt an den Bäumen; ihre Rasse ist über alle Schätzbarkeit groß. Wir bemühen uns seit langem, die Einbringung dieser Ernte zu sichern. Der Erfolg ist bisher ausgeblieben, denn es handelt sich darum, das Schneiden des Laubes zu beschleunigen. Ohne staatlichen Zwang wird nur hier und da Laub geerntet werden. Dem Haushaltungsansatz hat die Regierung zwar erklärt, daß die Laubfütterung organisiert wird. Aber wir fürchten, daß man nur die Förderung der Freiwilligkeit und Einsicht zur Laubfütterung organisiert. Das wäre ganz unzulänglich. Bei der vorgerückten Jahreszeit ist es dringend nötig, daß endlich die Regierungsvorordnung zum Schneiden des Laubes erlassen wird. Das Laub ist ja außerordentlich nahrhaft, ein Baum ist eine dreidimensionale Wiese, welche Eiweißnahrung und stickstoffreiche Nahrung in Menge bietet. Manches Baumlaub ist als Kleeersatz anzusprechen. z. B. das der sogenannten Kiefer, der Robinie, welche jetzt mit weißen Blütentrauben behangen ist. Gerade dieses Laub ist auch ein kräftiges Hühnerfutter. Die abgefallenen Blüten werden vom Geflügel mit Eifer aufgepickt, sie schmecken den Tieren wahrscheinlich süß, wie uns die Blüten riechen; sie sind ein Kleeersatz. Und so fort! So ist das ganze Reich der Laubbäume. Es wäre ein Fehler, der nicht gut zu machen und zu vermeiden ist, wenn die Regierung das einzig wirksame Mittel zur Benutzung der Futtermenge, welche der Natur uns geschenkt hat, nicht anwenden wollte, nämlich die zwingende Verordnung: jeden Baum zu scheren!“

### Tabak statt Nahrungsmittel.

Der „Babische Beobachter“ berichtet im Handelsteil seiner Nr. 255 unter der Ueberschrift „Tabak“: „Das Auspflanzen der Tabakpflanze auf das Feld ist fast überall beendet, und es zeigt sich nun, daß der Anbau zum Teil wesentlich zunahm. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes war gut, das Angebot sehr begrenzt. Für Hardier 1915er Umblätter wurden 250 M. der Zentner transit verlangt. Für Rippen forderte man 125—135 M. für den Zentner, je nach Beschaffenheit bzw. Herkunft.“

### Lebensmittelaufkauf durch Soldaten.

Es war vor einiger Zeit im Bereiche des VII. Armeekorps viel darüber geklagt worden, daß sich die Lebensmittelankäufer oft der Vermittlung von Militärpersonen bedienten und so leicht zu ihrem Ziel kämen. Das Generalkommando zu Münster hat nun den Erwerb angehöriger verboten, aber ihren eigenen Bedarf hinaus Lebensmittel zu kaufen.

## Letzte Nachrichten.

### Zum Tode Ritchners.

London, 6. Juni. (W. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Amtlich. Ritchner hatte nur den ihm persönlich zugeteilten Stab mit sich, sowie einen Beamten des auswärtigen Amtes und zwei Vertreter des Munitionsministeriums.

London, 6. Juni. (W. L. B.) Amtliche Meldung. Lord Ritchner befand sich auf Einladung des Zaren und im Auftrage der britischen Regierung auf dem Wege nach Rußland, um Gelegenheit zu nehmen, wichtige militärische und Finanzfragen zu besprechen.

Der Tod Ritchners verursachte in den Kreisen der City große Sensation, hatte aber keine besondere Wirkung auf die Börse. Die holländische Börse wurde beim Empfang der Nachricht für den Rest des Tages geschlossen.

### Generalfreistreich in Norwegen.

Kristiania, 6. Juni. (W. L. B.) Nachdem im Odelsting am Vormittag die Regierungsvorlage über das obligatorische Schiedsgericht in dem bestehenden großen Arbeiterkonflikt mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen war, haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften und das Sekretariat als Protest gegen die Gesetzesvorlage die Arbeitseinstellung in allen von dem Arbeitgeberverband am 18. Mai mit Sperre bedrohten Betrieben im ganzen Lande beschloffen. Die Einstellung der Arbeit erfolgt heute abend.

Ferner ist beschloffen worden, daß alle ohne Kündigungfrist eingestellten Arbeiter heute abend gleichfalls die Arbeit einstellen. In den Betrieben, wo mit Kündigungfrist gearbeitet wird, sollen die der Landesorganisation angehörenden Arbeiter das Arbeitsverhältnis sofort kündigen. Die Einstellung der Arbeit gilt auch für staatliche und kommunale Betriebe.

### Gefunkener Dampfer.

London, 6. Juni. (W. L. B.) London meldet, daß der norwegische Dampfer „Sivunone“, der von London nach Kopenhagen unterwegs war, dicht bei der Themsemündung gesunken ist. Die Besatzung wurde in Sicherheit gelandet. Der Rest ist ertrunken.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

### Die Berliner Buchbinder und der Parteistreit.

Der Deutsche Buchbinderverband (Zentralstelle Berlin) hielt am 5. Juni eine Mitgliederversammlung ab. Der Verbandsvorsitzende E. Kloth hielt einen Vortrag über: „Sozialwirtschaft, Weltwirtschaft und internationale Verbindung der Arbeiter“. Daran knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die sich in ihrem Kern um die Geltung der „Buchbinderzeitung“ unter der Schriftleitung Kloth drehte, wogegen sie natürlich auch auf andere Gebiete übergriff. Es kamen eine Anzahl der Opponenten zu Wort, auf deren Wunsch die Versammlung zu einer Aussprache über die „Buchbinderzeitung“ einberufen worden war. Wolf entschuldigte den erkrankten Kloth, der in der letzten Generalversammlung den entsprechenden Antrag gestellt hatte und nahm statt dessen als erster das Wort. Er begründete die folgende von ihm und mehreren Gleichgesinnten abgegebene Resolution:

Die Versammlung erklärt, daß sie sich den Standpunkt und die Haltung der „Buchbinderzeitung“ sowie des größten Teils unserer Gewerkschaftsführer nicht zu eigen machen kann. — Die Versammlung, im schroffen Gegensatz zu dem bisher vertretenen Standpunkt der maßgebenden Körperschaften in Partei und Gewerkschaften stehend, fordert ihre gewählten Vertreter auf, nur auf rein gewerkschaftlichem Boden ihre Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen und jedes für und Wider irgendeiner Richtung in unserem Organ („Buchbinderzeitung“) zu unterlassen, um den Parteistreit nicht in die Gewerkschaften zu tragen, bis die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Jenner eine freie Meinungsäußerung jeder Richtung möglich macht. Die Versammlung erklärt, in demselben Sinne für ihre Gewerkschaft zu wirken, um einer Enttarnung unter der Kollegenchaft, für ihre Gewerkschaft zu agieren, vorzubeugen.

Von einem der Redner, die gleich Wolf in ihrer Auffassung von der Kloth abwichen und verschiedenes an der „Buchbinderzeitung“ auszusprechen hatten, wurde betont: Die Opposition in der Mitgliedschaft habe sich namentlich daran gestoßen, daß Kloth in der „Buchbinderzeitung“ einseitig die Mehrheit der Reichstagsfraktion bevorzugt habe. In den letzten Wochen habe sich ja die „Buchbinderzeitung“ etwas gebessert; Redner hoffe, daß Kloth sie noch mehr zu einem rein gewerkschaftlichen Organ machen werde.

Harder und Kloth in seinem Schlusswort wandten sich gegen die Vortredner. — Kloth bemerkte gegenüber einem Disfussionsredner, daß er am Schlusse seines Referats nicht gefagt habe, er würde die eventuelle Schaffung einer besonderen Gewerkschaftspartei unter Umständen gutheißen. Er habe sich vielmehr gegen einen solchen Gedanken gewandt und nur betont, daß die Gewerkschaften immer das Recht haben müßten, selbständig zu politischen Fragen Stellung zu nehmen und sich mit ihren Wünschen an politische Parteien zu wenden, von denen in erster Linie die Sozialdemokratie in Frage komme. Die Resolution verlange unmögliches, weil selbst das Organ einer neutralen Gewerkschaft in der Lage sein müsse, zu politischen Fragen, welche die Gewerkschaften stark interessierten, Stellung zu nehmen. In der Beziehung gelte bezüglich der „Buchbinderzeitung“ übrigens immer noch ein Verbandtagsbeschluss (Resolution) vom Jahre 1904. Auf den ihm aus der Versammlung gemachten Vorschlag, er hätte den „Vorwärts“ abbestellt, äußerte Redner, ob er denn ein Blatt unterstützen solle, das die Parteispaltung fördere sei.

Die verhältnismäßig schwach besuchte Versammlung hatte sich insipidisch — es war gegen 12 Uhr geworden — noch mehr gelichtet. Von den noch anwesenden etwa 70 bis 80 Personen stimmten 37 für die obige Resolution Wolf, während 12 dagegen stimmten. Die übrigen enthielten sich der Abstimmung. Die Resolution war damit angenommen.

### Teuerungszulage für die Bauanschläger.

Die Bauanschläger waren am Montag, den 5. Juni, zu einer Mitgliederversammlung zusammengekommen, um über die bemittelte Teuerungszulage zu beraten. Die Schlichtungskommission der Bauanschläger hatte vor acht Tagen mit der Schlichtungskommission der Arbeitgeber über eine Teuerungszulage verhandelt. Das Resultat dieser Verhandlung war die Bewilligung einer 10prozentigen Teuerungszulage zu den bestehenden festgesetzten Löhnen. Die Teuerungszulage soll von der ersten Woche nach Pfingsten an gewährt werden. Der Berichterstatter der Kommission empfahl den Vorschlag zur Annahme. Nach kurzer Anrede an den Redner wurde dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Mit der Ablehnung an die Kollegen, streng acht zu geben, daß nun die Teuerungszulage auch für jeden zur Auszahlung komme, wurde die Versammlung geschlossen.

### Die Berliner Wäschefahrer.

Die Berliner Wäschefahrer sind in der Tätigkeit der Fahrer, die dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören und die durch ihre Organisation mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis stehen, haben die berechtigten Forderungen auf eine Teuerungszulage erhoben.

Bei Kriegsausbruch hat ein großer Teil der Arbeitgeber die Löhne ganz erheblich gesenkt. Erst nach und nach war es möglich, den tariflichen Bestimmungen wieder Geltung zu verschaffen. Die Arbeitgebervereinigungen haben nun unlängst in einer im Lehrerberechnungsbüro stattgefundenen Versammlung beschlossen, ihre Preise im Hinblick auf die erlöschenden Wäschebeschaffungen und Wäscheverfallschäden erheblich zu erhöhen. Durch Rickulare wurde die Kundenschaft unter besonderer Mitwirkung der Fahrer von diesem Vorgehen in Kenntnis gesetzt. Durch die neuen Preisfestsetzungen ist das Arbeitsverhältnis der Fahrer ebenfalls erheblich erschwert. Wenn es dennoch gelingen ist, die erhöhten Preise für Leinwände zu erhalten, so haben daran wesentlich die Fahrer mitgewirkt. Es ist daher zu verstehen, wenn diese Arbeiter nun durch ihre Organisation Veranlassung nahmen, mit Rücksicht auf die ganz besonders erhöhten Lebensmittelpreise und die Preissteigerung der sonstigen Bedarfsartikel, die Forderung auf Gewährung einer wöchentlichen Lohnzulage zu stellen. Beide Arbeitgebervereinigungen wurden von der Organisationsleitung ersucht, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Die Vereinigung der Berliner Wäschefahrer erwiderte, daß sie nur von Fall zu Fall eine Lohnzulage berücksichtigen würde, während die „Freie Vereinigung der Wäschefahrer“ das Schreiben des Transportarbeiterverbandes überhaupt unbeantwortet ließ.

In einer kürzlich abgehaltenen Branchenversammlung wurde das Verhalten der Unternehmer hart gemißbilligt und beschlossen, wegen des sogenannten Burgfriedens in den Betrieben einzeln vorzugehen zu werden. Die Zeitung der Branche konnte berichten, daß bis jetzt circa 20 Firmen sich mit ihren Arbeitern verständigt haben. Bei der Mehrzahl der Firmen schweben die Verhandlungen zurzeit noch.

Durch die fortwährenden Einberufungen zum Heeresdienst sind die Reihen der Fahrer, die zu 98 Proz. organisiert waren, vielfach durch Anorganisierte und viele jugendliche Kräfte erlöst. Diesen Brandenburkern werden verschiedentlich niedrigere Löhne gezahlt als die Tarifverträge vorsehen. Die Lebenshaltung der Wäschefahrer ist, da die Tätigkeit den ganzen Tag auf der Straße ausgeführt wird, unter den jetzigen Verhältnissen eine recht unangenehme, weshalb die Arbeiter erwarten, daß ihre Arbeitgeber der berechtigten Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage Widerstand nicht entgegenzusetzen werden.

Auf die Kontrollkarte, die die Branche seit Jahren eingeführt und die allmonatlich als Ausweis der Organisationszugehörigkeit abgestempelt wird, wurde besonders hingewiesen.

## Ausland.

### Lohnkämpfe in den Vereinigten Staaten.

New York, 11. Mai. New York City ist gegenwärtig ein Zentrum für umfassende Arbeitseinstellungen in vielen Gewerben. Besonders in der Konfektionsbranche sind große Streiks und Aussperrungen im Gange. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Arbeitgeber mit Hilfe ihrer Aussperrung, die 30 000 Personen umfaßt, die Vernichtung der Arbeiterorganisationen bezwecken. Die letzteren beschlossen dann, die noch in Arbeit stehenden Arbeiter in den Ausnahmestellen zu lassen, so daß der Kampf in dieser Branche allein 70 000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt. Verhandlungen, die der Bürgermeister zwischen den Organisationen einleiten wollte, konnten wegen der Weigerung der Arbeitgeber nicht zustandekommen. Der Gewerkschaftspräsident Schlesinger prophezeit einen lange dauernden Kampf, falls die Arbeitgeber ihren Standpunkt nicht aufgeben.

Durch den Streik der Maschinisten auf den Bugständerdampfern im New Yorker Hafen, die höheren Lohn fordern, ist eine große Störung im Verkehr eingetreten, die nach der Arbeitseinstellung von 4000 Seeluten, die mit den Maschinisten gemeinsame Sache machten, noch größer wurde, so daß der Verkehr im Hafen um 50 Proz. zurückging.

Auch die Maler haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen einen Tageslohn von 5 Dollar. Der Streik umfaßt 10 000 Mann. Aus anderen Gegenden des Landes wird ebenfalls über große Lohnbewegungen berichtet. Allein in Pittsburg streiken über 50 000 Mann.

Nach den Angaben der Tagespresse traten am 1. Mai 367 000 organisierte Arbeiter in den Streik, und im ganzen Lande waren zur gleichen Zeit zwei Millionen (?) Arbeiter ausfindig. Nach den Angaben der Arbeiterorganisationen haben seit Anfang dieses Jahres 706 500 Gewerkschaftsmitglieder Lohnrückstellungen erhalten. Der angeführte große Streik der Grundarbeiter in den Anthrazitdistrikten konnte dagegen vermieden werden. Die Arbeiter konnten bei den Verhandlungen einen achtstündigen Arbeitstag, 8 bis 7 Proz. Lohnrückstellung und Anerkennung der Organisation erzielen.

## Aus der Partei.

### „Weit gebracht“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Sie veröffentlichen in Ihrer Nr. 150 vom 1. Juni unter der vorstehenden Spitzmarke eine Notiz, in der Sie die Feststellung der Tatsache für notwendig erachten, daß ein von mir in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichter Aufsatz neben den Artikeln führender Kolonialpolitiker in der ersten Nummer einer kolonialen Zeitschrift figuriert. Nur die eigenartige Fassung Ihrer Notiz, die einen Teil der „Vorwärts“-Leser zu der Auffassung verleiten könnte, als ob es sich bei der mitgeteilten Tatsache — des Abdrucks von Aufsätzen parteigenösslicher Schriftsteller in bürgerlichen Zeitschriften — um etwas ganz Außerordentliches handelte, veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen: Es ist Grundgesetz der „Sozialistischen Monatshefte“, den Abdruck ihrer Artikel unter der einzigen Voraussetzung der vollständigen Quellenangabe zu gestatten. Auf Anfrage habe ich unter Hinweis auf diesen Grundgesetz erklärt, daß ich für meinen Aufsatz keine Ausnahmebewilligung beantrage. In welche Gesellschaft ich durch den Abdruck meines Artikels geraten würde, war mir nicht bekannt, ist mir aber auch herzlich gleichgültig. Für mich handelt es sich in diesen Fragen weniger darum, wo ich zu Worte komme, als vielmehr um das, was ich sage. So dachte ich über diese und ähnliche Dinge auch August Bebel, Paul Singer und — Eduard Bernstein. August Bebel, als er einen jüngeren Parteigenossen in den neunziger Jahren in diesem Sinne beriet, und Paul Singer und Eduard Bernstein, als sie als Mitarbeiter einer bürgerlichen Monatschrift neben Ramen wie Oktavio v. Redlig, Otto Trendt und ... General v. Liebert figurierten. Damals hat der „Vorwärts“ an dieser Tatsache meines Wissens kein Vergernis genommen. Ober bezieht die Preisgültigkeit der Meinungsäußerung nur für diejenigen Parteimitglieder, die seiner jeweiligen politischen Richtung nahe stehen? Dann hätten wir es in der Partei allerdings „weit gebracht“.

Bielefeld, 2. Juni.

Karl Sebering.

Gleich dem Genossen Sebering sind auch wir der Meinung, daß es allerdings in erster Linie auf das ankommt, was ein sozialdemokratischer Schriftsteller sagt. Nun ist aber der Artikel Seberings gerade deshalb von den „Kolonialen Zeitschriften“ abgedruckt worden, weil er seinem Inhalt nach durchaus in den Rahmen der Kolonialpropaganda hineinpaf, der diese bürgerliche Zeitschriftenanmeldung dient.

Die Verurteilung Seberings auf Bebel und Singer hätte also nur dann einen Sinn, wenn Sebering behaupten wollte, daß diese Genossen jemals etwas geschrieben hätten oder zu schreiben fähig gewesen wären, was sie nicht nur in eine zufällige publizistische, sondern auch in eine politische Nachbarschaft mit Leuten wie dem Herrn v. Redlig, Herrn Trendt oder dem General Liebert zu bringen vermocht hätte! Es bleibt also schon dabei, daß die aus Auffassungsgemeinschaft erfolgte Einberufung des Artikels eines sozialdemokratischen Autors, sogar früheren Reichstagsabgeordneten, in eine Serie von Verleumdungen für kapitalistisch-imperialistische Kolonialpolitik für die deutsche Parteigenossenschaft ein völliges Novum ist, das allerdings schlagend beweist, „wie weit“ wir es gebracht haben.

Dies Faktum gebührend festzustellen, ist die Pflicht eines sozialdemokratischen Blattes; sich mit ihm später mit aller Entschiedenheit auseinanderzusetzen, Pflicht der Partei.

### Karl Stareck in russischer Gefangenschaft gestorben.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie Niederösterreichs hat einen schweren Verlust erlitten. Ihr Landessekretär Karl Stareck ist, wie vom russischen Roten Kreuz mitgeteilt wird, in Slawjanskerbols im Gouvernement Jelaterinostaw infolge eines Herzschlagers gestorben.

Stareck wurde am 31. Dezember 1874 in Drozdow bei Kollin geboren. Nachdem er als Eisenarbeiter ausgetreten hatte, kam er nach Wien und arbeitete hier in verschiedenen Metallfabriken in Favoriten. In der tschechoslowakischen Partei war er schon seit vielen Jahren eifrig tätig und er wurde von ihr auch zum Parteiführer gewählt. Im Jahre 1906 wurde er von der Partei als Landtagskandidat aufgestellt. Als die Spaltung der Gewerkschaften kam, stellte er sich mit Feuerfächer an die Seite der Separatisten. Im Jahre 1912 wurde er zum LandesparteiSekretär gewählt und bekleidete diese Stelle bis zur Einberufung, die im September 1914 erfolgte. Er diente beim Wiener Landsturm und nahm im November des ersten Kriegsjahres auch an den Kämpfen in den Karpaten teil. Plötzlich hörten alle Nachrichten von ihm auf. Seine Kameraden wußten, daß er bei einem Gefecht am 10. November erschossen war, konnten aber nicht angeben, ob er in Gefangenschaft geraten oder gefallen war. Vor einem Jahre kam an seine Prager Freunde eine Karte, worin er mitteilte, daß er in Gefangenschaft geraten sei und sich auf dem Weg ins Janetsche Rußlands befinde. Nun, nach dreizehn Monaten, kommt die Nachricht von seinem Tode. Er hinterläßt eine trauernde Witwe mit drei Kindern. Dem tätigen Mann ist in der Partei ein warmes Gedenken sicher. (2)

### Haftenlassung eines sozialdemokratischen Redakteurs.

Genosse Schumann, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, der am 20. Mai verhaftet wurde, ist am Sonnabendmittag entlassen worden. Seine Verhaftung erfolgte wegen des Verdachts, Landeserrat durch Verbreitung von Schriften begangen zu haben, mit denen zum Ungehörig gegen Gesetze und Verord-

nungen aufgereizt sein sollte. Der Oberreichsanwalt lehnte eine Verfolgung wegen des Landeserrats ab, so daß noch die Aufforderung zum Ungehörig gegen Gesetze und Verordnungen übrig blieb. Nun hat der Staatsanwalt am Sonnabend die Haftenlassung Schumanns selbst beantragt, der das Gericht entsprochen hat.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Das Pressebureau berichtet: Am Sonntag, den 4. Juni, fand in Offenburg eine Landeskonferenz der badischen Sozialdemokratie statt. Anwesend waren die Vorsitzenden der 14 badischen Reichstagswahlkreise, der Landesvorstand, die sozialdemokratische Landtagsfraktion fast vollständig, sowie die Vertreter der badischen Parteipresse. Der Parteivorstand hatte den Genossen Partelz entsandt. Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Hahn als Landessekretär. Er stellte fest, daß auch der badischen Sozialdemokratie der Krieg schwere Wunden geschlagen hat. Am 1. April 1914 verzeichnete die Landesorganisation 2667 männliche und 2688 weibliche Mitglieder, am 31. März 1916 aber nur noch 4500 bis 5000 männliche und 1500 bis 2000 weibliche Mitglieder.

Ueber die Tätigkeit des badischen Landtages berichtete Genosse Wilhelm Kahl. Er wies bezüglich der Kriegsfürsorge darauf hin, daß Baden der einzige Bundesstaat ist, in welchem die Regierung den Gemeinden die nötigen finanziellen Beträge vorschießt. Das Schwebgericht in seiner Berichterstattung legte er auf die feinerseit abgegebene Erklärung des Gesamtministeriums, daß künftig wegen der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei allein eine ungleiche Behandlung der Beamten und sonstigen Staatsangestellten in staatsbürgerlicher Beziehung nicht stattfinden solle.

Den Bericht über die politische Lage gab Reichstagsabgeordneter Genosse Geck-Rannheim. Er zog die Reichstagsverhandlungen und die Parteimittingen in den Kreis seiner Betrachtungen. Nach ausgiebiger Debatte wurde mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmteilung folgende Entschiedenheit angenommen:

„Die Konferenz hält die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik mit den Grundanschauungen der Partei übereinstimmend und im Interesse des deutschen Volkes geboten.“

Sie lehnt die Auffassung der Fraktionsminderheit und deren Stellungnahme zu den Kriegskrediten ab und bedauert die sich daraus ergebenden Schädigungen für die Partei.

Die Konferenz begrüßt die Bemühungen des Parteivorstandes, die organisatorische Geschlossenheit der Partei zu erhalten und eine Verständigung innerhalb der sozialistischen Internationale herbeizuführen.

Die Konferenz fordert die Parteigenossen Badens auf, auch während der Kriegszeit die Organisationen und die Parteipresse zu stärken und allen Versuchen einer Parteispaltung entgegenzuwirken.“

Eine Kreisversammlung für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis (Meißen-Großenhain) beschäftigte sich u. a. auch mit dem Parteistreit. Genosse Richard Schmidt, der Reichstagsabgeordnete des Kreises, erläuterte in längeren Ausführungen seine Stellungnahme zur Spaltung der Fraktion. Nach Schluß der Diskussion gelangte folgende Resolution gegen sechs Stimmen zur Annahme:

1. Die am 23. Mai in Meißen tagende Kreisversammlung des 7. sächsischen Reichstagswahlkreises spricht ihr Bedauern aus, daß die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu einer Spaltung derselben geführt hat. Die Konferenz weist alle Versuche, diese Spaltung auf die Gesamtpartei zu übertragen, auf das entschiedenste zurück und erwartet sowohl von den Anhängern der Mehrheit als auch von denen der Minderheit, daß sie diesen Versuchen mit allen Mitteln entgegenwirken.

2. Die Konferenz spricht der sozialdemokratischen Fraktion und dem Parteivorstand das Recht ab, die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als außerhalb der Partei stehend zu betrachten. Letztere haben zweifellos in der festen Überzeugung, den großen Massen der so unendlich schwer unter dem Krieg leidenden Bevölkerung am besten durch ein entschiedeneres Auftreten der Regierung und dem Reichstag gegenüber zu dienen, gehandelt. Die Entscheidung darüber, ob sie als Sozialdemokraten so handeln dürfen, muß unbedingt dem nächsten Parteitag überlassen bleiben.

3. Die Konferenz erachtet, daß diejenigen zur Minderheit gehörenden Abgeordneten, die sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht angeschlossen haben, ihren ganzen Einfluß ausbieten, um die zwischen beiden Fraktionsgruppen bestehenden Gegensätze zu beseitigen, damit in allen die Interessen der gesamten Bevölkerung berührenden Fragen ein möglichst einmütiges und geschlossenes Vorgehen sichergestellt wird.

Eine weitere Resolution, in der der Genosse Schmidt aufgefordert wurde, sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen, wurde abgelehnt.

## Soziales.

### Wo steht der Kläger?

Zum zweitenmal wurde am Montag vor dem Gewerbegericht vorgehend nach dem Aufenthalt des Klägers gefragt, der vertreten durch einen Angestellten der polnischen Berufsvereinigung, gegen die Firma Allgemeines Handelskontor klagt, wo er als Schlächtergeselle beschäftigt war. Er fordert Zahlung des letzten Wochenlohnes, während die Beklagte behauptet, sie habe den Lohn gezahlt, sie könne das aber nur in Gegenwart des Klägers durch zwei Zeuginnen beweisen, die den Kläger von Ansehen, aber nicht dem Namen nach kennen. Im vorigen Termin hatte — wie wir seinerzeit berichteten — die belagte Firma ausgedehnt noch den Einwand gemacht, da sich der Kläger in Rußland-Polen aufhalte, so dürfe sie, selbst wenn sie ihm den Lohn schuldig wäre, nicht zahlen, weil ja Zahlungen nach Rußland verboten seien. Ueber diesen Punkt hat das Gewerbegericht inzwischen Auskunft von zuständiger Stelle eingeholt und den Bescheid erhalten, daß sich laut einer Bekanntmachung vom 19. April 1916 das Zahlungsverbot nicht auf die unter deutscher oder österreichischer Verwaltung stehenden Gebiete Rußlands erstreckt.

Ueber den gegenwärtigen Aufenthalt des Klägers konnte dessen Vertreter auch in dem jetzigen Termin keine Auskunft geben. Das Gericht hielt die persönliche Anwesenheit des Klägers zum Zweck einer einwandfreien Beweisführung für notwendig. Mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten, welche dem Kläger aus seiner Reise hierher erwachsen und da das Ergebnis der Beweisnahme doch zweifelhaft ist, schlug der Vorsitzende einen Vergleich auf die Hälfte der geforderten Summe vor. Der Vergleich kam denn auch dahin zustande, daß die belagte Firma den Vergleichsbetrag bei der Kasse des Gewerbegerichts deponiert, welche das Geld an den Kläger senden wird, sobald dessen Vertreter die derzeitige Adresse des Klägers an gibt.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Die Kolonne veranstaltete am 12. Juni (2. Pfingstfesttag) einen Familienausflug, verbunden mit Ausflugsfahrt, nach dem Blüthenwald. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Restaurant Rads, Neue Str. 62, Kille 62. Nach dem Kaffe: Spiele auf dem für die Kolonne referierten Spielplatz neben dem Lokal.

Es wird eine zahlreiche Beteiligung aller Kolonnenmitglieder und Teilnehmer mit ihren Familien erwartet. Gölle ist ebenfalls anwesend. Beerigungsberein Berliner Zimmerleute. Der Pfingstfesttag wegen findet die ordnungsmäßige Versammlung erst am Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr, in der Köpenicker Str. 63 statt, wo die nötigen Beiträge entgegen genommen werden.

# Der Reichstag über Kanzlerrede und Kriegsziel.

60. Sitzung, Dienstag, den 6. Juni 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Bethmann Hollweg, Dr. Helfferich, v. Jagow, Lisso, v. Breitenbach.

## Kleine Anfragen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) fragt mit Bezug auf das Verbot einer öffentlichen Versammlung in Berlin-Friedrichsfelde, die sich mit der Lebensmittelfrage beschäftigen sollte, ob der Reichskanzler auf die Befreiung der Beschlagnahmungen des reichsgerichtlichen Versammlungsbereichs hinzuwirken bereit ist.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Genehmigung ist nicht erteilt worden, weil öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder ihnen gleich zu achtender Vereinigungen grundsätzlich nicht gestattet werden. Das Verbot wird allen Parteien gegenüber in gleicher Weise gehandhabt.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) fragt, ob der Reichskanzler bald nach Beendigung des Krieges vor der Inangriffnahme irgendwelcher Maßnahmen auf dem Gebiet der Schul- und Jugendgesetzgebung einen aus Schulpolitikern, Pädagogen und sonstigen Sachverständigen zusammengesetzten Ausschuss zur Beratung und gutachtlichen Beschlussfassung über Schulfragen berufen wolle.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Anfrage wünscht eine Auskunft über Tatsachen, die nicht zur Zuständigkeit des Reichstags gehören. Daher ist der Reichskanzler nicht in der Lage, Antwort zu erteilen.

Abg. Jüdel (Soz.) fragt wegen der Heranziehung jugendlicher Textilarbeiterinnen, besonders in Schlessen, zu schweren Stein- und landwirtschaftlichen Arbeiten unter Androhung der Unterstützungszuschüsse sowie der Fürsorgeentziehung, weiter wegen der sittlichen Gefahren infolge des Zusammenarbeitens und gemeinsamer Unterbringung mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Dem Reichskanzler ist von derartigen Zuständen nichts bekannt. Es werden Ermittlungen angestellt werden.

Abg. Jüdel (Soz.) will eine Ergänzungsfrage stellen, die aber vom Präsidenten Dr. Kämpf nicht zugelassen, sondern für eine neue Anfrage erklärt wird.

Abg. Besseremann (natl.) bittet um nähere Mitteilungen darüber, ob die portugiesische Regierung die militärischpflichtigen Deutschen interniert, die nichtmilitärischpflichtigen ausgewiesen und das gesamte deutsche Eigentum beschlagnahmt hat.

Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Krieger: Die portugiesische Regierung hat in der Tat die männlichen Deutschen zwischen 16 und 45 Jahren interniert und die übrigen Deutschen ausgewiesen. Die deutsche Regierung hatte der portugiesischen vorgeschlagen, die beiderseitigen Staatsangehörigen freizulassen. Wir werden, wenn endgültige Nachrichten vorliegen, mit entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen vorgehen. Die portugiesische Regierung hat auch jeden Handelsverkehr mit deutschen Reichsangehörigen untersagt und das gesamte in Portugal befindliche Eigentum beschlagnahmt. Die deutsche Regierung hat bereits gleichartige Vergeltungsmaßnahmen getroffen.

Der Antrag der Verbündeten Regierungen auf Vertagung des Reichstags bis zum 26. September 1916 wird angenommen.

Es folgt die

## Fortsetzung der dritten Lesung des Etats.

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Unsere Kriegslage hat sich erheblich verbessert, durch den Seesieg in England, die Seeherrschaft von jetzt ab erstickt. (Stürmischer Beifall.) Alles Friedensgerede ist nach der Antwort, die Sir Edward Grey auf die Rede des Reichskanzlers gegeben hat, zur Zeit nutzlos. (Sehr richtig!) Wir wären dem Frieden längst näher, wenn England nicht die ganze Entente am Strick führen würde. Solange die Kriegslage nicht endgültig feststeht, hat jede Erörterung der Friedensziele in der Öffentlichkeit in Deutschland nicht nur keinen Zweck, sondern ist direkt schädlich. (Sehr richtig! im Zentrum.) Als schädlich sind auch die geheimen Druckschriften anzusehen, die vertraulich oder als Manuskript gedruckt vertraulich durch die Post versandt werden. Der Reichskanzler kann Betrachtungen über die Friedensziele anstellen, und selbst die Berechtigung dazu, weil wir nicht im Besitz der entscheidenden Unterlagen sind. Wir haben nur das Recht, auf die Anschauungen des Reichskanzlers einzuwirken, was aber nur von Mund zu Mund im geschlossenen Raume geschehen kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Reichskanzler kann und nur vertrauliche Mitteilungen machen und daher nicht alles widerlegen, was gegen ihn vorgebracht wird. Nicht persönlich haben die Darlegungen über die Zeppelin- und U-Bootfrage beruhigt. — Einen außerordentlichen Einfluss auf den Verlauf und die Dauer des Krieges übt die Presse aus. Unsere Feinde in Paris und London sind über die Vorgänge im Reich so genau unterrichtet wie wir selbst, ihnen fehlt nur die richtige Bewertung der Vorgänge und das schließt die Gefahr der Verlängerung des Krieges in sich, weil es in ihnen falsche Hoffnungen erweckt. (Sehr richtig!) Das gilt auch für die Erörterungen über unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in anderen und anderen Schriften. Unsere Krieger in den Schützengräben haben solche Invidiositäten mit ihrem Leben zu büßen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Mit Recht hat der Reichskanzler gestern als schönste Frucht des Krieges bezeichnet, daß wir die alte Unterscheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien zum alten Eisen werfen müssen. (Sehr wahr!) Solange die Genjur besteht, kann niemand eine Ausnahme verlangen, wie es gerade die Hintermänner dieser antinationalen Schriften tun. — Der Seesieg vom 1. Juni hat uns den Wert unserer Schiffmannschaften erkennen lassen. Es kommt nicht auf die Zahl der Schiffe und Geschütze an, sondern auf den Geist und die Ausbildung der Mannschaften. Wenn wir alle daheim und draußen unsere Pflicht tun, so hoffe ich von der Vorlesung, daß wir als Frucht des Krieges einen dauernden Frieden mit einem neuen Aufschwung unseres Volkes erhalten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Graduaner (Soz.):

Die gestrige Rundgebung des Reichskanzlers hat einen tiefen Eindruck gemacht, der weit hinaus auf das ganze Volk weiterwirken wird. Es war in der Tat eine Flucht in die Öffentlichkeit. Daß der Reichskanzler sie unternommen hat, zeigt uns, wie stark die Erbitterung und wie giftig die Angriffe gewesen sind, die aus dem Hinterhalt gegen seine Politik gerichtet wurden. Wegen irgendwelcher beliebigen Schandworte hätte er seine Rede nicht gehalten, sondern es müssen dahinter einflußreiche Kreise stehen, die zwar an Zahl gering sein mögen, deren Geldmacht und Einfluß aber nicht gering ist. (Zustimmung.) Die Angriffe der Abgeordneten v. Graefe und Sichel in der Genjurdebatte am Mittwoch waren nur ein kleines Vorpiel, was der Reichskanzler und aus den Schandwörtern gestern mitteilte, dieses Trommelfeuer von Invektiven, Verleumdungen und Verleibungen stellt allerdings ein starkes Stück dar. Man darf gespannt sein, ob irgend eine Partei dieses Hauses sich finden wird, um jene Leute und ihr sauberes Handwerk in Schach zu nehmen. Aus welchem Lager diese Geschosse kommen, darüber besteht kein

Zweifel. Aus dem nationalistischen Lager, aus dem fortgesetzt der Schrei nach Weltbeherrschung ertönt, aus dem Lager der rücksichtslosesten Gewaltmenschen nicht nur nach außen, sondern nach innen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Lager haben sich das Geld der am Krieg interessierten Schwerindustriellen, die Phantasieereien der alldeutschen Weltbeherrscher und die reaktionären Gelüste der Scharfmacher und Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung zusammengefunden. Die zornige Abwehr des Reichskanzlers zeigt, welche Mächte in diesem Lager gegen seine Politik vor dem Kriege getrieben wurden. Es ist ihm zum Vorwurf gemacht worden, er habe jahrelang eine Politik der Verständigung besonders auch mit England getrieben, er habe den Mobilisierungsbefehl verzögert und selbst noch in den letzten Stunden vor Ausbruch des Krieges auf Oesterreich und Rußland einzuwirken versucht und mit England verhandelt. Ueber diese Anklage kann der Kanzler sich nur glücklich schätzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Augen aller aufrichtigen Friedensfreunde und aller verständigen Leute ist dies kein Gegenstand der Anklage, sondern der Rechtfertigung. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk wird umgekehrt urteilen wie jene hinterhältigen Widersacher, das deutsche Volk wird sich sehr einverstanden mit den Bemühungen erklären, den Krieg zu vereiteln. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir können auch heute noch nicht alle Vorgänge durchschauen, die dem Ausbruch des Krieges vorhergegangen sind. Das endgültige Urteil wird erst die Geschichte fällen. Wenn aber die Tatsachen, auf Grund deren man die Anklage gegen den Reichskanzler aufgebaut hat, richtig sind, so ist bewiesen, daß die Behauptung der Ententemächte unwar ist. Deutschland habe den Krieg provoziert. Der Reichskanzler wird aber auch wegen seiner angeblich schlappen und lauen Politik in der Gegenwart angegriffen. Offenbar

wollen sich jene Kreise einen neuen Kanzler schaffen.

Sie haben immer gegen den Kanzler, der gerade im Amt war, intrigiert. Jetzt suchen sie sich einen Kanzler zu verschaffen, der ihren weit ausschweifenden Eroberungsplänen gefügig sein soll. Aber gerade gegen diese Eroberungspläne hat die Sozialdemokratie von Beginn des Krieges die härteste Stellung genommen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht der Person des Reichskanzlers wegen, sondern der großen Sache wegen. Wir belämpfen auf das entschiedenste eine Politik, die auf phantastische Grenzerweiterungen ausgeht. Sie würde daselbe Bestreben bei den andern Völkern erwecken und dadurch den Krieg verlängern und das Volk dem Elend überliefern. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würde sich die Reichsleitung in den Dienst jener Gruppen und ihrer Pläne stellen, so würde das deutsche Volk einer solchen Regierung die Gefolgschaft verweigern. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jene Leute sollen doch nicht glauben, sie haben das deutsche Volk hinter sich. Das ist eine frivole Täuschung gewisser Plätter. Jene Gruppen haben den Vorstoß gegen den Reichskanzler nicht nur wegen seiner auswärtigen Politik unternommen, sondern selbstverständlich auch wegen der inneren Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) freilich nicht wegen der gegenwärtigen — die gibt ihnen keinen Grund, sich zu beklagen — aber sie fürchten, daß im Frieden doch etwas von der vielbesprochenen Reorientierung im inneren Leben Deutschlands geschehen könnte, daß neue Wege beschritten werden könnten. Jene Kreise bestehen aus denselben Scharfmachern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, es sind dieselben Leute, die auch nach dem Kriege die Arbeiterklasse verfeuern und mit Ausnahmegeetzen bedrücken, es sind die Leute, die nach dem Kriege die alten Fäden weiterspinnen wollen. Diese Leute sind Schuld daran, daß wir nicht schon im Kriege etwas weiter kommen und gerade diese Unfruchtbarkeit der inneren Politik während des Krieges ist schuld, daß solch Verdroffenheit Platz greift. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn leider kommt die Reichsregierung denen, die keine fortschrittliche Politik wollen, allzuweit entgegen. Der Reichskanzler sagt, man werfe ihm vor, er fühle sich auf die Sozialdemokraten, eine ganz lächerliche Behauptung! Wir fordern Fortschritt und freiheitliche Entwicklung, aber nicht von dem Geschieht bei uns. Der Reichskanzler spürt den großen Hauch dieser gewaltigen Zeit im Gegensatz zu denen, die am alten stehen. Aber wir können nicht auf die Worte eines Staatsmannes vertrauen, das Vertrauen der Arbeiterklasse kann nur durch Taten gewonnen werden. Wir vertrauen nicht auf Personen, sondern auf die Macht der Tatsachen und die Kraft des Volkes. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind durch diesen Krieg in Bewegung gekommen. Sie drängen auf die Verwirklichung sozialer Umgestaltungen. Wir Sozialdemokraten bemühen uns, die Träger dieser Entwicklung zu sein. Auch nach dem Kriege wird es Partei- und Klassenkämpfe geben. Wir werden sie weiterführen müssen mit ganzer Kraft und rücksichtsloser Energie. Dabei wird uns das Wort im Gedächtnis bleiben, daß nicht mehr unterschieden werden dürfe zwischen nationalen und angeblich nicht nationalen Parteien. Wir haben uns schon in früheren Zeiten mit leidenschaftlichster Erbitterung dagegen wenden müssen, daß man behauptete, wir hätten kein Verständnis für die Interessen unseres Landes und Volkes. Nur zu oft kamen diese Vorwürfe von solchen, die das Vaterland als Domäne ihrer kapitalistischen Sonderinteressen ansehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Der Reichskanzler meinte gestern, die Auseinandersetzungen über die Genjur

am vorigen Mittwoch hätten dem Lande nicht zum Vorteil gereicht. Ich glaube, gerade jene Debatte und auch die gestrigen Ereignisse haben sehr deutlich den Beweis erbracht, daß ein öffentliches Ausdragen der vorhandenen Meinungsgegenstände sich unmöglich vermeiden läßt. Der Reichskanzler wird doch selbst nicht glauben, daß seine gestrige Rede, wenn sie irgend ein anderer draußen gesprochen oder geschrieben hätte, nicht dem Zensurist gefallen wäre. (Weiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich in diesen Tagen offensichtlich die Tatsache erwiesen, daß die Zurückdrängung der Gegenäfte hinter die Kulissen die Auseinandersetzungen im Volke nur giftiger gestaltet; die Austragung der Meinungsgegenstände in der Öffentlichkeit muß von uns als Gesundheitsprozess begriffen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist jetzt, daß das Volk Kenntnis erhalten hat von dem lichtscheuen Treiben jener kleinen Gruppen. In Bezug auf die Zensur will ich dem Kanzler sagen: Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der Leiter der militärischen Operationen, Herr v. Falkenhahn, hat sich für eine Lockerung der Zensur ausgesprochen, der Reichskanzler hat uns gestern daselbe in Aussicht gestellt, also sagen wir: Fort mit der Zensur! Wenn die Schranken der Zensur gelodert werden und fallen, wird sich die große Mehrheit des deutschen Volkes gewiß nicht auf den Boden der Politik stellen, die gestern hier vom Reichskanzler gelehrt wurde. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sieht die Wahrung seiner Interessen in einer Politik, die hinzielt auf die Förderung eines baldigen ehrenvollen Friedens nach außen und einer freiheitlichen Entwicklung im Innern unseres Landes.

(Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Der Reichskanzler hat sich gestern auch mit der Frage der

## Friedensmöglichkeiten

befähigt und hat daran erinnert, daß er zweimal seine Friedensbereitschaft offen bekundet habe, aber die Antworten der Staatsmänner der gegnerischen Mächte seien durchaus ablehnend gewesen. Er hat daraus weitere Folgerungen gezogen und in diesem Zusammenhang auch die Sozialdemokratie erwähnt. Das gibt mir Anlaß, die Stellung meiner Fraktion zur Kriegspolitik und zur Friedensfrage zu besprechen. Ich glaube, dazu um so mehr Anlaß zu haben in dieser Stunde, da die Regierung uns soeben neue außerordentlich hohe Kreditforderungen unterbreitet hat. Ich spreche deshalb schon an dieser Stelle aus, daß meine Fraktion den Beschluß gefaßt, diesen neuen Krediten ihre Zustimmung zu erteilen. (Bravo!) Wir erteilen diese Zustimmung, weil unsere Stellung unbedeutend diejenige geblieben ist, wie wir sie seit dem 4. August 1914 eingenommen haben. Unsere Stellung zu dieser Frage ist keineswegs bedingt durch die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens zu der Regierung, zu dem Reichskanzler. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich betone vielmehr, daß wir in allen Einzelfragen, die im Laufe des Krieges aufgetaucht sind, in wirtschaftlicher und politischer Beziehung in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit gemäß den Interessen der Arbeiterklasse unsere Stellung genommen haben, wie wir dies auch in Zukunft tun werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir lassen uns auch bei unserer Stellungnahme zu den Kriegskrediten und der ganzen Kriegsführung nicht von Erwägungen des Vertrauens zur Regierung leiten, sondern ausschließlich von der Prüfung dessen, was das Lebensinteresse unseres Landes und unseres Volkes in dieser fürchterlichen schweren Zeit von uns fordert. Unsere Stellungnahme steht im vollen Einklang mit den grundsätzlichen Auffassungen, die die Sozialdemokratie immer vertreten hat. Wir sind eine Friedenspartei, wir haben im Kriege immer eine rohe und verwerfliche Methode der Austragung der Völkergegenäfte gesehen, eine Methode, die mit dem modernen Kultursensibilität unüberträglich ist. (Sehr wahr! h. d. Soz.), die überwunden werden muß. (Sehr richtig!) Aus dieser Überzeugung heraus haben wir uns, als die Katastrophe des Weltkrieges hereinbrach, keineswegs etwa einer fessellosen Kriegsbegeisterung, einem Kriegsdrausch überlassen. Nicht aus Kriegslust haben wir am 4. August 1914 unsere Stellung gewählt und sie seitdem innegehalten. Wir haben damit vielmehr eine schwere Pflicht erfüllt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten uns vor der rauhen Wirklichkeit, die wir nicht zu ändern vermochten, nicht verschließen, denn es war in der Tat nach unserer festen Überzeugung für das deutsche Volk ein Kampf um Sein und Nichtsein. Angesichts der überwältigenden Uebermacht der Gegner, die uns überall bedroht hat, die uns die Zufuhr der notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel absperrte, konnte nur ein einziger alles andere zurückdrängender Gedanke aufkommen, die Existenz des Landes zu sichern, die wirtschaftliche und staatliche Sicherheit des deutschen Volkes zu wahren. An diesem Grundlag haben wir festgehalten durch alle Wechselfälle dieser schweren Zeit, daran halten wir fest auch in der letzten Stunde, denn wir sind auch jetzt noch davon überzeugt, daß der Krieg noch immer das ist, was er von Anfang an war, ein schwerer Kampf zur Sicherung unseres Landes und unserer Zukunft. Gewiß, es ist denkbar, was das deutsche Volk, was unsere Brüder und Schwestern im Wasser und an Wasser geleidet haben; es ist denkbar, daß es möglich war, sich einer so überlegenen mächtigen Koalition zu erwehren, alle feindlichen Vernichtungsbefehle abzuwehren, aufstanden zu machen. Aber alles das, was auf den Kriegskampfbahnen erreicht ist, veranlaßt das deutsche Volk denn doch keineswegs dazu, sich einer Stimmung des Uebermuts, des Triumphes hinzugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind weit davon entfernt, uns dem Wahne hinzugeben, als könnten wir die gegnerischen Mächte zerschlagen, und ich sage es offen, das deutsche Volk will derartiges nicht. Es erkennt auch die Tapferkeit seiner Gegner an und es unterläßt auch nicht die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Diskussionen seiner Gegner. Das deutsche Volk ist stolz darauf, daß es seine Verteidigung gegen eine Uebermacht von Gegnern so erfolgreich durchgeführt hat, aber andererseits hält es fest an dem Wort der Thronrede vom 4. August: Uns treibt nicht Eroberungslust.

Das deutsche Volk denkt nicht daran, andere Völker ihrer nationalen Existenz und ihrer kulturellen Entwicklung berauben zu wollen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Leider ist es nur zu richtig, was gestern der Reichskanzler gesagt hat, daß offenbar die Verhandlungsmächte noch andauernd von der Vorstellung beherrscht werden, es könnte ihnen doch noch gelingen, die Kriegslage zu ihren Gunsten umzugestalten und durch langes Hinanschieben des Krieges Deutschland und seine Verbündeten zur Kapitulation zu zwingen. Das Entgegenkommen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes wurde in der Presse des Auslandes mutwillig als ein Eingeständnis unserer Erschöpfung hingestellt. Trotz aller Enttäuschungen klammert sich das Ausland immer wieder an die alte trügerische Hoffnung, daß Deutschland nicht mehr durchhalten könne, bis die neue Ernte eingebracht sei. Auf Grund solcher Vorstellungen haben die ausländischen Staatsmänner in der letzten Zeit Stellung zu den Friedensanerbietungen des Reichskanzlers genommen. Als Sir Edward Grey vor etwa 1/2 Monaten gegenüber einem Berichterstatter gewisse Äußerungen machte, konnte die Meinung entstehen, als sei auch bei der englischen Regierung die Erkenntnis erwacht, es sei klüger, an Friedensverhandlungen zu denken, als das Blutvergießen ins Unabsehbare fortzusetzen, um schließlich doch nur denselben Frieden zu erreichen, den man gegenwärtig schon erreichen konnte. Aber kurz danach erhalteten die Pariser aus Paris. Briand sagte beim Empfang der russischen Parlamentarier: „Das Wort Frieden ist eine Lästung.“ Präsident Poincaré hielt noch vor kurzem jene Rede, in der er die Wiedereroberung Elsass-Lothringens aufs neue als Vorbedingung des Friedens aufstellte, und hinzusetzte, es sei nicht an Frieden zu denken, bevor die Deutschen um Frieden bitten, man wolle ihnen den Frieden diktieren. Es kam dann die Unterbrechung des Reichskanzlers mit dem amerikanischen Berichterstatter, und eine vielleicht mißverständliche Stelle in der Rede des Kanzlers wurde im Ausland dazu benutzt, ihr eine falsche Deutung zu unterziehen. Der Reichskanzler hatte auf die Kriegslage verwiesen und daraus schloß man im Ausland, Deutschland verlange, daß die von uns besetzten Gebiete uns endgültig verbleiben sollen. Uns war von vornherein klar, daß diese Auslegung falsch war, denn sie stand im vollen Widerspruch mit den früheren Erklärungen des Reichskanzlers. Es ist dann in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und ich glaube auch in der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ dargelegt worden, wie die Meinung des Reichskanzlers richtig zu verstehen war. Es hieß da, es ist ein unerhörtes Mißverständnis, wenn man aus den Worten des Reichskanzlers herauslesen wollte, die Schützengräben im Osten und Westen müßten auch die Grenzen eines Friedensschlusses sein, die militärischen Errungenschaften müßten vielmehr der Ausgangspunkt irgend welcher Verhandlungen sein. Das ist jedenfalls die richtige Auslegung. Darauf folgten

dann am 25. Mai die Verhandlungen im englischen Unterhaus. Ein liberaler Vertreter und der Sozialdemokrat Macdonald, verwiesen auf die Aeußerungen des Reichskanzlers und sprachen vom baldigen Frieden, sie fanden zwischen den Erklärungen Greß und Bethmann Hollweg nichts enthalten, was als unüberwindliches Hindernis für Friedensverhandlungen anzusehen sei. Aber die Erwiderung des Herrn Greß lang da allerdings wieder mehr abweisend. Er beschimpfte den Reichskanzler, bezeichnete die von diesem angebotenen Friedensbedingungen als die Bedingungen eines siegreichen Deutschland, machte sich die falsche Auslegung des Wortes „Kriegskarte“ zu eigen und kühlte sich in völliges Schweigen über die Friedensbedingungen Englands und seiner Alliierten, tat vielmehr so, als ob die Alliierten überhaupt noch kein Wort über den Frieden gesprochen hätten.

Auch aus Rußland sind ähnliche Worte gekommen, wenn sie auch weniger von Verschmähung sprachen als früher; so war doch davon die Rede, daß die Grenzen angemessen geregelt werden müssen und daß die Ansprüche der Alliierten gesichert sein müßten, bevor an Frieden zu denken sei. Wenn wir das alles noch einmal überblicken, müssen wir gestehen, es sind unerfreuliche Antworten, auf die wiederholte Erklärung von deutscher Seite zur Friedensbereitschaft. Angesichts einer solchen Haltung des Auslandes, angesichts der noch immer drohenden Pläne der gegnerischen Mächte ist es nach unserer Ueberzeugung zweifellos notwendig, daß das deutsche Volk zur Abwehr dieser gegnerischen Bestrebungen in seiner festen Geschlossenheit verharren muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich

#### unsere Stellung zu den Kriegskrediten.

Wir nehmen unsere Stellung ein, weil wir überzeugt sind, daß das die einzige Möglichkeit ist, um einen möglichst baldigen ehrenvollen Frieden zu erreichen. Nur diese Geschlossenheit des deutschen Volkes kann die gegnerischen Staaten geneigter zu Friedensverhandlungen machen. Wir begrüßen alle Bestrebungen, die aus der Tiefe der Völker heraus sich regen und darauf hinarbeiten, eine Beschleunigung des Friedensschlusses herbeizuführen. In England wie in Frankreich regt sich erfreulicherweise immer mehr der Friedenswille der Masse des Volkes. Millionenfach hört man die bange Frage, wo lange noch soll es dauern, wie lange sollen noch täglich Tausende und Aber-tausende junger blühender Menschenleben vernichtet werden! Immer mächtiger wächst das Verlangen nach Beendigung des Blutvergießens. Darum stimme ich auch nicht dem zu, was vorher der Abg. Spahn über die Vermittlungsbestrebungen neutraler Länder sagte. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, hat am 20. Mai das Wort gesprochen, die Zeit sei für die Vereinigten Staaten gekommen, um ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens den kriegsführenden Ländern anzubieten. Von der kriegsbegehrigen Presse Englands ist diese Ankündigung mit den wildesten Protesten begrüßt worden, aber auch in einigen deutschen Blättern, wie auch die Rede des Abg. Spahn eine sehr starke Abneigung und Mißtrauen dagegen bekundete. Demgegenüber sind wir der Meinung, daß der Friedensvermittler Wilson kommen verdient. Jedem ehrlichen und unparteiischen Staatsmann, der gewillt ist, auf die Herbeiführung des Friedens hinzuwirken, würde nach unserer Ueberzeugung die große Weisheit des deutschen Volkes nicht nur, sondern alle am Kriege beteiligten Völker heißen Dank entgegenbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So sage ich zum Schluß: der Weltkrieg kann nach unserer Ueberzeugung nur auf dem Wege einer Verständigung, eines Ausgleichs beendet werden. Wir fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie nicht nur nichts unterläßt, was einen solchen Frieden dienen kann, sondern daß sie fortgesetzt noch mehr als bisher alles daransetzt, was irgend möglich ist, um auf dieser Bahn vorwärts zu gelangen, den Schreden des Krieges ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Wassermann (naß.):

Zu der Feststellung unserer Erfolge auf allen Fronten können wir dem Reichskanzler nur zustimmen. Bei dem großen Seesiege gedenken wir auch des Schöpfers und genialen Organisators unserer Flotte, des Großadmirals v. Tirpitz. Wir gedenken auch des Grafen Zeppelin, dessen Luftschiffe sich bei dieser Seeschlacht im Aufklärungsdienste große Verdienste erworben haben. Niemand war die Kriegslage mehr geeignet, den Wahlspruch Hindenburgs zu beherzigen: „Nicht nur durchhalten, sondern siegen!“ Nichts liegt meinen politischen Freunden fern, als aus eigenmächtigen Willkür auf eine Verlängerung dieses furchtbaren Krieges hinzuarbeiten, was wir aber nicht wollen, das ist eine Verkürzung des Krieges auf Kosten eines dauerhaften Friedens, der Deutschland die Sicherung gegen künftige Kriege bringt. (Bravo!) Der Schwerpunkt liegt in dem Ausbau unserer deutschen Festlands- und Küstenstellung, dahinter tritt die Forderung eines großen Kolonialreiches, das auch wir erstreben wie jedes Weltvolk, zurück, weil es für eine kontinentale Sicherung keinen Ersatz bieten kann. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

#### Gegenüber manchen Deutungsversuchen

liegt es mir in dieser letzten Stunde, in der wir zur vollen Öffentlichkeit sprechen können, am Herzen, in Kürze zu rekapitulieren, was der Reichskanzler am 2. Dezember 1914 gesagt hat: Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute auf heute Einschlaftrüben verfügen, durch die sie von morgen an uns aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Dann: Sollte Europa jemals zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke, unantastbare Stellung Deutschlands geschehen. Am eingehendsten hat er sich am 15. April 1916 mit diesen Fragen befaßt. Er geht zunächst auf die polnische Frage ein, stellt fest, daß sie durch diesen Krieg ausgetrocknet ist, und sagt: Deutschland und Oesterreich müssen und werden sie lösen. Er umgrenzt das Ziel im Osten scharf, indem er die Frage stellt: Kann man annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinem Bundesgenossen betretenen Völker zwischen der baltischen See und den waldreichen Tümpeln wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Wälten oder Letten sein? Das belgische Problem berührt er, indem er ausspricht, daß Belgien nach dem Kriege nicht mehr das alte sein wird. Gelangt es nicht, die Wälder und Wägen dem Germanentum im siegreichen Kriege zu erhalten, dann werden sie ihm verloren gehen und der Auffrischung und Französisierung verfallen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Generalgouverneur von Belgien, Freiherr von Bissign, bringt der Blamenfrage volles Verständnis entgegen, möchte auch die belgische Zivilverwaltung den berechtigten Forderungen der Blamen zunächst entgegenkommen.

Was der Reichskanzler von dem Seesiege gesprochen hat, findet unsere volle Billigung; enthält es doch den Gedanken, daß nicht Verträge über die Seeherzhaft und die Freiheit der See entscheiden, sondern der Sieg und die Macht. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wenn die überwiegende Mehrheit meiner Freunde

#### für den rücksichtslosen U-Bootkrieg

eingetreten ist, so aus der Ueberzeugung heraus, daß uns in der U-Bootwaffe das Mittel zur Verfügung steht, das in der Tat England zum Frieden zwingt oder doch mindestens den Frieden näher bringt und daß diese Waffe das Mittel ist, den Krieg abzukürzen. Dabei haben wir die Gefahren der Führung eines solchen Krieges nach der Richtung Amerikas und der übrigen neutralen Staaten nicht gering eingeschätzt. Das Wort von Asquith über die russisch-englische Kultur (Heiterkeit) erinnert an die Teilung der Welt zwischen Vax und Walsch. Von einer Wiederherstellung Belgiens ist in der Entente nicht die Rede, sondern Belgien soll dem französischen Einfluß vollständig untergeordnet und als Konsequenz davon eine wesentliche Schlechterstellung Deutschlands erreicht werden. Wir werden abwarten, wie weit es Wilson gelingt, bei unseren Gegnern

das Gefühl der Friedensbereitschaft herbeizuführen. Eine solche Konferenz aber, wie sie Wilson im Auge hat, ist sicherlich nicht zur Herbeiführung eines raschen Friedens geeignet. Wir beharren, daß die äußerste Linie an den indirekten Steuern Anstoß genommen hat. Mit unserer Haltung ist nicht gesagt, daß bei kommenden Steuerreformen im Reich nicht auch auf dem Gebiet der direkten Besteuerung Konzeptionen gemacht werden müssen. (Sehr richtig! links.)

Durch die gestrige Rede des Reichskanzlers ist der annehmen Brochure eine sehr große Bedeutung beigelegt worden. Jedenfalls ist es eine Ironie der Geschichte, daß der Obersteigewaltige der Zensur genötigt ist, sich angesichts von Mißständen der Zensur in die Öffentlichkeit zu fügen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Aber es sind nicht nur anonyme Broschüren gegen den Reichskanzler, sondern auch zu seiner Verteidigung erschienen. Meine Freunde lassen sich bei ihrer Haltung, die sich ja nicht immer mit der des Kanzlers deckt, nur von sachlichen und vaterländischen Gesichtspunkten, nicht aber von Nebenrücksichten leiten. (Sehr Zustimmung bei den Rechten.) Wir erkennen die Notwendigkeit einer Neuorientierung im Reich und in den Einzelstaaten an, wir verlangen vor allem die Befestigung von allerlei Einseitigkeiten und Rücksichtslosigkeiten in Preußen und eine größere Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung. Der Leistung der künftigen Politik muß das Vertrauen zu unserem Volke sein. (Bravo!) Von Tausenden von Lippen geht täglich das Gebet dahin: Mögen die Opfer nicht vergeblich gebracht sein, mögen unsere Söhne und Enkel, für die wir den Krieg führen, sich eines größeren und stärkeren Deutschlands erfreuen können. (Beifall.)

#### Abg. v. Payer (Wp.):

Der die Vorgänge der letzten Monate verfolgt hat, das Anschwellen der geheimen Literatur, die Heftigkeit ihres Tones und die persönlichen Angriffe, der hatte schon lange das Gefühl, daß dieser politischen Brunnengiftung endlich ein Ende bereitet werden müßte. Man empfindet es als eine Befreiung, daß der Reichskanzler diese Nachwerke in dem gestrigen Bewitter endlich mit aller Deutlichkeit als das bezeichnet hat, was sie in Wirklichkeit sind, eine schwere Gefahr für das Reich im Innern und für seine Stellung nach außen. (Lebhafte Beifall links.) Das Recht der freien Meinung gilt nur, soweit die Interessen des Vaterlandes es während des Krieges gestatten, wir müssen aber Verwahrung einlegen gegen absichtliche oder auf Unwissenheit beruhende Entstellungen von Tatsachen. (Sehr wahr!) Vor allem nehmen wir den Verfassern der Broschüren den persönlichen Haß gegen den Reichskanzler übel und den Mangel an jeglichem Verantwortlichkeitsgefühl. (Sehr wahr! links.) Noch ist die Stunde nicht gekommen, um den Schleier zu lüften. Aber es drängen sich manche Vermutungen auf. Die Agitation ist mit einer ganz ungewohnten Freigiebigkeit geführt worden, mit einer so offenen Hand, wie wir es bisher nicht gelangt haben. Wer dahinter steckt, ist zunächst nebenächlich gegenüber dem gemeinschaftlichen Charakter dieses Treibens. (Sehr richtig!) Unsere Stellung zu den verschiedenen Fragen ist unverändert geblieben. Wie die blämische und baltische Bewegung sich gestalten wird, was aus Belgien wird, dazu können wir heute nicht Stellung nehmen, denn das hängt nicht von uns allein ab. Die Zensurdebatte vom letzten Mittwoch hat dem Reichstage nicht gut getan und noch weniger hat sie dem Reiche gedient. (Sehr richtig!) Wir haben mit Erfreuen gesehen, daß eine ganze Reihe von Feststellungen und Erklärungen, die sich in vertraulichen Besprechungen unwillkürlich gezeigt haben, hier wiederholt sind, als ob alles, was wir in jenen Tagen verhandelt haben, nur Luft gewesen wäre. (Sehr richtig!) Aus Gründen der Vaterlandsliebe können wir nicht entgegen. Die Folgen dieser Debatte waren Ruhe und Unruhe im Inland; das Ausland hat sich lebhaft über diese scheinbare Uneinigkeit gefreut und aus ihr Kraft und Ausdauer gezogen. Die Feder des Publizisten und das Wort des Parlamentarier können vieles verderben, nicht nur was das Schwert gewonnen hat, sondern auch, was es zu erringen im Begriffe steht. (Sehr wahr!) Es handelt sich doch nur um die Befestigung des Reichskanzlers. Die Bundesgenossen, die sich hierzu zusammengedrängt haben, würden nach der Erreichung ihres Zieles sehr bald wieder auseinanderfallen. Wir bekämpfen diese Agitation nicht wegen der Person des Reichskanzlers, sondern um der Sache wegen. Wir haben keinen Grund zu einem Wechsel, wir wissen nicht, wer der Nachfolger wird. Es ist ja eine ganze Liste genannt. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler verfährt über das unbegrenzte Vertrauen der Bundesräte und des Bundesrats, unserer Verbündeten und ihrer Staatslenker und täglich mehr über das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.) Besonders dankbar sind wir dem Kanzler, daß er uns vor dem ungeheuerlichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten bewahrt hat. Wenn es einmal zu Friedensverhandlungen kommen wird, wird der Kanzler nicht über unsere Köpfe hinweg, sondern im Einverständnis mit der Volksvertretung vorgehen. Wir vertrauen, daß er die Friedensverhandlungen mit Einigkeit, Festigkeit und Kraft führen wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Kanzler wird sich bei den Friedensverhandlungen nicht von denen um Schlepplau nehmen lassen, die glauben, nur mit der gepanzerten Faust allein könne ein Friede zurecht gemannet werden. Unser Kriegsziel darf jetzt nur sein, daß Deutschland dauernd gestärkt aus dem Kriege hervorgeht, gehoben an Macht, Ehre und Einfluß. (Lebhafte Beifall.)

#### Abg. Graf Westarp (l.):

Mit dem Vorredner bin ich darin einig, daß die gestrigen Vorgänge ungewöhnlich waren. Wir vermögen der Angelegenheit, die der Reichskanzler behandelt hat, nicht die entscheidende Bedeutung beizulegen. Der Reichskanzler hat sich gestern eingehend mit einer anonymen Broschüre beschäftigt, die unter dem Namen „Junius alter“ erschienen ist. Wir war die Broschüre vollständig unbekannt. Ich habe inzwischen festgestellt, daß sie auch mir zugegangen ist. Durch einen Zufall hat sie nicht den Weg gefunden, den bei mir sonst anonyme Zukriften zu geben pflegen. Diese Anonymität ist für mich auch dadurch nicht behoben, daß die Broschüre unter der Firma „Niederdeutsche Bismarckrunde“ verbreitet worden ist. Ich meine diese Vereinigung nicht. Ebenso wie mir ist es allen meinen politischen Freunden ergangen. (Hört! hört! links.) Nachdem ich die Broschüre gelesen habe, ist mein Zweifel noch lebhafter geworden, ob die Aufmerksamkeit, die durch die eingehende Beschäftigung des Kanzlers des Deutschen Reichs für diese Broschüre im Inland und Ausland hervorgerufen worden ist, durchweg im vaterländischen Interesse liegt. (Sehr gut! rechts.) Ernstler als diese Sache liegt für mich die Angelegenheit des Generallandwirtschaftsdirektors Kapp. Der Reichskanzler hat gegen ihn den schweren Vorwurf erhoben, daß Kapp ihm den Vorwurf staatsverräterischer Bestimmung oder Handlung gemacht habe. Weder der Wortlaut des vom Reichskanzler verlesenen Satzes noch der Zusammenhang, in dem der Satz steht, zwingen irgendwie dazu, das darin vorkommende Wort „staatsverräterisch“ auf den Reichskanzler zu beziehen. Es ist darin auch kein Angriff gegen die Parole der Einigkeit als solcher enthalten, sondern lediglich dagegen, ob unter der Parole der Einigkeit verhandelt werde, Meinungsverschiedenheiten zum Schweigen zu bringen, deren Aussprache denen, die auf einem andern Standpunkt stehen, als vaterländische Pflicht erscheint. Öffentlich und nichtöffentlich verbreitete Aeußerungen bringen die Kritik oft scharf zum Ausdruck. Viele dieser Aeußerungen scheinen nach Form und Inhalt über das Ziel hinaus und enthalten Angriffe, die der Reichskanzler wohl als verlegend empfinden darf. Ich bitte aber doch, daß er und die nachgestellten Organe in diesen Aeußerungen

#### den berechtigten Kern

zu erkennen vermögen. Sie beruhen auf vaterländischem Empfinden, das getragen ist von nachdenklicher Durchdringung der Interessen des Vaterlandes. Es kommt darin zum Ausdruck eine entschlossene und opferwillige tatkräftige Bestimmung, vielfach sind darin weitgesteckte und weitläufig gefasste Ziele aufgedeckt. Es würde dem Vaterlande dienen, wenn der Reichskanzler sich bemühen würde, trotz der Form diesen berech-

tigten Kern zu erkennen, anzuerkennen und nutzbar zu machen. (Zustimmung bei den Konservativen.) Dadurch würde er sich den Dank weiter wohlgeinnter Kreise verdienen. Wenn die Zensur aufhören würde, auch der leisesten Kritik den Weg in die Öffentlichkeit zu verlegen und sie dadurch mit dem Reiz des Geheimnisses zu umkleiden, so würde sie dazu beitragen, daß die einmütige Entschlußkraft des Volkes, die auch in diesen Kreisen nicht fehlt, in den Dienst des Vaterlandes gestellt würde. (Bravo! bei den Konservativen.)

Seiße und glühende Bewunderung durchdringt uns alle gegenüber der Pflichttreue, mit der unser Volk, auch die jungen Männer und Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie rechnen, ihr Leben und ihre Gesundheit für das Vaterland einsetzen. Bewunderung empfinden auch wir, daß

#### die Sozialdemokratie

nach außen geschlossen und scheinbar einmütig am 1. August dem Vaterlande gab, was ihm nützt. Dieser Tag ist auch uns eine liebe und heilige Erinnerung. Aber das kann uns nicht dahin bringen, unsere ersten Bedenken gegen die Politik zum Ausdruck zu bringen, die der Reichskanzler gegen die Sozialdemokratie betrieben hat. Wieder und wieder haben die Sozialdemokraten hier erklärt, daß sie von ihrem früheren Programm nichts, gar nichts aufgegeben haben. Das ist aber das Programm des Klassenkampfes, das Programm der Umwälzung der Grundordnung unserer Gesellschaftsordnung, das Bekenntnis zur Republik im Gegensatz zur Monarchie. Das ist ein Gegensatz von tiefer und grundlegender Bedeutung. Dieser Gegensatz übt seine Wirkung auch aus zur Stellungnahme und Behandlung der Politik, die mit der Kriegführung unmittelbar zusammenhängen. Die Ablehnung jedes Annexionsgedankens von jener Seite hat Formen angenommen, die diesen Gegensatz nur verschärfen können. Herr Roske hat am letzten Dienstag Leute, die hinsichtlich des Annexionsgedankens einen anderen Standpunkt haben, als er, niedriger Profitier beschuldigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Grabauer sprach heute von ausweichendsten Eroberungspolitikern, von rücksichtslosen Gewaltmenschen, und machte sich die Unterstellungen des Handelns aus egoistischen Interessen zu eigen, und er fügte hinzu, daß diese Gegner den Reichskanzler aus innerpolitischen Gründen zu beseitigen suchen. Diese Kampfesart mag für die Propaganda des Klassenkampfes notwendig sein, uns kann sie nicht die Ueberzeugung beibringen, daß der tiefe Gegensatz überbrückt werden kann. (Zurufe: Das wird niemals geschehen!) Die Ergebnisse des Krieges haben an der Grundfrage unserer Auffassungen über unsere Gesellschaftsordnung, unserer monarchischen Auffassung nichts geändert. (Bravo! bei den Konservativen.)

Für den Augenblick wichtiger und bedeutsamer ist das, was mit dem Kriege unmittelbar zusammenhängt. Besondere Bedeutung haben die Aeußerungen des Reichskanzlers über seine

#### Verständigungsversuche mit England.

Kein Mensch wird den hohen sittlichen Wert erkennen wollen, mit dem der Reichskanzler für die Erhaltung des Friedens eingetreten ist. Die Frage aber, ob die richtigen Mittel angewendet sind, ob das Ziel nicht besser erreicht worden wäre durch festes Betonen unserer eigenen deutschen Interessen als durch Nachgiebigkeit, ob 1912 nicht Angebote gemacht worden sind, die den Gegnern nicht entzogen, ob die Ausfallslosigkeit dieses Weges nicht früher hätte erlangt und daraus andere Folgerungen gezogen werden können, darüber können auch bei ernsthaften Männern Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Politik der Verständigung mit England hat selbgeschlagen, das hat auch der Reichskanzler anerkannt. Wir glauben ansprechen zu sollen, daß für eine Politik der Verständigung in diesem Kriege kein Raum mehr ist. England ist der Feind, der die Welt gegen uns zusammenführt. Von Englands gutem Willen haben wir nichts, gar nichts für den Frieden und für unsere Zukunft zu erwarten. Für eine Verständigung mit England dürfen wir keines unserer Ziele aufgeben. Es gilt, England zu schwächen, so daß wir es zwingen, unser Recht auf Dasein, auf unsere Zukunft, auf den Zutritt zur Welt anzuerkennen. (Beifall bei den Konservativen.) In diesem Zusammenhange gewinnen

#### die Tatsachen des U-Bootkrieges

eine besondere Bedeutung. Herr v. Payer hat eine Darstellung wiederholt, die auch in der Presse immer wieder aufgetaucht ist, nämlich, daß es sich um Angelegenheiten handele, die als erlebte und abgemacht gegolten hätten. Das ist eine unrichtige Darstellung der Vorgänge in der Kommission. Ausdrücklich ist im Kommissionsbericht festgestellt, daß der Reichstag am 4. April keine Stellung zu der Frage genommen hat, in welcher Form der U-Bootkrieg zu führen ist, und ich habe mehrfach festgestellt, daß die Meinungsverschiedenheiten bei uns nicht beseitigt sind. Es kam dann die Note Amerikas, die eine Aenderung des U-Bootkrieges von uns verlangte und unsere Antwortnote, die diesem Verlangen nachkam. Klar und deutlich haben wir in der Kommission erklärt, daß diese Entscheidung der Dinge nicht unseren Wünschen entsprochen haben. In diesem Zusammenhang habe ich namens meiner Parteifreunde zu erklären, daß wir der Entschiedenheit Ausdruck geben, die weite Kreise über die letzte Note des Präsidenten Wilson empfinden. Daß Präsident

#### Wilson zum Friedensvermittler

berufen sein könne, erscheint uns unerfindlich. Das deutsche Volk hat zu ihm kein Vertrauen. (Lebhafte Zustimmung.) — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der amerikanische Vorkämpfer dem Vertreter eines deutschen Blattes gegenüber die Möglichkeit angedeutet hat, Präsident Wilson könne bei den Friedensverhandlungen einen Druck auf die kriegführenden Mächte ausüben, so müssen wir erklären, daß der Druck von jener Seite, um uns die Waffe der U-Boote zu entwenden, das Maß des Erträglichsten schon jetzt erreicht, wenn nicht überschritten hat. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Die deutsche Regierung hat jetzt wieder volle Freiheit der Entschließung und wir erwarten, daß sie rechtzeitig davon Gebrauch macht, zur siegreichen Beendigung des Krieges und zur Erlangung eines Friedens würdig der deutschen Zukunft. (Lebhafte Zustimmung rechts u. bei den Rechten.) Einverständnis sind wir mit den Ausführungen des Reichskanzlers, die der Bewunderung unserer tapferen Truppen Ausdruck geben und die in dem Sinne gipfeln, daß jedes Friedensgespräch, das wir jetzt beginnen würden, nichtig und nicht zum Ziele führen wird. Dank stattdessen wir ab unseren tapferen Truppen und auch dem Großadmiral von Tirpitz, der an seinem Lebensabend noch den Erfolg seiner Lebensarbeit erlebt hat. (Lebhafte Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

#### Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

Von dem Vorredner wie auch vom Abg. Wassermann ist bemängelt worden, daß ich durch meine gestrige Besprechung den Schriftsteller eine Publizität verschafft hätte, die nicht nötig gewesen wäre. Ich habe nur einige Schriften aus einem Bündel gleichzeitiger Schriften herausgegriffen, die, wie wohl dem ganzen Hause bekannt ist, seit Monaten in Deutschland, im Inlande und auch in den Schützengräben in Umlauf gesetzt werden. (Hört! hört!) Und weil ich erkannt habe, daß durch diese Treibereien nicht nur die Stimmung im Innern vergiftet wird, sondern daß dabei auch eine Rückwirkung schließlich auf den Geist draußen möglich ist. Darum habe ich mich für verpflichtet gehalten, mich nicht in die Öffentlichkeit zu fügen, sondern diese Nachrichten an die Öffentlichkeit zu ziehen. (Sehr gut!) Der Herr Vorredner hat gegen meine Ausführungen Widerspruch erhoben, die ich über die Denkschrift des Generallandwirtschaftsdirektors Kapp gemacht habe. Der Abg. Graf Westarp hat gemeint, der Vorwurf staatsverräterischer Handlung, den ich aus der Kappschen Schrift herausgelassen habe und auch noch heute herausle-

habe nicht darin gestanden. Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß die Einleitung zu diesem frohlichen Passus lautet: „Der Reichstangler beruht sich demgegenüber auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen muß.“ Und dann kommt der Satz, in dem die Parole zur Einigkeit mit Jena verglichen wird. Ich habe nicht gewußt, welche andere Folgerung ich daraus ziehen sollen, als die, die ich gezogen habe. (Sehr richtig!) Wenn das nicht die Absicht des Generallandtagssekretärs Rapp gewesen ist, so wird er dies ja wohl korrigieren können. Im übrigen habe ich mich beschränkt, nur diese eine Stelle aus der Schrift anzuführen. Sie wimmelt von den allerschärfsten Angriffen gegen mich. (Sehr richtig!) Es wird mir unausgesetzt in dieser Schrift zum Vorwurf gemacht, daß ich die Ehre des Landes preisgegeben. (Hört! Hört! links.) Das wiederholt sich an unzähligen Stellen. Ich glaube, niemand kann es mir übelnehmen, wenn ich gegen derartige Angriffe Verwahrung einlege und scharfe Verwahrung einlege. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Abgeordnete Graf Westarp hat in der Erklärung seiner politischen Freunde auf die Friedensvermittlung Wilsons Bezug genommen. Ich kann nur sagen, ich habe in den Zeitungen gelesen, daß Präsident Wilson zu vermitteln beabsichtigt. Ich habe auch heute noch in der Zeitung gelesen, daß die englische Presse sich mit großer Entschiedenheit gegen eine Friedensvermittlung Wilsons erklärt. Offiziell ist an mich auch nicht ein Wort herangekommen, daß der Präsident Wilson vermitteln wolle. Insofern ist diese ganze Frage absolut nicht aktuell. Daß wir bei einer Friedensvermittlung nicht einen Druck auf uns ausüben lassen werden, der uns um die Früchte unserer Siege bringen wird — ich glaube, Sie verlangen wohl von mir nicht, daß ich noch die ausdrückliche Erklärung abgebe, daß ich für solche Friedensverhandlungen nicht zu haben wäre. (Beifall.) Dann noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Abgeordneten Graf Westarp zu meinen gestrigen Bemerkungen über die innere Politik, über

**die Stellung zur Sozialdemokratie.**

Ich habe gesagt, und wiederhole es: Zeihen Sie mich eines Optimismus. Ich kann in diesem großen Kriege ohne Optimismus nicht leben. (Sehr gut! links.) Zeihen Sie mich eines Optimismus — ich habe die Hoffnung, daß wir nach dem Kriege in einen Zustand kommen werden, wo der Gegensatz, der doch niemand unter uns trennen kann, zwischen National und Antinational verschwinden wird. In dieser Hoffnung lebe ich, und diese Hoffnung gibt mir einen großen Teil der Kraft, die ich in diesem Kriege entwickeln muß. (Bravo!) Der Abgeordnete Graf Westarp hat dann von den Unterschieden gesprochen, die auch nach dem Kriege seine Freunde und andere Parteien von den Sozialdemokraten trennen werden. Gewiß, diese Unterschiede werden bestehen, die Herren von rechts werden niemals mit den Herren von links Arm in Arm gehen. (Weiterkeit.) Aber ich habe dies auch niemals behauptet. Aber es werden meiner Ansicht nach die Unterschiede, die sich aus dem Parteiprogramm ergeben, nicht an die Spitze gestellt werden. Abgeordneter von Westarp hat gesagt, die Sozialdemokraten hätten nichts von ihrem Dogma aufgegeben. Leider! Ich bedaure das. Und ich habe den Eindruck — ich weiß ja nicht, ob Ihre Absicht gegen den Etat zu stimmen, nicht auch zur Aemtsung eines alten Dogmas gehört, das Sie auch zum alten Eisen werfen sollten. (Weiterkeit.) Auch das republikanische Dogma werfen Sie zum Fenster, es muß nichts, seien Sie dankbar, daß wir eine Monarchie haben. (Lebhafte Beifall im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Seien Sie dankbar dafür und sehnen Sie sich doch nicht nach Zuständen, die wir (zuruf: In Frankreich), na ich will einmal sagen, in republikanischen Ländern haben.

Schließlich sehe ich — ich will es in etwas anderer Fassung wiederholen — doch gegenwärtig mit geringen, ganz verschwindenden Ausnahmen, das ganze Volk einig in dem Willen, über seine Feinde Herr zu werden, und damit lasse ich mich genügen. Diese Einigkeit will ich nicht tödlich, indem ich auf Parteiprogramme und Parteidoctrinen zurückgreife. Aber, meine Herren Sozialdemokraten, stören auch Sie nicht diese Einigkeit, bringen Sie nicht Worte, wie ich sie heute hier wieder gehört habe, es sei die Schwermindustrie, die den Krieg aus Geldinteressen heraus fortziehen wolle. Bringen Sie nicht solche Vorwürfe, die das Verleumdende sind für alle Leute, was es geben kann. Erkennen Sie doch alle an, welchen Dank wir unserer Industrie dafür schuldig sind, daß sie sich in allen ihren Zweigen den Bedürfnissen des Krieges angepaßt hat, daß sie damit etwas Ungeheures geleistet hat. (Sehr richtig!) Daß wir ohne die Leistungen in der Industrie den Krieg längst verloren hätten. (Sehr wahr!) Da ist es ein gar nicht zu entschuldigendes Unrecht, wenn Sie hier von der Tribüne herab einem Zweige dieser Industrie den Vorwurf ins Gesicht schleudern, daß sie aus Geldgier den Krieg verlängere, diesen Krieg, der uns Tausende unserer besten und tapfersten Söhne kostet. Lassen Sie das, meine Herren, denn Sie selber wünschen doch, wenigstens zu einem Teil, daß die Gegenstände, die unser Leben früher bereichert haben, verschwinden. Dann müssen Sie aber selber mitarbeiten daran, Sie dürfen nicht alles von den andern verlangen. (Bravo!)

Auf die Einzelheiten dessen, was die Abgeordneten Basser mann und Graf Westarp über

**den II-Sozial-Krieg**

hier vorgebracht haben, möchte ich nicht eingehen, wie gesagt, wenn ich ausführlicher darüber sprechen wollte, müßte ich mich in Ausführungen verlieren, deren Schädlichkeit für das Land wie alle anerkannt haben. Ich habe niemals der Ansicht Ausdruck gegeben, als ob die Herren Konserverativen durch unsere Verhandlungen in der Kommission von ihrem Standpunkt irgendwie abgedrängt worden wären. Ich habe geteilt ausdrücklich anerkannt, daß unsere Auseinandersetzungen getragen gewesen sind nur von dem Gefühl ehrlicher Ueberzeugung. Wenn die Differenzen, die in dieser Beziehung geblieben sind, nicht dazu benutzt werden, daß die eine Seite die andere verdächtigt, würde das Vaterland nur gewinnen. (Sehr richtig!)

Graf Westarp macht mir den Vorwurf, ich verstände es nicht, die große nationale Kraft

**die große nationale Kraft**

In den Parteien, die nun gegen mich kämpfen — wir wollen uns doch darüber offen aussprechen (Bravo! links) — zu benutzen. Gewiß, ich mag da manche Fehler begangen haben, aber leicht machen es mir die Herren nicht. (Zuruf links: Sehr wahr!) Wenn in einer solchen Weise, wie in der kappischen Vorkämpfe, gegen einen Menschen vorgegangen wird, so ist es sehr schwer, den Kontakt zu haben und zu finden, den ich suche und den ich im Interesse des Vaterlandes für notwendig halte. Wo gibt es denn jetzt für mich einen Gegenstand in den Streit, welche doch auch im Grunde ihres Herzens nichts anderes wollen, als daß wir siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen. Und wenn wir in diesem einen Punkte hier in diesem hohen Hause alle einig sind — und das hat doch, glaube ich, auch die heutige Verhandlung ergeben — dann sollten wir uns Mühe geben, die Differenzen, die zwischen uns bestehen, nicht aufzutürmen, nicht gegeneinander auszuspielen, sondern wir sollten betonen das, was uns einigt, und das ist der Wille, daß unser Vaterland siegreich und groß aus diesem Kriege hervorgehen wird. (Stürmischer Beifall.)

**Abg. Frhr. v. Gamp (Deutsche Fraktion):**

Unsere Diplomatie hätte die Ausschließlichkeit ihrer anerkanntesten Friedensbemühungen früher erkennen müssen. Das Ziel des Krieges kann nur in einer Sicherung der Zukunft des deutschen Volkes liegen.

**Abg. Ledebour (Soz. Arb.):**

Die Rede des Reichstänglers mit den Verfassern der von ihm angegriffenen Flugschriften haben für meine Freunde geringere Bedeutung, weil er sich tatsächlich aus größerer geschichtlicher Entfernung nur ganz geringfügig von seinen Gegnern unterscheidet. Er wie jene sind nichts als die ausführenden Organe blindwollender wirtschaftlicher Kräfte. Derartige Differenzen haben häufig ihren Ursprung in rein persönlichen Gegensätzen, die wir seit langer in ab-

soluistischen und halbabsoluistischen Staaten gewohnt sind, wo der unüberwindliche Kurs der Politik immer begleitet wird durch den unterirdischen Krieg derjenigen Leute, die an Stelle des jeweiligen Leiters der Politik sich selbst setzen wollen. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Wenn der gegenwärtige Reichstängler die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen hat, so wird er in der Öffentlichkeit immer die Oberhand behalten, denn seine Gegner haben ihre Stärke nicht in der offenen Reichsblut, dafür versehen sie ganz ausgezeichnet den Innenkrieg. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Wenn der Reichstängler, was ich ihm gern glaube, diesen Zustand unangenehm empfindet, dann muß er dem ganzen System an die Gurgel springen,

er muß Republikaner werden (Große Heiterkeit), was er der Sozialdemokratie so sehr verargt. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.) Er scheint hierzu allerdings keine Neigung zu verspüren, deshalb werde ich seiner Verwahrung wenig Bedeutung bei. Es ist der Zufall, daß eines gewählten Mannes gegen heimliche Caudereien, von denen er nicht in einer Anzahl bereit werden kann. (Große Heiterkeit.)

Ich weiß nicht, ob die heute gehörten lehrhaften Bemühungen zur Umwandlung der Sozialdemokratie auf einen wirklichen Sozialdemokraten irgendeinen Eindruck machen werden. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Ich halte den Eindruck, daß der Reichstängler durch diese Divergenz die Aufmerksamkeit von seinem eigentlichen Kampfe ablenken wollte. Es war ihm unangenehm, mit politisch ihm nahestehenden Herren in Kampf geraten zu sein, da sagte er sich: ich muß gleich einmal auf die Sozialdemokratie lospacken, damit dieser Eindruck verwischt wird. (Weiterkeit.) Diejenigen Sozialdemokraten, die Republik und Klassenkampf abschmähen, haben damit belundet, daß sie niemals Sozialdemokraten gewesen sind oder vollkommen verlernt haben, was das bedeutet. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Mit einigem Behagen habe ich heute und gestern gehört, daß die Herren, die sich da in die Haare geraten sind, alle

**gegenseitig Landesverräterei vorwerfen.**

(Weiterkeit links. Zuruf rechts.) Dem Abg. v. Graefe ist Landesverräter vorgeworfen worden. Als ich hier vor einem Jahre auftrat, da waren es die Herren v. Graefe und Graf Westarp, die mir Landesverräter vorwarfen (Hört! hört! h. d. Soz. Arb.), und doch habe ich damals nur Kritik an der Anordnung der obersten Beeresleitung geübt, an Stelle eines niedergebrennten deutschen Vorgesetzten zwei russische Dörfer niederzubrennen. Damals war ich der Landesverräter, und die Kritik, die ich damals geübt habe, war recht milde — ich bin ja immer milde (Heiterkeit) — im Vergleich zu der Kritik, die von den Herren auf der Rechten in der II-Sozialfrage geübt worden ist. Sonach möchte ich doch die Herren bitten, künftig mit dem Vorwurf der Landesverräterei gegen Leute anderer Gesinnung etwas sparsamer umzugehen. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.)

Der Herr Reichstängler hat gestern die Bemerkung eingefleht lassen,

**„mit denen um Liebknecht wird das Volk leicht fertig werden.“**

Es scheint, daß er über die Parteiverhältnisse bei uns nur sehr mangelhaft unterrichtet ist. Aber die Tatsache steht fest, daß unser Vorzeigendes Liebknecht auf Veranlassung der Regierung einer Anklage ausgesetzt und von der Majorität des Reichstags ohne Respekt vor der Immunität seinen Anklagen ausgeliefert ist. Wenn der leitende Staatsmann diesen Reichstagsabgeordneten in dem Moment, wo er sich nicht verteidigen kann, angreift, dann prallt der Pfeil auf den Schützen zurück. In allen Schriftstücken, die dem Abg. Liebknecht zur Last gelegt werden, ist nichts enthalten, was sich als Landesverräter hier charakterisieren läßt, und vor allem verläßt es bählig vor dem, was hier aus den Flugschriften der Rechten zur Sprache gebracht worden ist. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.)

Ich komme auf

**die Friedensfrage.**

Die bisherigen Redner waren eigentlich alle sehr zufrieden mit den hierauf bezüglichen Ausführungen des Reichstänglers. Der Reichstängler hat gesagt: Wir haben das Unrige getan, um den Frieden anzubahnen, unsere Feinde haben uns mit Spott und Hohn zurückgewiesen. Jedes Friedensgespräch, das wir jetzt beginnen würden, ist nichtig und nicht zum Ziele führend. (Sehr richtig! im Zentrum u. h. d. Natl.) Das war in der Rede des Herrn Reichstänglers das behauerlichste, was ich gehört habe. Damit macht er allerdings in der nächsten Zeit die Friedensbemühungen aller der Frauen und Männer, die wirklich gewillt sind, für den Frieden einzutreten, äußerst schwierig. Ich stimme mit dem Reichstängler überein, wenn er in dem Interview mit Herr Wigand gesagt hat, es sei fruchtlos, sich gegenseitig vorzuwerfen, wer an dem Ursprung des Krieges Schuld ist. Aber worin ich nun sehr erheblich von dem Reichstängler abweiche, das ist die Auffassung über die Möglichkeit der Friedensfindung. Ich bedaure sehr, daß der Reichstängler, ebenso wie die anderen Staatsmänner, in den unglücklichen Fehler verfällt, immer zu betonen: „Erst muß der andere niedergebzwungen sein, so daß er um Frieden bittet; dann kann vom Frieden die Rede sein.“ (Widerspruch im Zentrum und links.) Das war der Sinn seiner Worte. (Geneuer Widerspruch.) Herr Staatssekretär Helfferich hat gegen eine Bemerkung meines Freundes Stadthagen diesen Gedanken noch deutlicher zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, was sind das für Redensarten im Munde eines deutschen Mannes, daß es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe? Jeder deutsche Mann wünscht, daß wir als Sieger aus dem Krieg hervorgehen. Auf die Wünsche des deutschen Mannes kommt es nicht an, weil mit Wünschen keine Politik gemacht wird. Wenn man Frieden schließen will, kommt es auf die realen Möglichkeiten an. Heute ist die Kriegslage zweifellos so, daß keine Seite gezwungen ist, um Frieden zu bitten, weil sie vollkommen geschlagen wäre, wie es etwa 1871 oder 1866 der Fall war. Die Kriegslage ist günstiger geworden, aber die gegnerischen Mächte sind nicht geneigt, um Frieden nachzusuchen. Der Staatssekretär Helfferich, der Reichstängler, die Herren Spaß und Basser mann, sie alle wollen nicht eher Frieden schließen, als bis die Tatsache unseres Sieges auch von den Gegnern anerkannt werde.

**Das wirkt kriegsverlängernd.**

Demgegenüber verlangen wir Sozialdemokraten einen Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Ein Weg der Verständigung kann gefunden werden, selbstverständlich auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage. Aus dieser Wendung, die auch der Reichstängler gebraucht hat, haben die Gegner auf seine Absicht von Annexionen geschlossen. So ist seine Keuzerung sicherlich nicht zu verstehen, aber er hat auch nicht mit absoluter Unzweifelbarkeit die Angliederung fremdsprachiger Gebiete an das Deutsche Reich zurückgewiesen. In seinen Reden liegt die indirekte Anerkennung der Notwendigkeit, die Macht des Deutschen Reiches auszuweihen auf angrenzende Länder, d. h. Belgien unter deutsche Vormachtigkeit zu bringen. Das verurteilen wir als kriegsverlängernd. Wir verlangen, daß er rundweg erklärt, wir wollen einen Frieden, bei dem Deutschland seine Gebiete gegen den Willen ihrer Bevölkerung einsetzt. Damit ist nicht gesagt, daß keine Grenzlinie verückt werden. Wir verlangen nur, daß Deutschland die Völker, die bei ihrem bisherigen Staatswesen nicht bleiben wollen, selbst über ihr Schicksal entscheiden läßt. Dann bekommen wir Kongressen und Litauen als selbständigen Staat. Auch in Mazedonien wurden die zu Serbien geschlagenen Teile mit bulgarischer Bevölkerung zu dem Stammlande zurückgeliefert. Aber absolut ausgeschlossen muß sein der Versuch, irgendwelche französischen oder belgischen Gebiete an Deutschland anzugliedern. Dieser großen Gefahr gehen wir entgegen. Sollte es möglich sein, Frankreich zu einem Frieden mit Gebietsabtretungen zu zwingen, so würde das nicht einen dauernden Frieden bringen, sondern einen dauernden Kriegszustand vorbereiten. (Sehr wahr!) Das große Problem nach dem Kriege ist in erster Linie die Ausöhnung mit Frankreich und die Herbeiführung eines erträglichen Zustandes mit England. (Zuruf rechts: Auch mit Rußland?) Auch mit Rußland müssen wir in ein friedliches Verhältnis kommen, und wir werden es tun so eher können,

wenn Rußland keine fremdsprachigen Teile verloren hat. Denn jede Fremdberrschaft gericht auch dem unterdrückten Volk zum Verderben, und das russische Volk hat am meisten darunter zu leiden, daß die zarische Macht über fremde Völker ausgeübt wird. Erst nach Lösung dieser Verbindung wird das russische Volk die Möglichkeit haben, seine Selbstherrlichkeit zu brechen. Der Kampf gegen den Zarisismus darf nicht von uns geführt werden, so wenig wie der Kampf gegen den deutschen Militarismus von England und Frankreich. Mit diesen Schänden im Innern fertig zu werden, ist unsere Aufgabe, so wie es die Aufgabe des russischen Volkes ist, den Kampf gegen den Zarisismus zu führen. Entschiedene Verwahrung muß eingelegt werden gegen die Keuzerung des Grafen Westarp, daß England der Hauptfeind ist. Deutschland darf seine Politik nicht einrichten auf eine dauernde Feindschaft mit England und Frankreich, die wirtschaftlich ebenso entwickelt sind wie Deutschland und mit Deutschland gemeinam an der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt arbeiten müssen. Wir müssen den unglücklichen Gedanken geforderter Wirtschaftskomplexe bekämpfen, der keineswegs zur Weiterführung der Kultur führen kann. — Weil wir uns in günstiger Kriegslage befinden,

**muß unsere Regierung den ersten Schritt tun,**

und sie kann es, ohne sich etwas zu vergeben. Gerade diese Pflicht erwacht aus der günstigeren Kriegslage. Wer nicht den Krieg bis zum Weibhuten will, muß von der deutschen Regierung den ersten Schritt verlangen mit der Erklärung, daß sie einen annerkennungsfreien Frieden will. Das würde den heilsamsten Einfluß nicht auf die Regierungen, wohl aber auf die Völker in den gegnerischen Ländern ausüben. Von diesen, vor allem von dem Proletariat, wird dann die Bewegung zum Frieden ausgehen. Die Regierung hat noch nicht gezeigt, daß sie diesen Weg beschreiten wird, und deshalb können wir ihr Vertrauen nicht entgegenbringen. (Beifall bei der Soz. Arb.)

Ebenso wenig wegen der inneren Politik. Der Belagerungs-

**Unterdrückung der freien Meinungsäußerung**

gegenüber allen Teilen ausgenutzt, ganz besonders gegenüber der Sozialdemokratie, die in oppositioneller Stellung zur Regierung steht. Der Staatssekretär Helfferich hat einen Abbau der Zensur ausgesetzt. Zu prüfen ist davon nichts. In Berlin sind wieder um Versammlungslagen verboten worden, in denen das Volk über seine Lage sich ausdrücken wollte. Das ist das dringendste Lebensbedürfnis des Volkes. Wozu solche Verbote führen, haben Sie in verschiedenen Städten gesehen. Wollen Sie es denn mit Gewalt dahin bringen, daß es überall zu Krawallen kommt. Es scheint, als ob die Leute, die solche Versammlungsverbote erlassen, daran denken, das Volk mit blauen Bohnen zu traktieren. (Präsident Kaempf: Sie dürfen der Regierung einen solchen Vorwurf nicht machen; ich rufe Sie zur Ordnung!) Ich habe nicht gewußt, daß die Regierung mitschuldig daran ist. (Weiterkeit. — Präsident Dr. Kaempf: Nebenfalls meinen Sie Organe, die mit der Regierung auf eine Linie zu stellen sind!) Die Regierung wird sich bei Ihnen bedanken, daß sie in dieselbe Schußlinie gestellt wird. (Weiterkeit.)

Bei der Zensurdebatte hat der Abg. Stadthagen zur Sprache gebracht, daß ein Beamter des Auswärtigen Amtes die Zensur zur Unterdrückung eines Artikels anrufen hat, weil dieser der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion unangenehm sei. Solchen Vorgang sollten doch alle Parteien verurteilen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) In unerhörter Weise wird ferner

**die Schuchhaft**

von der Militärbehörde gehandhabt. Auf bloßen Verdacht hin werden Personen wochenlang in Schuchhaft gehalten, ohne daß sie Gelegenheit bekommen, den Verdacht zu entkräften. Ein anderer Mißstand ist die Art, wie die Militärbehörden bei der Einstellung ins Heer verfahren. Bisher hatte man keinen Beweis dafür, daß willkürlich oppositionelle Sozialdemokraten, trotzdem sie dienstuntauglich waren, eingestellt wurden. In zwei Fällen ist der Beweis leicht geliefert (Hört! hört!), worauf bei der nächsten Militärdebatte einer meiner Freunde noch eingehen wird. Solche Vorgänge wachsen mit Naturnotwendigkeit aus dem Belagerungszustand heraus, ein solch ungesetlicher Zustand muß zu solchen Auswüchsen führen. Der Gewalt ver sprach bei den Ausführungen meines Freundes Dittmann für den nächsten Tag die Widerlegung seiner Rechtsauffassung. Er hat aber am nächsten Tage den Mund nicht aufgetan, vielleicht tut er es heute. (Weiterkeit bei der Soz. Arb.) Diese Vorgänge beweisen die völlige Zerrüttung des öffentlichen Lebens durch den Belagerungszustand.

Der Staatssekretär Helfferich sagte, wer durch das große Erlebnis des Krieges hindurchgeht, ohne es innerlich zu empfinden und zu erfassen, hat kein Herz, keinen Verstand, er ist als Staatsbürger verloren. Das trifft für diejenigen Beamten zu, die nicht einsehen können, daß das deutsche Volk durch solche Maßnahmen degradiert wird, es trifft zu für diejenigen, die die fremdsprachigen Bürger in dieser Zeit noch mehr drangsalieren. Diese Leute haben kein Herz und keinen Verstand, sie sind als Staatsbürger verloren und höchstens als Vurcautrat und untergeordnete Schreiberfesseln zu gebrauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Also auch die Zustände im Innern können kein Vertrauen zur Reichsregierung erwecken. Dazu kommen unsere Parteigrundsätze und Parteitagebeschlüsse, die die Rücksicht für alle Sozialdemokraten sein müssen. Nach dem Münchener Parteitagebeschluss ist die Gesamtabstimmung über das Budget eine Vertrauenskundgebung für die Regierung, die Verweigerung des Budgets entspricht daher der Klaffenlage der Volksmassen, die eine grundsätzliche Opposition gegen die Staatsmacht erfordert. Die Verweigerung des Budgets bezeichnet der Ministerialdirektor Lewald als eine Wehrlosmachung des Vaterlandes. Nach dieser Auffassung wäre jeder Abgeordnete verpflichtet, jedes Budget und jede Kriegsvorlage anzunehmen, auch wenn die unfähigste Regierung dadurch geführt würde. Dann brauchen wir überhaupt kein Parlament. In dem Recht der Abstimmung liegt auch das Recht der Ablehnung und die Pflicht der Ablehnung, wenn sie nach unserer Meinung den Interessen der Gesamtheit entspricht. Wir lehnen das Budget ab, weil die ganze Gesellschaftsordnung den Interessen des Volkes widerspricht. Würde diese Ablehnung eine Mehrheit im Hause finden, so müßte die Regierung abtreten und einer neuen Regierung Platz machen, die den Standpunkt der Mehrheit vertritt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Tut sie das nicht, so sucht sie mit Gewalt eine Herrschaft zu behaupten, auf die sie kein Recht hat. Selbstverständlich wird dann auch dem Volke das Recht gegeben, eine solche Regierung mit Gewalt zum Teufel zu jagen. Das Recht auf Revolution ist dann das gute Recht des Volkes. Ich bin erfreut, von Seiten der Regierung keinen Widerspruch zu hören, sie leistet ja auch den Revolutionären in anderen Ländern hilfreiche Hand. Mit den irischen Homuleren habe ich die größte Sympathie und verachte es auch der Reichsregierung nicht, wenn sie den irischen Revolutionären gilt. Sie hat also prinzipiell das Recht auf Revolution anerkannt. Das ist ein erfreulicher Fortschritt gegenüber der heiligen Allianz zur Unterdrückung jeder Revolution in irgendeiner Ecke Europas. Auch Fürst Bülow sprach ja so verächtlich von den russischen Revolutionären als Schnorrer und Verschwörer. Heute wäre die Regierung froh, diese Schnorrer und Verschwörer auf ihrer Seite zu sehen.

**Der Klassenkampf**

geht seinen Weg auch während des Krieges, er kann nicht unterdrückt werden, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Er wird nach dem Kriege noch schärfer Formen annehmen zufolge der ungeheuren Profite, durch die die Ausbeuter noch reicher, die Arbeiter und der Mittelstand ärmer geworden sind. Um nur einigermaßen auf die frühere Lebenshaltung zu kommen, werden die Arbeiter schwere Klassenkämpfe gegen die Ausbeuter führen müs-

**Kritik.** Diese reich gewordenen Leute müßten ja gar keine Menschen sein, wenn sie nicht wohlgefühlig darauf hinarbeiten wollten, daß die Quelle ihres Reichtums, der Krieg, nicht verstopft werde. Die Wäperrung von der Welt, die jetzt propagiert wird, von Rumciman in England, von den Schwärmern für ein Mittel-Europa bei uns ist ebenso reaktionär wie verderblich. Diese Propaganda ist nur ein Zeichen dafür, daß der Kapitalismus am Ende angekommen ist. Was wir jetzt erleben, ist sein letzter Bergweilungskampf, es ist die Gähndämmerung des Kapitalismus. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Der Kapitalismus hat im dialektischen Prozeß die Kräfte gewendet, die gegenwärtig noch in seinen Diensten stehen, sich aber gegen ihn kehren müssen, weil der Beweis geliefert ist, daß die kapitalistische Ära nur noch zur Verelendung der Massen führen kann. Um so mehr haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, unseren Klassenstandpunkt festzuhalten und den Kampf über die Neuordnung der Gesellschaft aufzunehmen. Ein Frieden auf die Dauer wird sich nur herbeiführen lassen, wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt. Der Kapitalismus würde immer nur neue Weltkriege heraufbeschwören. Dem Volke wird sich immer mehr die Erkenntnis aufdrängen, daß der Sozialismus das Heil für das Volk sichert, daß durch ihn der Frieden und das Glück für die Menschheit herbeigeführt wird. (Beifälliger Beifall bei der Soz. Arb.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Soz. Arb. angenommen.

**Abg. Rühl (Wid):** Durch den Schlußantrag bin nicht zum Wort gekommen. Diese Methode der Abwägung entspricht durchaus der politischen Moral dieses Hauses.

**Prät. Knepp** ruft den Redner zur Ordnung.

Es folgt die Spezialberatung.

Sum Etat des

### Auswärtigen Amtes

Begründet

**Abg. Zimmermann (natl.)** eine Resolution, die Unterstützung in Not geratener Auslandsdeutscher verlangt.

Staatssekretär v. Jagow sagt wohlwollende Prüfung zu.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des

### Reichsamts des Innern.

**Abg. Reichhaus (Soz.)**

spricht sich für eine Resolution Arnold, Dr. Müller-Meinigen (Sp.) auf Unterstützung der arbeitslos gewordenen Heim- und Fabrikarbeiter sowie Hausgewerbetreibenden der Spielwarenindustrie aus. Gerade die Sonneberger Spielwarenindustrie ist durch den Krieg, insbesondere auch die starke Beschränkung des Rohstoffbezuges schwer geschädigt. Um dem kommenden Elend in dieser Gegend vorzubeugen, muß vor allem auch dafür gesorgt werden, daß Erzeugnisse in jenem Bezirk angefertigt werden. Ich bitte um einstimmige Annahme der Resolution. (Bravo!)

**Abg. Arnold (Sp.)**

beschwört ebenfalls warm die Annahme der Resolution und bittet insbesondere auch Familien, die in jahrelanger mühevoller Arbeit sich ein eigenes Heim errungen haben, bei den Unterstützungen nicht zu übergehen.

Staatssekretär Dr. Helfferich

sagt zu, daß die Spielwarenindustrie in gleicher Weise unterstützt werden soll, wie andere besonders in Not geratene Industrien.

**Abg. Dr. Duard (Soz.):**

Da wir vor einer monatelangen Vertagung stehen, drängt sich an dieser Stelle auch ein letzter und heißer sozialer Wunsch auf die Lippen. In der entscheidenden Zeit der nächsten Monate wird unsere Heimat durch alle Kriegswirren hindurch gehalten werden müssen, nicht bloß durch die Verteidigung nach außen, sondern auch durch die gleichwertige Arbeit im Innern. Der Hauptträger dieser Arbeit im Innern ist aber

### die Frauenerwerbsarbeit.

Aus allen Verhandlungen hat die Anerkennung und Dankbarkeit für diese Glanzleistung der arbeitenden Frauen Deutschlands geklungen. Diese Anerkennung ist aber auch in soziale Taten umzusetzen. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das wird die große Aufgabe der Regierung in der allerersten Zeit sein müssen. Dafür, daß die erwerbstätigen Frauen aller Berufe und Lebensalter die Arbeit der Männer leisten, geben sie ihre Kraft bis zum Äußersten aus, unterstellen sie sich fortgesetzt schweren Gefahren, wie z. B. in der Großindustrie, unterliegen sie der längst verführten Ueberlieferung milderer Bezahlung, trotz vielfach gleicher Leistung, fühlen sie die Sorge der Lebensmittelbeschaffung und Zurechtung als doppelte schwere Bürde. Da möchte meine Partei diese Debatte nicht schließen lassen, ohne einen letzten lauten und dringenden Appell an die Regierung zu richten zu entscheiden und wagemutigen Eingreifen zum Schutze der Millionen arbeitender Frauen, auf deren Schultern zum großen Teil unsere ganze innere Wirtschaft ruht. Man folge nicht dem bedauerlichen Beschlusse der Mehrheit dieses Hauses und lehne nicht die Wiedereinführung der alten Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die weibliche Erwerbsarbeit bedarf sehr bald mindestens des früheren gesetzlichen Schutzes, wenn nicht eines verbesserten, soll die Säule tragen, die wir an ihr in der Kriegszeit haben. Man lege sich mit aller Kraft für gleiche Bezahlung der Frauen bei gleicher Leistung wie der der Männer ein (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); und man verleihe endlich das schlechte Beispiel, das z. B. der preussische Eisenbahnminister dadurch gibt, daß er die Frauen grundsätzlich um ein Drittel niedriger bezahlt als die Männer. Man bedenke, daß die arbeitende Frau einen ganz besonderen Anspruch darauf hat, durch bequeme öffentliche Einrichtungen für hinreichende und gesunde Ernährung, für Kindererhaltung und Schulfürsorge, von der doppelten Last der Erwerbs- und Hausarbeit entlastet zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind große und schöne soziale Aufgaben erster Ordnung für die allererste Zeit. Wir appellieren für ihre Lösung nicht an eine oberflächliche Galanterie dieses Männerhauses und der Regierung für die Frauen. Wir appellieren an das Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Stellen. Man kann nicht Raubbau mit der Frauenarbeit treiben, wenn man nicht unsere ganze durch den Krieg schwer genug zu erlösende Zukunft aufs Spiel setzen will. Diese Zukunft liegt in den arbeitenden Frauen des Volkes. Wer ihren wirksamen Schutz durch gründliche soziale Vorkehrungen gerade jetzt vernachlässigt, der vernachlässigt eine große geschichtliche Aufgabe für Jahrzehnte. Möge die Regierung dieser sozialen Pflicht eingedenk sein, auch wenn dieses Haus sie nicht mehr daran erinnern kann. Der schöne Optimismus des Herrn Reichsanzlers, den wir heute an dieser Stelle beifällig aufgenommen haben, kann nur dann eine dauernde Wirkung ausüben, wenn er sich umlegt in entschlossene politische und soziale Taten für die schwer schaffenden Volksmassen. (Bravo! bei den Soz.)

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der

### Militäretat.

**Abg. Städler (Soz.):**

Wenn hier immer mit anerkennenden Worten der Taten der Soldaten gedacht wird, sollte man auch der Frauen der Soldaten dabei denken, deren Martyrium eine Art süßen Heldentums darstellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Mittel zur Vorsehung der Soldaten wie auch ihrer Frauen müssen beschafft werden. Ich treue mich, daß die Regierung den Standpunkt ausgegeben hat, daß während des Krieges an den Kriegsbesoldungen nichts geändert werden könne. Man hat in den letzten Wochen manche Abstriche gemacht. Aber es könnte noch viel gespart werden, wogegen die Manuskripts-Löhnung dringend der Aufbesserung bedarf. Bei der

zweiten Beratung wurde mir entgegen gehalten: welchen Eindruck würde es machen, wenn man Hindenburg das Gehalt kürzen wollte! Das hat niemand von uns verlangt, aber will man etwa den Bahnhofscommandeur von Bruchsal, der jährlich 11 000 M. bezieht, auf eine Stufe stellen mit Männern, wie Hindenburg usw. Früher, als wir die vielen Pensionierungen kritisierten wurde uns entgegengehalten: wir können keine Greise als Leutnants brauchen. Heute leben wir nur allzu viel Greise als Leutnants herumlaufen. Man hat oft den Eindruck, daß gewisse Stellen nur geschaffen sind für höhere Offiziere, für die man keine andere Verwendung hatte. Ein Offiziergefangenenlager wird jetzt von einem General, einem Major, zwei Leutnants und 120 Mann bewacht, fast mehr Bewachungsmannschaften als Gefangene. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine frühere Behauptung, daß Offiziersstellvertreter in die Charge des Vizefeldwebels zurückversetzt worden sind, muß ich aufrechterhalten. Die Wünsche der Jahnärzte und Militärärzte sollten mehr berücksichtigt werden. Ein General, der früher seinen Truppenteil plötzlich mit rückwirkender Kraft für mobil erklärt hatte, hat ihn dann wieder mit rückwirkender Kraft als zur Etappe gehörig erklärt, was wieder Millionen gekostet hat. Diesem General sollte der Kriegsminister klar machen, daß seine Selbstherrlichkeiten zu weit gehen. Der Generalcommandeur in Breslau hat sämtlichen Naturheilkundigen in seinem Bezirk einfach die Ausübung der Heilkunde verboten. (Hört! hört!)

### Die körperlichen Mißhandlungen

schleichen erklecklicherweise nachgelassen zu haben, aber sehr viel wird noch geklagt über Mißhandlungen seelischer Art. Ein Offizier hat dem Sohne unseres Kollegen Baudert den Urlaub zum Besuch seiner schwerkranken Frau, die im höchsten Verfall ist, verweigert mit den Worten: Baudert sei Sozialdemokrat — es gibt keinen Urlaub. (Beifälliges Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Baudert wurde wegen Bruch der Verschwiegenheit mit drei Tagen Arrest bestraft, weil er seinem Vater geschrieben hat, wie es ihm geht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Verhalten des betreffenden Offiziers wird sicherlich von der übergroßen Mehrzahl der Offiziere und von allen anständigen Leuten verurteilt. An Erlassen der höheren Kommandostellen fehlt es ja sicherlich nicht, diese wollen sicher solche Behandlung der Soldaten nicht, die ihre Dienstfreudigkeit vernichtet. — Unerhört ist ein Erlass des Gouverneurs von Köln, dem ein Verwundeter auf zwei Krücken begegnete, der eine Zigarette rauchte und sie natürlich nicht aus dem Munde nehmen konnte; der Gouverneur ordnete an, daß geprüft werden müsse, ob dieser Soldat, der würdig war, ins Feld geschickt und zum Krüppel geschossen zu werden, auch würdig wäre, spazieren zu gehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein besonderes Kapitel ist auch

### die Briefsperr.

die über mißliebige Soldaten verhängt wird. — In Bezug auf die Verpflegung sollte man ohne weiteres zugeben, daß jetzt eine Knappheit an Lebensmitteln herrscht. Aber zum Teil liegt es auch an ungenügender Verteilung, an einigen Stellen der Front herrscht Ueberfluß an Brot, an anderen Knappheit. Auch könnte man vielleicht für etwas mehr Abwechslung sorgen, denn Kaffee mit Gurken oder Schokolade mit Rosmops nimmt man doch nur im größten Nothfalle. Vor allem sollte man den Soldaten die genügende Brotration geben. Hätte man nicht Zehntausende von Zentnern Getreide an die Schnapsbrenner gegeben, so wäre das wohl möglich.

Das sächsische Kriegsministerium besteht bei Beschwerden darauf, den Namen des Beschwerdeführers zu erfahren. Man kann ihn einfach nicht nennen, wenn man den Namen nicht den schlimmsten Schikanen aussetzen will. Den Beschwerden selbst geht das sächsische Kriegsministerium nicht nach, weil, wie es in einer seiner Antworten heißt, zur Vereinerung des Beschwerdeweges nicht ermuntert werden solle! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der sächsische Kriegsminister weigerte sich auch, in der Kommission des sächsischen Landtages zu erscheinen und die Beschwerden entgegenzunehmen, weil der Militärretat Reichsangelegenheit sei. Formell ist er im Recht, aber der Sache hat er damit nicht gebient. — Ganz unbrauchbare Sachen sollte man den Soldaten nicht ins Feld schicken. Manche haben Zigaretten erhalten, die sie nicht nur nicht rauchen, sondern auch nicht einmal verschenken konnten (Weiterkeit), ohne sich Beleidigungen oder gar Mißhandlungen auszuliefern. — Eine besondere Frage ist die des Urlaubs. Immer noch haben zahlreiche Soldaten, die seit 22 Monaten im Felde stehen, noch keinen Urlaub erhalten. Man sollte doch in jeder Kompagnie einen bestimmten Urlaubsplan aufstellen. Auch gibt es noch immer Zahlmeister, die nicht wissen, wann sie nur Fahrgehalt, wann sie auch Verpflegungsgeld zu zahlen haben. In einem Falle ist einem fremdsprachigen Soldaten der Urlaub verweigert worden wegen des Verdachtes seiner nicht einwandfreien Gesinnung. Derartige dürfte auf keinen Fall vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Urlaub ins Ausland und ins Kriegsgebiet wird ja nicht erteilt, sondern nur bis zur Grenze; die Militärverwaltung sollte dann aber den Familien der Soldaten das Reisegeld gewähren, damit sie zu ihm fahren und den Urlaub mit ihm verbringen können. Man bevorzugen auch die Soldaten in ihrer Letzter. Der „Militärretat“ werden als unmoralische Mütter verboten. (Hört! hört!) Bei einer Kompagnie spielt der Feldwebel den Genitor und schneidet aus den Zeitungen für die Soldaten heraus, was ihm nicht gefällt. (Weiterkeit.) Bei der Beförderung wird ebenfalls wieder wie früher vielfach nach der politischen Gesinnung gefragt. Man sagt, jeder Soldat trägt den Marschallstab im Tornister; er ist nur so fest zugeknallt, daß er nicht herausfällt. (Weiterkeit.) Der Sohn eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Thüringen hat sich als Flieger beide Eiserne Kreuze erworben, ist schließlich zum Offizier vorgeschlagen worden, aber befördert wird er nicht wegen der Herkunft des Bezirkskommandos in Gotha über seine sozialdemokratische Verwandtschaft. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch bei Reklamationen spielen derartige Auskünfte der Polizei eine Rolle.

### Die Strafen,

die auf Grund des Militärstrafgesetzbuches verhängt werden müssen, stehen mit dem Rechtsbewußtsein in völligem Widerspruch. Eine große Härte liegt auch darin, daß Leute, die längst einen Strich unter ihre Vergangenheit gemacht haben, bei der Wiedereinberufung zum Heer in die Arbeitskolonnen eingestellt werden, weil sie früher einmal dazu verurteilt waren. Ein Mann, der aus dem Auslande herbeieilt, als Freiwilliger eintritt, das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse erwarb, sollte die Auszeichnung abgeben, als das Bezirkskommando seine vor vielen Jahren ergangene Verurteilung zur Degradation feststellte. (Hört! hört! bei den Soz.) Sehr hart ist es, daß man den Landstürmern der Jahre 1869 und 1870 nicht entläßt. Das würde sich doch wohl ermöglichen lassen. Ebenso sollte man die zahlreichen von Garnisonsdienstfähigen nicht in den Kasernen festhalten, die man dort gar nicht beschäftigen kann. — Ueber die Behandlung der Kriegsgefangenen in Frankreich habe ich einen Brief erhalten, der sagt, wenn bei uns die Schweine so ernährt werden, würden sie in den Hungerstreik eintreten. Ich möchte aber nicht, daß unsere Verwaltung zu Repressalien greift, die doch nur Unschuldige treffen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Kriegsminister den hier vorgetragenen Wünschen Rechnung tragen wollte, würde er sich den Dank der Soldaten erwerben. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.)**

erinnert an die zur zweiten Lesung beschlossene Resolution auf Herabsetzung der im Militärstrafgesetzbuch vorgesehenen Mindeststrafen. Noch immer würden wegen leichter Vergehen schwere Gefängnisstrafen verhängt. Nicht die Wahrung der Gerechtigkeit, sondern die Wahrung der Disziplin scheint die Hauptfache. Daß die Konserverfabriken sich gegen die Resolution ausgesprochen hätten, sei ein Beweis für ihre durch und durch volkshemmende Haltung.

Die Internierung sogenannter Engländer, die niemals England gesehen haben, deren Eltern Engländer waren, hat dahin geführt, daß ihre in Wirklichkeit doch deutschen Frauen und Kinder ins Elend gerathen sind. — Der Reichsanwalt hat in seiner Aprilrede verheißt, die Polen und Litauer sollten nicht wieder in die russische Knechtschaft zurückkehren. In diesem Zusammenhang sollten die Juden nicht vergessen werden. — Der schon von dem Abgeordneten Stücken erwähnte Gouverneur von Köln hat in einem Erlass Urlaubsverweigerung für ganze Kompagnien angeordnet und hinzugefügt, die Unschuldigen, die dann mitreisen, sollten sich bei den schuldigen Kameraden bedanken und diese zu ordentlichen Soldaten erzihen. (Hört! hört!) So werden sie direkt zur Mißhandlung der Kameraden aufgefordert. (Widerpruch rechts. Lebhaftes Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Daß für die Erledigung von Reklamationen und Garnisonsdienstfähigen die politische Gesinnung erforderlich wird, dafür ist das Verhalten gegen den Sozialdemokraten Dreißig ein sehr charakteristischer Beweis. Dieser nur garnisonsdienstfähige Mann ist lediglich wegen seiner politischen Gesinnung als arbeitsverwendungsunfähig hinausgeschickt worden. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Ähnlich ist auch bei anderen Sozialdemokraten vorgegangen worden, z. B. bei dem Rechtsanwalt Weinberg. Ähnlich ist es einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Reuland ergangen. Man läßt einen Gewissensdruck auf die Leute aus, damit sich ihre Gutachten mit den politischen Wünschen der militärischen Kommandobehörden decken. (Vizepräsident Dr. Dove rügt den Ausdruck.) Wohin soll es führen, wenn die Kommandobehörden das Volksglied zu einem politischen Justizhaus machen? Vorgelegt, die Staatsbürger ihrer Freiheit berauben, machen sich einer ehrenlosen Handlung schuldig, die mit Justizhaus bestraft wird. (Vizepräsident Dr. Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Ich habe lebhaftig etwas so bezeichnet, wie es nach dem Wortlaut des Gesetzes bezeichnet werden muß. (Vizepräsi. Dr. Dove: Darüber habe ich zu entscheiden.) Wenn die vollziehende Gewalt auf die kommandierenden Generale übergegangen ist, so sollten sie sich hüten, die üblen Gewohnheiten der Polizei mit zu übernehmen, statt dessen wollen sie durch Gesinnungsschnitzerei ein einseitiges Denken herbeiführen, — ein vergebliches Bestreben gegenüber den Millionen und aber Millionen, die die Kräfte des Volkes in den Dienst des Friedens stellen wollen. Den Kampf gegen diese Ueberstimmung des militärischen Denkens, gegen diesen Militarismus mit allen seinen Auswüchsen, ist unsere Pflicht, von diesem Kampf dürfen wir auch nicht etwa deshalb ablassen, weil der Kriegszustand eingetreten ist. Die militärische Kaste hat in allen Ländern zum Kriege gedrängt. Will man Völkerfrieden haben, so muß man mit den Kriegsmitteln brechen, so muß man die militärische Kaste in allen Ländern niederlampfen. (Beifall bei der Soz. Arb.)

### Stellvertreter der Kriegsminister General Wandel:

Die vom Abg. Stücken angeführten Einzelfälle werden untersucht werden. Der Fall Baudert ist durch solche Berichterstattung übertrieben und entstellt worden. Dem Leutnant trifft keine Schuld. Die Aeußerung: „Der Sozialdemokrat bekommt keinen Urlaub“ war gar nichts Besonderes. (Beifälliges Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorgesetzte merkt sich die einzelnen Untergebenen nicht förmlich beim Namen, sondern an irgendeinem Zeichen und sagt „der Sozialdemokrat“ ebenso wie er etwa „der Kottkopf“ sagen würde. (Weiterkeit.) — Die Frage der Urlaubsverteilung ist eine brennende, und nach Möglichkeit soll allen Leuten Urlaub gewährt werden. — Die Ablegung der Orden für einen Mann, der der zweiten Klasse des Soldatenstandes angehört, darf nicht von einer untergeordneten Stelle angeordnet werden. Ich bin bereit, der Angelegenheit nachzugehen. — Nur garnisonsdienstfähige Landskürmer sollen nach Möglichkeit entlassen werden, alle Angehörige der Jahrgänge 1869 und 1870 können vorläufig noch nicht entlassen werden. — Gegen die Behauptung des Abg. Cohn, die Kerate handeln unter dem Druck der militärischen Stellen gegen ihr wissenschaftliches Gewissen, weise ich entschieden zurück. Auch im Falle des Dr. Dreißig und des Dr. Weinberg ist das nicht geschehen, es liegt gar kein Grund zu einer derartigen Ausnahme vor. Natürlich kann auch niemand verlangen, beim Militär nur seinem bürgerlichen Beruf entsprechend beschäftigt zu werden. Eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuches während des Krieges unterliegt erheblichen Bedenken, die gegenwärtigen Strafbestimmungen beruhen auf den Erfahrungen des Krieges von 1870. Immerhin ist das Kriegsministerium bereit, der Frage der Milderung der Strafen näher zu treten.

Ein Vertreter des sächsischen Kriegsministeriums: Ich lege Verantwortung ein gegen die vom Abg. Stücken erhobenen Vorwürfe gegen das sächsische Kriegsministerium.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

**Abg. Cohn-Nordhausen (Soz., [persönlich]):** Ich habe die Militärärzte nicht beschuldigt, entgegen ihrer Ueberzeugung nach dem Willen der militärischen Kommandobehörden ihre Gutachten abgegeben zu haben, sondern ich habe gesagt, die militärischen Kommandostellen haben versucht, Militärärzte dazu zu bewegen.

Der Militärretat wird genehmigt.

Beim Justizetat betont

**Abg. Dittmann (Soz. Arb.):**

die Notwendigkeit der Reform des Strafrechts. Es komme darauf an, das Wiederaufnahmeverfahren zu erleichtern. Das beweise der Fall der Witwe Hamm, auf den Redner angeführt der vorgelegten Zeit (es ist bereits 8 Uhr) nur kurz eingeht. In diesem Prozeß sei es infolge der ungewöhnlichen Hast der Verhandlungsführung zu fortgesetzten Zusammenstoßen zwischen Gerichtshof und Verteidigung gekommen. Im Wiederaufnahmeverfahren dürften Prozesse nicht wieder vor dasselbe Gericht gebracht werden, das die erste Beurteilung ausgesprochen hat. Auch möchte es leichter gemacht werden, einen Richter wegen Befangenheit abzulehnen. Die Berufsrichter hätten die Frage, ob der Frau Hamm eine Entschädigung zu gewähren sei, verneint. Das sei ihre Sache gewesen. (Vizepräsident Dr. Dove rügt den Ausdruck.) Frau Hamm habe sechs Jahre ungeschuldigt im Justizhaus gesessen, aber trotzdem erhalte sie keinen Pfennig Entschädigung. Das Ansehen der Justiz wird durch solche Dinge nicht gehoben. Darüber, ob ein Entschädigungsanspruch bestünde, müßten die Geschworenen zu entscheiden haben.

**Abg. Haase (Soz. Arb.)** beantragte Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Haus ist nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Der industrielle Aufschwung in Amerika.

Aus New York berichtet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 20. Mai: Auf eine Nachfrage der „Star Publishing Co.“ nach dem Aufschwung der einzelnen Betriebe antworteten:

- United States Steel Corporation (Stahltrust), daß sie 43 000 Mann mehr als im Vorjahre beschäftigte, daß ihre Arbeiter 10 v. H. mehr verdienten als früher und daß sie 84 Millionen Dollar für Neubauten ausgeben wolle.
- Anacosta Copper Mining Co., daß sie 10 000 Leute mehr beschäftigte als vor einem Jahre und 8 1/2 Millionen Dollar für Neubauten ausgeben wolle.
- Die Westinghouse Electric and Manufacturing Co., daß sie 11 000 Mann mehr beschäftigte.
- Die General Electric Co., daß sie 10 000 Mann mehr beschäftigte und 2 1/2 Millionen Dollar für Neubauten ausgeben wolle.
- Die Virginia-Carolina Chemical Co., daß sie 750 000 Dollar für Neubauten ausgeben wolle.

Ueberall bieten sich außergewöhnlich günstige Aussichten für die Zukunft.



Aus Groß-Berlin.

Unsere Fleischversorgung.

Die Fleischkarte.

In den zwei Tagen ihres Daseins hat die Berliner Fleischkarte schon einige Schönheitsfehler offenbart. Für diese Woche hat jeder Bürger das Recht, 330 Gramm Fleisch mit Knochen oder 265 Gramm Fleisch ohne Knochen, Fett oder Frischwurst zu kaufen. Diese Gewichtsmenge hat zu mancherlei Störungen geführt, die Berechnung war für beide Teile sehr ungewohnt. Fleischmeister haben diese seltene Gelegenheit benutzt zur Umgehung der Höchstpreise. So wird in vielen Geschäften für 265 Gramm Fett 1,35 M. gefordert. Es kosten somit 15 Gramm Fett 20 Pf., obgleich nach den Höchstpreisen nur 7 Pf. zu fordern ist. Bei solcher Gewichtsbeurteilung wie für diese Woche werden die Käufer immer die Betroffenen sein. Die meisten Frauen können beim Einkauf den geforderten Preis nicht sofort nachprüfen. Für die Praxis ist diese Art der Festlegung des Quantum nach Gramm berechnet mit sehr vielen Unbequemlichkeiten behaftet. Der Verkauf wird ebenfalls sehr gehemmt, denn die Kunden bringen oft mehrere Arten, verlangen Fleisch mit und ohne Knochen, Fett usw., wodurch eine umständliche Rechnerlei entsteht. Es wäre angebracht, in Zukunft das Quantum nach 1/10 Pfunden zu berechnen, was für den Verkäufer und Käufer praktischer ist. Letztere hätten dann auch die Möglichkeit, schneller nachrechnen zu können und wären vor mancher Uebervorteilung gesichert.

Verteilung auf dem Schlachthof.

Die Berliner Fleischer sind in 64 Gruppen eingeteilt. Die Obmänner dieser Gruppen nehmen die Fleischverteilung auf dem Schlachthof vor. Klagen über ungerechte Verteilung werden immer häufiger. So werden zuerst diejenigen berücksichtigt, die größere Geschäfte haben, die „Kleinen“ müssen warten bis zum Schluss, ob etwas für sie übrig bleibt. Dabei bekommen die Kleinen Geschäfte fast immer Fleisch geringerer Qualität. Sie brauchen ein kleineres Quantum und bekommen leichteres Vieh. Die Kunden aber müssen für altes Stuhlfleisch genau so viel zahlen wie die im besseren Geschäfte für erstklassiges Ochsenfleisch. Hier ist eine Aenderung notwendig im Interesse der ärmeren Bevölkerung. In den Kreisen der Kleinen Fleischmeister wird behauptet, daß es bei der Verteilung nicht gerecht zugehe. Die Verteilung müßte unter Aufsicht unparteiischer Personen mit Sachkenntnissen vorgenommen werden. Vieles würde sich da ändern.

Höchstpreise.

Der Magistrat hat für alle Teile der Schlachtvieh auch für den Großhandel Höchstpreise festgesetzt. Die von der Berliner Fleischerei bestellten Gruppenobmänner scheinen dieselben trotz der vielen Besprechungen mit dem Magistrat nicht zu kennen. Es werden die Höchstpreise für Kram erheblich überschritten. Als ein Abnehmer glaubte höhere Preise zu müssen, wurde ihm erklärt, ruhig zu sein, alle Meister hätten ihr Gutes daran, denn am Schluss werde der „Ueberschuß“ verteilt werden. Also teilen wollen die ehrbaren Junkenmeister! Die einzelnen Gruppen scheinen bestrebt zu sein, viel zu erübrigen, um viel verteilen zu können. Also auch hier noch ein Sonder-Geschäftchen. Die Herren können auch nicht genug bekommen. Was sagt der Magistrat dazu? Wo bleibt hier die so notwendige Aufsicht? Wie es jetzt sieht, können die Käufer auf dem Schlachthof schalten und walten, wie sie wollen. Wo die Interessen der Konsumenten bleiben, kann sich jeder denken. Eine Aenderung ist hier notwendig. Die Fleischmeister müssen unter andere Aufsicht gestellt werden wie bisher. Sie beweisen täglich, daß ihr Interesse an erster Stelle steht.

Textilarbeiterfürsorge.

Auf die Bedeutung des auch von uns veröffentlichten Gemeindebeschlusses über die Fürsorge für die Angestellten und Arbeiter der Berliner Textilindustrie sei nochmals besonders hingewiesen. Auskunft über alle in Betracht kommenden Fragen erteilt das städtische Bureau der Arbeitslosenfürsorge, Stralauer Str. 3-6, wo auch die Formulare für die Arbeitgeber erhältlich sind.

Familientragödien.

Eine Familientragödie wird aus der Kopenhagener Straße gemeldet. Hier wohnt seit längerer Zeit mit ihren beiden Kindern, einem Knaben von zwölf und einem Mädchen von zehn Jahren, und ihrer Schwiegermutter, eine Arbeiterfrau Charlotte Klotz, die seit fünf Jahren von ihrem Manne getrennt lebt. Die Frau versuchte in der vergangenen Nacht sich und ihre beiden Kinder mit Leuchtgas zu vergiften, doch gelang es alle drei zu retten. Die Frau wurde als Vollzeigefangene nach der Charité gebracht, der Sohn kam nach dem Virchow-Krankenhaus, die Tochter blieb in ärztlicher Behandlung in der Wohnung. Was die Frau zu dem Verzweiflungsschritte getrieben hat, steht noch nicht fest. Nahrungsvorsorgen scheinen dabei mitgewirkt zu haben. — Gestern vormittag wurden in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung im Hause Vorulststr. 51 in Tempelhofer Park ein Kind in den von Leuchtgas erfüllten Räumen tot aufgefunden. Ein zweites Kind gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde einem Krankenhaus zugeführt. Steinkopf war schwer lungenkrank und die Frau hochschwanger. Das Ehepaar dürfte aus Verzweiflung mit den Kindern den Tod gesucht haben.

Abgestürzt.

Durch einen Sturz vom Balkon tödlich verunglückt ist der vier Jahre alte Sohn des Arbeiters Fendelack aus der Kopenhagener Straße 37. Die Familie wohnt im vierten Stock des Vorderhauses. Nachdem der Mann Montag morgen zur Arbeit gegangen war, mußte auch die Frau die Wohnung verlassen, um Zeitungen auszutragen. Die älteren Kinder waren schon aufgestanden, der jüngste Sohn schlief noch. Während er nun allein war, erwachte der Kleine, zog den leichten Rollvorhang der Tür hoch, ging auf den Balkon hinaus und lehnte sich über die Brüstung, um auf die Straße hinabzusehen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe, wo er besinnungslos auf dem Bürgersteig liegen blieb. Weil er noch Lebenszeichen von sich gab, brachte man den verunglückten Knaben mit einer Droschke nach der Rettungshalle in der Gaudystraße. Hier konnte der Arzt aber nur noch feststellen, daß er unterwegs an den Folgen eines Schädelbruchs gestorben war. — Aus dem dritten Stock sprang gestern die 39 Jahre alte Ehefrau Anna Bergmann vom Kottbuser Damm 69 auf den gepflasterten Hof hinab. Die Unglückliche, die schwer nervenkrank war, blieb auf der Stelle tot liegen.

Straßenunfälle.

Ein schwerer Unfall hat sich am gestrigen Dienstagvormittag gegen 8 Uhr im Norden der Stadt ereignet. An der Ecke der

Chaussee- und Schwarzkopffstraße verließ die den Weltwagen eines Juges der Linie 32 bedienende Schaffnerin Hostenbahl den Hinterrad des Weltwagens, nachdem sich der Zug eben in Bewegung gesetzt hatte, und versuchte, auf den Vorderperren aufzuspringen. Dabei kam sie zu Fall und geriet mit den Beinen unter den Weltwagen, dessen Räder über sie hinweggingen und ihr beide Beine abquetschten. Die Bedauernswerte erhielt in der Kaserne des Garde-Päzilier-Regiments die erste ärztliche Hilfe und wurde von dort nach dem Augusta-Hospital in der Schornhorststraße gebracht.

Ein zweiter schwerer Straßenunfall hat sich am Montag in Reinickendorf zugetragen. In der Provinzstraße dortselbst wollte der 56jährige Arbeiter Karl Gillberg kurz vor einem in der Richtung nach Berlin verkehrenden Straßenbahnzug der Linie 28 das Gleis überqueren, wurde jedoch vom Bahnwagen erfasst und umgestoßen. G. geriet dabei unter die Vorderplattform und erlitt bei dem Sturz einen Schädelbruch und innere Verletzungen. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation Notverbände und fand dann im Rudolf-Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Aufgefunden Leiche. Am 4. Juni wurde in der Tegeler Forst hinter dem Schloßbezirk Tegel ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Der nach der Leichenhalle in Blöhensee gebrachte Leiche ist etwa 60 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat graues Haar, große Nase, grauen Schnurrbart und flügel, längliches Gesicht und ist bekleidet mit schwarzem, hellgestreiftem Jacketanzug, blauem, weißgestreiftem Vorhemd, blauer, weißpunterter langer Krawatte, schwarzem, weichem Filzhut, grauen Strümpfen und schwarzen Schnalleckstiefeln. Erkennter des Toten wollten sich bei der Tegeler Polizei melden.

Nach Untererschlagung von 14 000 Mark ist ein Hausdiener eines hiesigen Zeitungsverlegers Otto Paslow sühlig geworden.

Die Ausgabe des „Wahren Jacob“ erfolgt der Pfingstfeiertage wegen schon am Donnerstag.

Mutter und Kind tot aufgefunden.

In Halensee wurden im Hause Kürtiner Str. 23 zwei Leichen aufgefunden. Die 39 Jahre alte Geschäftsinhaberin Elisabeth Tolmin, die dort eine eigene Wohnung besaß, schenkte am Sonntag einem Mädchen das Leben. Sie tötete das Kind durch einen Schnitt in den Hals und einen Schnitt in den Kopf, während sie selbst an innerer Verblutung starb. Die beiden Leichen wurden nach dem Schauhaufe gebracht.

Im Palais am Zoo hat das Programm eine bemerkenswerte Verbesserung erfahren. In der Form einer Revue sind die verschiedensten Varietétummern aneinandergereiht und mit der Gesamtbezeichnung „Der Zug nach dem Ballan“ firmiert. Die Idee einer Ballanreise von Berlin—Wien—Budapest—Sofia—Konstantinopel ergibt sehr unterhaltenden Stoff für die Varietébühne. Die Waggons auf der Bühne nehmen sich sehr nett aus. Alles dreht sich um die Reise, die Otto Reutter und Robert Steidl gemeinsam unternahmen und für die Anna Müller-Linke als Zugführerin genommen ist. Die Eigenarten dieses dreiblätrigen Kleeblattes ergaben ein prächtiges Zusammenspiel, über das das Publikum sich höchlichst amüsierte.

Bermittelt wird seit Sonntagmittag der 10 1/2 Jahre alte Schüler Willi Thäner. Es wird vermutet, daß der Knabe entweder verschleppt wurde oder daß ihm ein Unfall zugefallen ist. Die besorgten Eltern bitten, eventuelle Mitteilungen über den Verbleib des Vermißten an das nächste Polizeirevier oder an August Thäner, N. Islandstr. 12, gelangen zu lassen. Willi Thäner war bekleidet mit blauem Anzug, Schillertragen, Schülerröcke und trug Schnürstiefel, schwarze Strümpfe.

In der Tegeler Forst erhängt aufgefunden wurde ein Mann von etwa 60 Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Tote ist mittelgroß und schlank, hat graues Haar, Schnurrbart und flügel, ein längliches Gesicht und eine Nase, trug einen schwarzen Jacketanzug und hatte eine Berliner Zeitung vom 3. Juni bei sich. Die Leiche wurde nach der Halle in Blöhensee gebracht.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

Zu der Sitzung am Montag hatten die liberalen Fraktionen beider Richtungen Anfragen eingebracht, ob es richtig sei, daß der Magistrat bei der Abgabe von Leigwaren den Händlern zu wenig Verdienst zulassen und selber den Hauptprofit einstreife. — Meyer (Lib. Frakt.) wünschte, daß der Magistrat über den jüngst in einem Teil der Presse erschienenen Artikel, der für die städtischen Körperchaften sehr schädigen würde, volle Aufklärung gäbe. — Dr. Jellin (Fr. Frakt.) erklärte, wenn der Magistrat die Tätigkeit der Woffisten übernehme, habe er auch die Verpflichtung, den Detaillisten den ihnen gehörenden Gewinn in voller Höhe zu überlassen. Das sei bei dem Rubelgeschäft nicht der Fall gewesen. Den Kleinhandlern müsse ein Mindestverdienst von 15 Prozent zugewilligt werden, um existieren zu können. Es stehe einer Kommune nicht zu, Kommunalsozialismus zu treiben. Der Magistrat könne nicht für sich einen Gewinn von 7 bis 9 Pf. pro Pfund beanspruchen und den armen bedürftigen Kleingewerbetreibenden nur 5 Pf. für das Pfund gewähren.

Oberbürgermeister Dominec erteilte, daß es unter den jetzigen Zeitverhältnissen sehr bedauerlich sei, die lothbare Zeit der städtischen Körperchaften durch Behandlung unrichtiger Behauptungen in der Öffentlichkeit vergeuden zu müssen. Den Groß-Berliner Gemeinden sind eine Anzahl Waggons Rubeln überwiesen worden mit dem Hinweis, daß der Höchstpreis von 68 bzw. 73 Pf. nicht überschritten werden dürfe. Von dem der Stadt verbleibenden Gewinn seien noch das Abrollen, das Auswiegen, das Anrollen zu den Kaufleuten sowie etwaige Reklamationen in Abzug zu bringen, dann verbleiben dem Stadtkäsel vielleicht noch 3 Pf. pro Pfund, insgesamt 600 M. bei den drei Waggons Rubeln. Alle Händler waren mit dem Gewinn von 5 Pf. pro Pfund zufrieden, nur der Großkaufmann Riehl in der Mohlstraße beschwerte sich über zu geringen Verdienst. Bei den Ausgaben für Lebensmittel habe die Stadt bereits einen Reibetrag von 108 000 M. aufzuweisen, der jetzt bis auf 70 000 M. heruntergewirtschaftet worden sei. Es müsse Pflicht des Magistrats sein, in erster Linie an die Verbraucher und dann erst an die Händler zu denken.

Genosse Küster betonte, daß es richtig gewesen wäre, wenn der Magistrat den unrichtigen Angaben in der Presse notig (wie haben diese Notiz nicht gebracht. D. R.) recht kräftig entgegengetreten wäre, dann wäre die große Verunreinigung nicht entstanden. Der Redner der Freien Fraktion habe keine Anrechnung gemacht, wie der Verkauf der Rubeln hätte stattfinden sollen. Er habe nur die einseitigen Interessen der Händler wahrgenommen und an die große Zahl der Verbraucher mit keinem Wort gedacht. Falls sei es, die Gemeinde bei der Verteilung der Lebensmittel auszuhalten, das wäre gleichbedeutend mit der Unterstützung der Lebensmittelwucherer und scheint der Wunsch der Freien Fraktion zu sein. Zum Vorteil eines einzelnen so viel Beschrei gemacht worden. Die Vertreter der Arbeiterschaft würden sich keinen Augenblick bestimmen, Bestrebungen zum Nachteil der Allgemeinheit energisch entgegenzutreten. — Genosse Mohs wünschte ebenfalls, daß den Verbrauchern mehr Entgegenkommen gezeigt werde, so besonders bei dem Verkauf von Margarine, die von der Stadt mit 2,40 M. und den Händlern mit 2 M. verkauft wird. — Stadtrat Licht erklärte,

daß die Preise von der S. E. G. festgesetzt worden seien. — Nach einigen noch unerheblichen Redepländelein war die Debatte erschöpft.

Der Einrichtung einer besonderen Kriegsfürsorge für ganz oder teilweise erwerbslos gewordene Arbeiter und Angestellte der Textilindustrie wurde zugestimmt. Der Entwurf deckt sich mit den Berliner Bestimmungen. Es kommen circa 80 männliche und 170 weibliche Beschäftigte in Betracht, die größtenteils in Berliner Betrieben tätig sind. Die Zahl der voraussichtlich zu unterstützenden Personen wird sich auf 75 belaufen.

Eine Schweinemäzerei und -Züchterei soll auf dem Rieselgut der Stadt bei Königswusterhausen errichtet werden. Es wurden 23 000 M. zum Ankauf von Schweinen und 47 000 M. für den Bau der Schweinefalle bewilligt.

Der Amtsvorsteher als Pädagoge.

Ein eigenartiges Erziehungsideal besitzt der Gemeindevorsteher Köhler aus Rahnsdorf in der Lebensmittelversorgung seiner Gemeinde. So hat er auf der Rückseite der letzten, von Ende Mai datierten Lebensmittelliste Grundzüge für den Vertrieb der Ortsbewohner in den städtischen Lebensmittelgeschäften aufgestellt, die verdienen, einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Schon wegen ihres eigenartigen Stils, der sehr lebhaft an einen Mann erinnert, der erst kürzlich die Hauptstadt verlassen hat und durch diesen Stil weit bekannt geworden ist. Aber auch wegen der Einfachheit der Mittel, mit denen dieser Beamte glaubt, Mißstände bei der Lebensmittelverteilung beseitigen zu können. Der Ullas lautet:

Bekanntmachung!

Die Abfertigungszeiten sind genau zu beachten. Unpünktlichkeit verurteilt das Recht der Versorgung. Jeder Käufer hat nur Anspruch auf die ihm durch Karten zugeteilten Waren.

Ausnahmen können und dürfen nicht stattfinden. Versuche auf Behozugung irgendwelcher Art wolke man bestrimmt unterlassen.

Ueberflüssige Bemerkungen an den Verkaufsständen und schweren die Abfertigung und führen nicht selten zu unliebhaften Erörterungen.

Die der Käufer einerseits gehalten ist, sich in den Verkaufsräumen würdig zu benehmen, so besteht für ihn andererseits die Verpflichtung, mir von Vorfällen über nicht sachgemäßes Verhalten der Geschäftsführung unverzüglich Mitteilung zu machen.

Unberechtigte Klagen und beweislose Vorwürfe haben die Entziehung der Nahrungsmittelkarten zur Folge.

Wer etwas behauptet, soll auch den Mut haben, es zu beweisen.

Rahnsdorf, den 26. Mai 1916.

Der Gemeindevorsteher Köhler, Bürgermeister.

Man sieht, wie leicht es ist, geregelte Lebensmittelfürsorge treiben zu können, wie leicht ein tüchtiger Beamter die Menschen zur Wohlstandigkeit erziehen kann. Hängt ihnen den Brotkorb höher, das heißt entzieht ihnen die Lebensmittelkarten und sie werden sich willig den Anordnungen fügen. Doch man aber auch in höheren Kreisen noch nicht auf diese verblüffend einfache Idee verfallen ist, wieviel Nachdenken über eine zweckmäßigere Lebensmittelverteilung wäre dadurch erspart geblieben?

Der Sozialdemokratische Wahlverein Köpenick.

nahm in seiner Mitgliederversammlung am 5. Juni Stellung zur Kreisgeneralversammlung. Nach längerer lebhafter Debatte wurde folgende vom Genossen Krüger beantragte Resolution mit 46 gegen 3 Stimmen bei circa 20 Stimmenthaltungen angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Köpenick ist der Ansicht, daß die endgültige Entscheidung der schwebenden Parteistreitfragen nur durch den nächsten Parteitag erfolgen kann. Bis dahin ist es Pflicht aller Parteigenossen, die Einheit der Organisation und der Aktionen der Partei unbedingt aufrechtzuerhalten. Die Versammlung beurteilt deshalb entschieden alle Sonderaktionen irgendwelcher Parteirichtungen sowie die Bestrebungen, dem Parteivorstand die Beiträge der Organisationen zu sperren. Sie beurteilt ebenso die Hege gegen die auf dem Standpunkt der Parteimehrheit stehenden Funktionäre unseres Kreises und in Groß-Berlin und die grundlose Abhebung derselben. Das ist eine gewaltsame Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit.

Die Delegierten des Wahlvereins sind verpflichtet, auf der Kreisgeneralversammlung am 18. Juni in diesem Sinne zu wirken und zu stimmen.

Eine vom Genossen Jentsch beantragte Sympathieresolution für die die Parteibeiträge spendenden Ortsvereine Neudölln und Richterfelde war damit abgelehnt. Die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung wurden beauftragt, für den Kreisvorstand die bisherigen Genossen in Vorschlag zu bringen.

Genosse Meyer brachte nunmehr folgenden Antrag ein: Die heutigen Vorgänge haben auf das deutlichste gezeigt, daß der Vorstand des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins seine ihm zugewiesenen Aufgaben, die Rechte aller Mitglieder zu vertreten, nicht wahrnimmt und sich nur noch ausschließlich als ausführendes Organ einer Parteirichtung betrachtet. Die Versammlung bedauert, daß der Vorstand sich zu Vergewaltigungsaktionen gegen einen Teil der Mitglieder hat treiben lassen. Der Vorstand hat hierdurch das weitere Vertrauen der Mitglieder verloren.

Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung mit 49 gegen 22 Stimmen, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Berichtszeitung.

Nachmals Prozeß Brinkmann.

Mit der vom Oberbefehlshaber in den Marken am 8. November 1915 erlassenen, von ihm selbst bereits am 19. März 1916 aufgehobenen und durch eine neue Verordnung erlegten Verordnung beschäftigte sich gestern abermals eine Strafkammer des Landgerichts Berlin I.

Das Schöffengericht Neudölln hatte den Genossen Formsteker Brinkmann als zweiten Vorsitzenden des Wahlvereins Neudölln wegen Unterlassung der Anmeldung einer nichtöffentlichen Versammlung dieses Vereins am 11. Februar um 15 M. Geldstrafe verurteilt. Dagegen hatte der Angeklagte durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann sowie der Staatsanwalt Verurteilung eingelegt. Letzterer, weil nicht wie im Strafbefehl auf 60 M. erkannt war. Die Strafkammer I des Landgerichts Berlin III nahm am 2. Mai im Gegenlag zur Auffassung der Staatsanwaltschaft an, die Verordnung habe als Grundlage nicht den § 4 des Belagerungsgegesetzes, sondern den § 9 b desselben Gesetzes. Richtig liege eine Anlage wegen eines Vergehens vor. Ueber solche habe aber nicht die erkennende Strafkammer, sondern die erste Strafkammer des Landgerichts zu entscheiden. Dieser wurde deshalb die Sache überwiesen.

Gestern erkannte die Strafkammer I aus denselben Gründen auf Freisprechung, aus denen dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt Hugo Haack entsprechend das Schöffengericht Neudölln

Mitte am 12. Februar und am 17. Mai 1916 das Landgericht in der Strafsache gegen den Redakteur Genossen Leib auf Freisprechung erkannt hatte.

**Kriegswucher.**

Eine Anklage wegen Kriegswuchers hat sich die unverehelichte Elisabeth Göhle zugezogen, die ihren zu den Fahnen eingezogenen Bruder in dessen Milchgeschäft vertritt. Sie hatte anderen Milchhändlern, die ihre Kundenschaft mit Milch versehen wollten, auf deren Erfuchen Milch abgelassen und ihnen für einen Liter 30 Pf. berechnet. Da ihr Einkaufspreis 23 Pf. betrug, so hat sie sich nach der Anklage des Kriegswuchers schuldig gemacht, da sie die Milch zu einem um mehr als drei Pfennige höheren Preise verkauft hat. Es erklärte der Sachverständige Milchhändler Leiter: ein den Einkaufspreis pro Liter um 3 Pf. übersteigender Verkaufspreis sei als ein übermäßiger anzusehen. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe. Das Schöffengericht folgte der Auffassung des Sachverständigen, erkannte aber nur auf eine Strafe von 30 M. a. r.

**Grober Unfug.**

Eine Schülerschlacht, die für einen der Beteiligten einen recht traurigen Ausgang nahm und für diesen mit dem Verlust eines Auges endigte, beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Die Anklage lautete auf schwere Körperverletzung und richtete sich gegen die 13jährigen Schüler Franz Fritsche und Reinhold Tilgner aus Rosenthal.

Zwischen den Jungen aus letztgenanntem Ort und denen aus Reinickendorf herrschte seit langer Zeit grimmige Feindschaft. Fast täglich kam es zwischen den beiden Parteien zu heftigen Zusammenstößen, bei denen leider mit der Zeit nicht nur die Fäuste allein eine Rolle spielten, vielmehr die jugendlichen Kämpfer schließlich allerhand Gegenstände, zum Beispiel Latzen, in die sie Regel eingeschlagen hatten, Stöcke usw. zum Dreinschlagen mitbrachten, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften. So wuchsen diese Schlächten bald über den Rahmen von Dummengungenstreichen hinaus und nahmen den Charakter von gemeingefährlichem Unfug an. Am 14. März d. J. war es wieder zu einem heftigen Gefecht gekommen, in dessen Verlauf die Reinickendorfer Angriff auf Angriff machten und zuletzt die Oberhand gewannen. Zum Unglück hatte einer von ihnen eine Luftpistole mitgebracht und dem Feinde gegeben. Als dieser nun auf der Verfolgung sah, daß einer seiner Gegner, der Rosenthaler Schüler Minder, Dedung hinter einem Baum stand, legte er, nachdem der mitangefallene Tilgner ihm eine Kugel gegeben, auf ihn an und drückte ab. Das Geschöß nahm einen unglücklichen Weg. Denn es ging in das rechte Auge des Minder und verletzte es so schwer, daß es am nächsten Tage herausgenommen werden mußte. Die Folge für den Schützen und seinen Kameraden, der ihm die Kugel gegeben, war die gegenwärtige Anklage. Das Gericht hielt eine erhebliche Strafe für angezeigt und erkannte auf 4 bzw. 3 Monate Gefängnis, empfahl jedoch beide Angeklagte der bedingten Verhaftung.

**Aus aller Welt.**

**Ein italienischer Lieferungsstandal.**

Dem „Berliner Lokalanz.“ wird aus Lugano telegraphiert: Die „Avanti“ aus Rom berichtet, wurden daselbst Commendatore Giulio Korsä und Hauptmann Centenari, Kommissar für Lieferungsverträge im Unterstaatssekretariat für Munition, verhaftet. Die Nebenumstände lassen auf einen Standal von außerordentlicher Tragweite schließen. Korsä war früher römischer Mitarbeiter des „Secolo“, mußte aber wegen seiner Verbindung in den Standal der Banca Romana zurücktreten, blieb nichtsdestoweniger in freundschaftlichem Verkehr mit den einflussreichsten Persönlichkeiten, darunter dem jetzigen Minister Vargilla. Als Vertreter der bedeutendsten Munitionsfabriken schloß er vor kurzer Zeit einen Vergleich zwischen der Lokomotivfabrik Riani Silvestri in Mailand und der Staatsbahnverwaltung ab, wobei letztere schwer geschädigt wurde und bei welcher Gelegenheit auch der Substitut des Advokaten und Ministers Vargilla, Advokat Levi, eine Anwaltsgebühr von 100000 Lire eingestrichen hat. Mit Hauptmann Centenari, im bürgerlichen Leben Industrieller, stand Korsä bereits seit Jahren in innigem geschäftlichen Verkehr.

**Der erste Seehafen der Welt.**

Wie ein Nadeltelegraph in den „Daily News and Leader“ vom 25. Mai mitteilt, hat laut amtlichem Bericht des amerikanischen Handelsamts New York die Führung sämtlicher Handelshäfen der Welt übernommen. London rückt damit an die zweite Stelle.

Zwei Kinder durch herabstürzenden Sand verschüttet. In der Goutenbendgrube in Alt-Biesdorf bei Briesen wurden mehrere Kinder verschüttet. Ein achtjähriger und ein sechsjähriger Knabe erlitten.

Ein Rattenkrieg in Angermünde. Die Stadt Angermünde, die schon vor einigen Tagen der überhandnehmenden Rattenplage den Krieg erklärt hatte, begibt sich nunmehr auf den Kriegspfad. Nach den Anordnungen des Magistrats haben sämtliche Hauseigentümer an der Verteilung dieser unwillkommenen Haustiere teilzunehmen. Sie sind angewiesen, Phosphorlatwerge zu legen. Die Polizeibehörden müssen darauf achten, daß überall das vernichtende Gift gegen die unheimlichen Rager an seinem Platze ist. Wer sich an diesem Rattenkrieg nicht beteiligt, hat Geldstrafe bis zu 60 Mark zu gewärtigen.

Dem Blig erschlagen wurden auf freiem Felde die beiden fünf und neun Jahre alten Töchter des Eisenbahnarbeiters Draheim in Grünthal bei Eutin in Posen.

Zum alten Rezept zurück! Die Bauern zwischen Gommersdorf und Moosburg haben sich, nachdem ihnen das Bier zu dünn und zu teuer ist, entschlossen, ihren Saustunk, wie einst die alten Deutschen, selbst zu brauen. Um mit dem Geseh nicht in Konflikt zu kommen, wird nur gebrannte Gerste verwendet; Bierlenner behaupten, nach den „M. R. R.“, daß der Trunk gut schmeckt; zudem kommt den Bauern, da der Hopfen sehr billig ist, das Bier nur auf 4 Pf. zu stehen. Die Brauer sind über die neue „Konkurrenz“ nicht besonders erfreut.

Nicht russische Banditen zum Tode verurteilt. Dieser Tage wurde in Warschau der Prozeß gegen 24 russische Banditen, die eine große Reihe der bewegtesten Raubüberfälle und Morde in Warschau und Umgebung, darunter auf das Bankhaus Slawronel begangen, beendet. Acht Banditen wurden zum Tode, zwölf zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt und vier Angeklagte wurden freigesprochen. Das Räuberwesen ist in Russisch-Polen noch sehr verbreitet. In letzter Zeit sind wieder mehrere Überfälle gemeldet worden, wobei verschiedene Personen ermordet oder schwer verletzt wurden.

**Parteiveranstaltungen.**

Dritter Kreis. Alle Zuschriften und Anfragen, die Kreisangelegenheiten betreffend, sind bis auf weiteres an den neu-gewählten Kassierer, Genossen Rudolf S u d d e, Reußföh, Rathschufer 2, Hof IV, zu richten.

Marientdorf. Die Mitgliederbesammlung kann umständehalber nicht Mittwoh, sondern erst Freitag im Lokale des Genossen Preuß, Kurfürststraße 44, stattfinden. Die Sitzung an diesem Tage fällt aus.

**Briefkasten der Redaktion.**

C. R. 36. 1. und 2. Ja, es müßte dann Erbaueinabesehung erfolgen, wenn nicht der Vater durch Testament als Vorerbe eingesetzt ist und die Kinder als Nachbarn. 3. Ja. 4. Nein. 5. Ihre Frau kann in der Sache nichts tun. 6. Nein. 7. Das ist von keiner Summe abhängig. 8. Durch Klage. 9. Ja. — W. R. 74. Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen an das Sanitätsamt beim Kriegsministerium in Berlin. — H. P. 70. Sie werden sich mit der Reparatur der Stiefel zufriedengeben müssen. — P. 1000. Es genügt die Reklamation gegen die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer, weil diese Ihnen zuerst zugestellt worden ist. — P. 6. 23. Ihren Anspruch auf Reichsmoehenhilfe müssen Sie bei der Krankenkasse, bei der Ihr Mann vor seiner Einberufung Mitglied war, geltend machen. — H. 23. Das Geseh über die Verabfolgung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente ist noch nicht in Kraft. — H. P. 83. Der betreffende ist wie jeder andere Staatsbürger zur Zahlung der Steuern verpflichtet. — W. 100. Sie brauchen nur wegen der Staatseinkommensteuer zu reklamieren. — P. 67. Die Invalidenversicherung ist zu größeren Leistungen nicht verpflichtet, dagegen könnte die Krankenkasse dazu verpflichtet werden, da sonst Erwerbsunfähigkeit bei Ihnen eintreten würde. — Ben-Cidur-Cl. Ein Gnadengesuch wegen dieser geringen Sache erscheint uns zwecklos und völlig aussichtslos. — W. 185. 1. Die Kinder sind österreichische Staatsangehörige. Ihr Vormund müßte einen Antrag auf Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit stellen. 2. Beim Umtausch der Karte wird Ihnen die Willkürzeit mit beigemitt. Anspruch auf Invalidenrente haben Sie, wenn Sie 200 Mark nachweisen können. — Sch. 333. Sie sind steuerpflichtig und zwar nach dem Einkommen, das Sie gegenwärtig haben. — C. 9. Nein. — C. W. Reinickendorf. Unterstützung wird nur gewährt, wenn der Vater des Kindes zum Heeresdienst eingezogen ist. — C. P. 114. 1. Ja. 2. Dazu bedarf es einer notariellen Scheinungsurkunde. 3. An einen Ihnen am nächsten wohnenden Notar. 4. Das richtet sich nach dem Objekt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise heiter, jedoch sehr veränderlich mit wiederholten, meist leichten Regenschauern; Temperatur wenig verändert.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinen-schlosser

**Hermann Klau**

Koppenhagener Str. 29

am 4. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.

Ein Beisitzer geht nicht mit.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen ferner zur

Nachricht, daß unser Kollege, der

Umschläger

**Johannes Krüger**

Prinz-Eugen-Str. 29

am 4. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstr. 44/45, statt.

Ein Beisitzer geht nicht mit.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen ferner zur

Nachricht, daß unser Kollege, der

Rohrleger

**August Wollenburg**

Schöneberg, Eberstr. 43

am 30. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

118/2 Die Ortsverwaltung.

**Deutsch. Transportarbeiter-Verh.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Haus-

diener

**Paul Müller**

am 4. d. Mts. im Alter von

28 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 8. Juni, nach-

mittags 4 Uhr, von der Leichen-

halle des Zentral-Friedhofes in

Friedrichshagen, statt.

65/9 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege, der Tischler

**Hermann Wiese**

Hagenbergstr. 3

im Alter von 69 Jahren ge-

storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Mittwoh, nachmittags 4 1/2 Uhr,

von der Halle des Friedhofes der

Christus-Gemeinde in Mariendorf

aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

87/12 Die Ortsverwaltung.

Ein Opfer des Weltkrieges

wurde am 8. Mai durch eine

Explosion unser lieber, bergens-

guter Junge, Bruder, Enkel und

Neffe, der Musikleiter

**Karl Zern**

(Ant.-Mitt. 52, 12 Romp.)

im Alter von 21 Jahren.

Otto und Elisabeth Zern

geb. Lepomme.

Ida, Bruno und Erich

als Geschwister.

Berlin, Eisinger Str. 2.

21

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Lind Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Donnerstag, den 8. Juni 1916, abends 6 Uhr:

**Außerordentl. Bezirksversammlung für sämtliche Sündenbezirke**

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Kollegen und Kolleginnen! Da in dieser Versammlung außerordentlich wichtige Angelegenheiten erörtert werden, ersuchen wir, in Massen zu erscheinen.

118/3 Die Ortsverwaltung.

**Pflanzen**

für Garten- u. Balkonschmuck

Gemüsepflanzen,

Sämereien und

Gartengeräte

empfehlen in besonderer Güte

E. Boese & Co. G. m. b. H. Berlin C. 25

nar Landsberger Str. 66.

**Für Feldsoldaten!**

Deutsch-Deutsches 15 Pf.

Deutsch-Französisch 15 Pf.

Durchführung Vorkauf.

Anwahlsendungen nach aussenhalb gegen Anzahlung. Passendes für stärke Figuren in allen Abteilungen.

**Letzte Pfingstangebote.**

**Billige Preise!!!**

Entstehende Modell-Kostüme, Seide, Taffet, Gabardine, Kammgarn, darunter Prachtvolle Kostüme aus Kammgarn, Juwend- Lebe Formen, Kränzelstoffe, weiße Waschkostüme, satzgebende Aufmachungen. 120,- 110,- 90,- 60,- 45,- 35,- 25,- 20,- 15,-

Wunderbare Gummimäntel mit Kappe, blau, grün, schwarz, braun, lila, top, aus Seide und Wolle, ferner imprägnierte Seidomäntel, federleicht 7,- 6,- 5,- 4,- 3,- 2,- 1,- Herrungummimäntel in allen Größen von 2,- an.

Feine Seidenplüsch- u. Seidplüschmäntel 180,- 120,- 90,- 60,- 45,- Molle Uster, beste Aufmachung, für die Dame 75,- 55,- 35,- 20,-

Rechter Faltsammet mit Hülse aus 200,- Modell-Röcke Eolienne, Taffel 25,- 20,- Einzelne Faltsammete 600,- 500,- 350,- 200,- 150,- Wolle 15,- 9,-

I. Geschäft Mohrenstrasse 37a (Kolonnaden) II. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)

**WESTMANN**

1. Feiertag geschlossen. 2. Feiertag geöffnet 12-2 Uhr.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Tragt **BRAUNE SALAMANDER** Salamander Schuhges. m. b. H. Berlin Zentrale Berlin W. 8, Friedrichstraße 182